

1. Tagung des 9. Parteitages

18.–20. Oktober 2024 in Halle (Saale)

Antragsheft II

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Berichte	Seite 5
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 7
Bericht des Parteivorstandes	Seite 10
Hinweis zu Kandidaturen	Seite 43
Anträge	Seite 45
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 47
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 69
Anträge zur Satzung	Seite 98
Anträge zur Wahlordnung	Seite 102

Impressum/ Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 12. September 2024

Berichte

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an die 1. Tagung des 9. Bundesparteitages der Partei Die Linke, Halle, 18. bis 20. Oktober 2024

Die BFRK ist ein vom Parteitag gewähltes Organ und erfüllt gemäß § 9 Abs. 5 Parteiengesetz die Aufgaben innerparteilicher Rechnungsprüfer.

Die Mitglieder der BFRK haben während der Amtsdauer des Parteivorstandes 2022 – 2024 folgende Prüfungen durchgeführt:

Parteivorstand:

11.11.2022 – 12.11.2022

3.11.2023 – 4.11.2023

Landesverbände:

24.6.2022	Landesverband Thüringen
31.8.2022 – 1.9.2022	Landesverband Saarland
22.10.2022	Landesverband Baden-Württemberg
21.1.2023	Landesverband Sachsen
1.7.2023	Landesverband Schleswig-Holstein
9.3.2024	Landesverband Sachsen-Anhalt

Alle Prüfungen wurden vor Ort im Karl-Liebknecht-Haus bzw. in der jeweiligen Landesgeschäftsstelle vorgenommen.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes von 2022 bis 2024 hat die Bundesfinanzrevisionskommission folgende Anmerkungen:

1. Abgabe der Rechenschaftsberichte beim Präsidium des Bundestages

Sowohl für das Rechnungsjahr 2021 als auch für 2022 konnte der Rechenschaftsbericht nicht bis zur laut § 19a, Absatz 3 Parteiengesetz gesetzten Frist vom 30.9. des Jahres eingereicht werden. So wurde der Bericht 2021 am 1.12.2022 vom Bundesschatzmeister unterschrieben und eingereicht, der Bericht für 2022 am 7.12.2023.

Die Ursachen dafür sind aus Sicht der Bundesfinanzrevisionskommission nicht beim Bundesschatzmeister und im Bereich Finanzen zu suchen, sondern vor allem auf der Ebene der Landes- und Kreisverbände. So häufen sich die Berichte, dass Landesschatzmeister*innen nur mit großem Aufwand an die entsprechenden Unterlagen der Kreisverbände kommen. Diese treffen zum Teil mit großem Zeitverzug bei den Landesverbänden ein. So wird die in § 8, Absatz 4 der Bundesfinanzordnung festgeschriebene Frist für die Gebietsverbände, nämlich der 28.2. des Folgejahres, immer seltener eingehalten.

Ebenso wird die Frist bis 31.3. des Folgejahres von immer weniger Landesverbänden eingehalten. So lag zum Beispiel bei der Prüfung des Landesverbandes Schleswig-Holstein am 1.7.2023 noch nicht mal ein Entwurf eines Rechenschaftsberichtes vor.

Dies macht es der Bundespartei unmöglich, die festgeschriebene Frist zum 30.9. eines Jahres einzuhalten. Zweimal in Folge musste bereits beim Präsidium des Deutschen Bundestages eine Fristverlängerung beantragt werden.

Dies zeigt deutlich die Probleme und Herausforderungen auf, die die Arbeit und Verwaltung der Parteifinzen auf allen Ebenen der Partei mit sich bringen. So fehlen in immer mehr Kreisverbänden Kreisschatzmeister*innen, die dem/der jeweiligen Landesschatzmeister*in zuverlässig zuarbeiten und alle Unterlagen sowie Belege und Kontoauszüge fristgemäß zur Verfügung stellen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission weist nachdrücklich darauf hin, dass von der pünktlichen Abgabe des Rechenschaftsberichtes für die Gesamtpartei erhebliche Finanzmittel abhängig sind.

So erhielt die Bundespartei im Jahr 2023 9,5 Millionen Euro staatliche Mittel, im Jahr 2022 10,7 Millionen Euro. Aus diesen Mitteln werden neben der politischen Arbeit der Bundespartei auch diverse Wahlkämpfe finanziert sowie ein Teil davon in den Länderfinanzausgleich gesteckt, um die Arbeitsfähigkeit der Landesverbände sicherzustellen. So fließen im Jahr 2024 ca. 1,8 Millionen Euro an die Landesverbände. Dieser Betrag enthält eine Aufstockung um 700.000 EUR, um Kosten der Tariferhöhung abzufedern und für eine bessere personelle Aufstockung der Landesverbände zu sorgen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission fordert alle Verantwortlichen in Kreis- und Landesvorständen sowie im Parteivorstand auf, alles zu unternehmen, damit der Rechenschaftsbericht der Partei pünktlich zum 30.09. des Folgejahres abgegeben werden kann. Verantwortlich sind hier nicht nur der oder die jeweiligen Schatzmeister*in, sondern eben auch alle anderen Vorstandsmitglieder, insbesondere die jeweiligen Vorsitzenden.

2. Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Bundestages und des Europäischen Parlamentes

Bei den Prüfungen des Finanzwesens des Parteivorstandes liegt ein Schwerpunkt auf der Höhe des Mitgliedsbeitrages unserer Abgeordneten im Bundestag und Europäischen Parlament.

Folgende Feststellungen hat die Bundesfinanzrevisionskommission dabei gemacht:

Mitglieder des Bundestages

	bis 101,50 Euro	102 – 150 Euro	151 – 200 Euro	201 – 250 Euro	251 – 300 Euro	301 – 350 Euro	351 – 400 Euro
2022	3	8	11	8	4		5
2023	3	9	13	6	6	1	1

Mitglieder des Europäischen Parlamentes

	102 – 150 Euro	151 – 200 Euro	201 – 250 Euro
2022	1	3	1
2023	2	2	1

Es bleibt festzuhalten, dass aufgrund der Höhe der Abgeordnetenentschädigung in beiden Parlamenten die Mitgliedsbeiträge unserer Abgeordneten zum Teil nicht satzungsgemäß sind. Wir verweisen hier auf die derzeit gültige Beitragstabelle.

Die satzungsgemäße Zahlung der Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Bundestages und des Europäischen Parlamentes sind von den jeweiligen Landesverbänden zu prüfen und auszuwerten. Zudem sind dann entsprechende Gespräche zwischen den jeweiligen Landesschatzmeister*innen und den betroffenen Abgeordneten zu führen.

Bei der Ermittlung des korrekten Mitgliedsbeitrages sind auch Nebeneinkünfte aus Honoraren für Bücher, Fernsehauftritte, Aufsichtsratsvergütungen u. ä. zu berücksichtigen.

3. Finanzielle Gesamtsituation der Partei

Die schlechten Wahlergebnisse der letzten Wahlen stellen auch finanziell eine große Herausforderung für die Partei da. Denn aus diesen schlechten Wahlergebnissen resultieren in deutliche Mindereinnahmen bei den Mandatsträgerbeiträgen sowie den staatlichen Mitteln auf Bundes- und Landesebene.

Die Bundesfinanzrevisionskommission ist der Auffassung, dass alle Ausgaben permanent auf ihre Notwendigkeit und Zielrichtung überprüft werden müssen. So hat die Entwicklung des neuen Mitgliederprogrammes erhebliche finanzielle Ressourcen gebunden. Zudem konnte das Programm erst mit großer zeitlicher Verzögerung genutzt werden. Die Bundesfinanzrevisionskommission stellt die Frage in den Raum, ob es nicht möglich gewesen wäre, auf eine günstigere marktübliche Software für die Mitglieder- und Zuwendungsverwaltung zu setzen, anstatt auf eine teure Eigenentwicklung. Weiterhin ist die Situation entstanden, dass nicht mehr alle Landesverbände vollständig mit dem MGL arbeiten, sondern zum Teil für die Finanz- und Zuwendungsverwaltung auf andere Software gesetzt wird, welches weitere Kosten für die Partei verursacht.

Dies ist ineffizient und bindet finanzielle Mittel, die an anderer Stelle, wie zum Beispiel der politischen Arbeit, wichtiger wären.

Aufgrund der Situation empfiehlt die Bundesfinanzrevision dringend, Strukturen und Aufgabenverteilung bei der Mitgliederverwaltung und der Verwaltung der Finanzen zu prüfen und gegebenenfalls weitere Schritte zur Zentralisierung dieser Arbeit zu machen. So könnte zum Beispiel das Buchhaltungszentrum weiter ausgebaut werden und weitere Landesverbände zentral bearbeitet werden, anstatt eine eigene Buchhaltung im Landesverband vorzunehmen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission empfiehlt dem Parteitag die Entlastung des Parteivorstandes.

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 9. Bundesparteitages der Partei Die Linke, Halle, 18. bis 20. Oktober 2024

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland und § 15 (2) e der Bundessatzung der Partei Die Linke legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf der 1. Tagung des 8. Bundesparteitages am 24. bis 26. Juni 2022, der in Erfurt stattfand. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 30.8.2024.

Der Parteivorstand

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage des Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, des 2023 beschlossenen Europawahlprogramms, des 2021 beschlossenen Bundestagswahlprogramms und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei Die Linke. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Die 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei Die Linke am 24. - 26. Juni 2022 (Erfurt) mit folgenden Beschlüssen:

- Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität
- *Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung*
- Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE
- Satzung und Finanzordnungsanpassungen unter anderem die Verkleinerung des Parteivorstandes von 44 auf 26 Genoss*innen

Die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei Die Linke am 17./18. November 2023 mit folgenden Beschlüssen:

- Das Europawahlprogramm 2024
- Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten
- Initiativen gegen Krieg und Aufrüstung stärken
- Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der LINKEN
- Weg mit der Schuldenbremse! Die Superreichen müssen endlich gerecht an der Finanzierung von Gemeinwesen und Klimaschutz beteiligt werden

Alle von den Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden bearbeitet oder beraten und entschieden. Dies wurde auf der Website der *Partei* dokumentiert. (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/>)

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 26 Mitglieder. Ein Mitglied des Parteivorstandes trat im Berichtszeitraum zurück. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus 10 Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag nach § 19 (1) a bis d gewählten Mitgliedern Janine Wissler, Martin Schirdewan, Gösta Beutin, Ates Gürpınar, Katina Schubert, Jana Seppelt, Tobias Bank

(Rücktritt 9.1.24) und Harald Wolf noch Kerstin Eisenreich und Daphne Weber, die in der Beratung des Parteivorstandes am 9./10. Juli 2022 gewählt wurden.

Die Parteivorstandsmitglieder verabredeten Zuständigkeiten für einzelne Politikfelder. Für den zurückgetretenen Bundesgeschäftsführer übernahmen Ates Gürpınar und Katina Schubert gemeinsam und kommissarisch nach Beschluss des Parteivorstandes am 12. Januar 2024.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer bzw. seit Januar 2024 die Bundesgeschäftsführer*innen in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im geschäftsführenden Parteivorstand getroffen. Der Stellenplan 2023 und 2024 wurde im Parteivorstand im Rahmen des jährlichen Finanzplans beschlossen.

Regelmäßig beriet der Parteivorstand oder der geschäftsführende Parteivorstand mit den Landesvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, mit dem Vorstand der Bundestagsfraktion bzw. der Bundestagsgruppe und mit den Mitgliedern des Bundesausschusspräsidiums. Regelmäßige Abstimmungen fanden auch mit den Linken in Landesregierungen statt. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers tagten ca. sechswöchentlich die Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer.

Der Parteivorstand tagte 39-mal und der geschäftsführende Parteivorstand führte 93 Beratungen (vorwiegend im Onlineformat) durch, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers im Internet und im Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht.

Der Parteivorstand beriet vorwiegend in Videokonferenzen. Diese Arbeitsweise sparte zwar Ressourcen, intensivere persönliche Begegnungen kamen jedoch zu kurz. Für die Bewältigung schwieriger Prozesse, wie sie im Berichtszeitraum stattfanden, sind sie eigentlich unerlässlich.

Neben den vom Bundesparteitag gewählten Bundesschiedskommission und Bundesfinanzrevisionskommission gibt es vom Parteivorstand bestellte Kommissionen in denen Mitglieder des Parteivorstandes, Fachpolitiker*innen und externe Expert*innen zusammen beraten und der Parteivorstand benennt Beauftragte für einzelne Themenbereiche.

Beauftragte, Kommissionen und Arbeitsgruppen des Parteivorstandes

Bericht der Inklusionsbeauftragten

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus zeigt sich auch darin, dass Demokratie und politische Beteiligung aller Menschen in unserer Gesellschaft weiter abgebaut und stattdessen die Angriffe auf Inklusion zunehmend stärker werden. Statt Inklusion als Teilhabe für alle Menschen zu begreifen, wird sie immer wieder auf Menschen mit Behinderungen reduziert. Die Staatenprüfung durch den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im August 2023 hat zudem ergeben, dass Deutschland weiterhin einer der Spitzenreiter in Hinsicht Exklusion ist. Der Anteil der Menschen, die in Sonderstrukturen lernen, arbeiten und wohnen, ist gleichbleibend hoch.

Die Partei Die Linke verfolgt auf Grundlage ihres beschlossenen Teilhabekonzeptes konsequent das Ziel, Barrierefreiheit bei allen Begegnungen und politischen Veranstaltungen, insbesondere auf Bundesebene, herzustellen. Denn durch Barrierefreiheit gelingt es, dass sich mehr Genossinnen und Genossen aktiv in die politische Arbeit einbringen und in Entscheidungen einbezogen werden können. Dabei darf die Umsetzung von Inklusion nicht zu anderen wichtigen politischen Themen in Gegensatz gebracht werden. Wir müssen offensiver daran arbeiten, dass Inklusion als Möglichkeit verstanden wird, zur stärkeren politischen Partizipation beizutragen.

Schwerpunkt Migrantische Linke

Der Bundesparteitag 2021 beschloss den Antrag „Für eine migrantische und antirassistische LINKE“. Im März und April 2023 operationalisierte der Parteivorstand mit seiner Beschlussumsetzung diesen Antrag (2023/378). Teil der Konkretisierung war im April 2023 die Berufung von Elif Eralp (LV Berlin) und Luigi Pantisano (LV Baden-Württemberg) zu Beauftragten für Migrantische Partei und Antirassismus (2023/401).

Bereits im Oktober 2022 fand im Rahmen der HaymatOst-Konferenz das erste Vernetzungstreffen von migrantischen/von Rassismus betroffenen Personen in Ostdeutschland statt. Dieses und spätere Aktivitäten wurden von der Bundesgeschäftsstelle personell unterstützt. Hinzu kam die Verankerung von finanziellen Mitteln für das Jahr 2023 (2022/296). Im August 2023 fand ein Folgetreffen der Vernetzung Ost statt, das aufgrund geringer Beteiligung online stattfinden musste.

Auf Anregung von Elif Eralp gab es die Initiative, Besuche von EP-Kandidat*innen bei Migrant*innenverbänden zu koordinieren. Aufgrund von Terminschwierigkeiten fanden nur zwei Besuche statt. Am 10.5.24 trafen sich Carola Rackete und Gökay Akbulut mit dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Am 5.6.23 begleitete Ferat Kocak Carola Rackete zu einem Besuch der Khadija-Moschee.

Ab August 2024 wurde damit begonnen das migrantische Plenum zu organisieren. Neben der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des Plenums soll der Bundesparteitag auch den Startschuss für die Gründung einer neuen BAG geben, die sich mit Migrationspolitik beschäftigt und Migrantinnen und Migranten innerhalb der Partei vernetzt.

Feministische Arbeit

Auch nach der Wahl des Parteivorstandes im Juni 2022 bestand der weit überwiegende Teil der feministischen Arbeit in der weiteren Begleitung der feministischen Erneuerung, also von Maßnahmen, um Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierter Gewalt im Parteikontext wirksam zu begegnen. Die Verantwortlichen für Feminismus und Queerpolitik beteiligten sich an der Erarbeitung des Leitfadens gegen Sexismus und Übergriffigkeit durch die Feministische Kommission, der auf dem Parteitag in Augsburg im November 2023 beschlossen wurde. Ein Vorschlag zu Satzungsänderungen in diesem Kontext wurde erarbeitet. Die Neuberufung der Feministischen Kommission ist vorbereitet worden, so dass sie nach dem Bundesparteitag 2024 ihre Arbeit wiederaufnehmen kann. Im Zuge der Erarbeitung des Leitfadens beteiligten sich die PV-Verantwortlichen an einer Vielzahl von Diskussionen in unterschiedlichen Landes- und Kreisverbänden bzw. auf Landesparteitagen. Die PV-Verantwortlichen boten zudem Kreisverbänden Seminare zur Feministischen Parteipraxis an, die bislang in 9 Kreisverbänden stattfanden. Weitere Seminare sind terminiert. Die Arbeit der Vertrauensgruppen in Bund und Ländern wurde begleitet und deren Vernetzung gefördert. Verantwortliche des PV

hielten Kontakt zur in der vorigen Wahlperiode eingerichteten externen Expertinnenkommission.

Es gab eine enorm vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen im PV und der Mitarbeiterin für feministische Politik in der Bundesgeschäftsstelle bis August 2023.

Die Verantwortlichen im PV trugen zudem zu den Materialpaketen rund um den 8. März in 2023 und 2024 bei. Sie beteiligten sich an der Jury und der Vorbereitung der Verleihung des Clara-Zetkin-Preis 2023 in Bremen und 2024 in Dresden und waren jeweils mit Vertreterinnen vor Ort.

Queerpolitisch wurden einige Initiativen aus der AG Die Linke.queer in den Parteivorstand kommuniziert und zum Beispiel im Herbst 2023 ein Beschluss zur Forderung eines Aufnahmeprogramms für queere Menschen aus Russland gefasst.

Historische Kommission beim Parteivorstand der Partei Die Linke

Die Historische Kommission wurde auf Beschluss des Vorstandes der Partei Die Linke vom 25. August 2007 gebildet. Sie konnte an die Arbeit der Historischen Kommission der Vorgängerpartei Linkspartei.PDS anknüpfen, die am 23. Juni 1990 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Erneuerung der Partei verlangte zwingend nach einer kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, einschließlich ihrer Erbschaften und Traditionen. Zur Entstehung und zur Wirkungsgeschichte der Historischen Kommission und ihrer Vorläufer in der Quellpartei PDS ist 2020 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Sammelband erschienen, der einen Abriss der Kommissionsgeschichte sowie alle seit 1993 veröffentlichten Erklärungen enthält.¹

Die Historische Kommission beim Parteivorstand hat gegenwärtig 18 Mitglieder, die am 17. Februar 2024 vom Parteivorstand neu berufen wurden. Die Mitglieder der Historischen Kommission beraten zu Schwerpunkten der historisch-politischen Debatte, beteiligen sich mit Vorträgen und Publikationen am öffentlichen Geschichtsdiskurs und unterstützen die Meinungsbildung zu historisch-politischen Themen unter Mitgliedern und Sympathisant*innen. Außerdem pflegt die Kommission Kontakte zu Vertreter*innen und Einrichtungen der Geschichtswissenschaft. Sie ist Mitglied der Internationalen Tagung der Historiker*innen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH), deren jährliche Tagungen in Linz (Österreich) der inzwischen vielfach vernachlässigten Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet sind. Mitglieder der Kommission gehören dem Vorstand und dem internationalen wissenschaftlichen Beirat der ITH an. Außerdem sind Mitglieder der Kommission im Vorstand der German Labour History Association und im Beirat und der Redaktion der Zeitschrift Arbeit – Bewegung – Geschichte vertreten. Die Mitglieder der Kommission arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Die Arbeit der Kommission wird von einem Sprecherrat koordiniert.

Seit dem Bericht an den 8. Parteitag, der den Stand von Anfang 2022 wiedergab, traf sich die Kommission zu sechs Tagungen, die in Präsenz bzw. als Web-Konferenzen durchgeführt wurden. Inhaltliche Schwerpunkte der Beratungen waren:

- Wegmarken deutsch-deutscher Beziehungen und der Weg zum Grundlagenvertrag
- Das Scheitern der Arbeiterregierung in Thüringen 1923
- Der Ausbau des Friedhofs der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain zu einer Erinnerungsstätte an die Revolution von 1848

¹ Ronald Friedmann/Jürgen Hofmann (Hrsg.): Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärungen der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE, Berlin 2020. Verfügbar auch als PDF-Datei.

- Die Biografie Ernst Thälmanns im Lichte neuer Forschungen
- Die Vorbereitung der Neuberufung der Kommission

Zu den jeweiligen Themen gaben Kommissionsmitglieder bzw. Gäste eine Einführung. Einige sind auf der Webseite der Kommission veröffentlicht. Darüber hinaus verständigten sich die Kommissionsmitglieder zu aktuellen Ereignissen, u. a. zu Wahlen und zur russischen Invasion in der Ukraine.

Außerdem beriet die Kommission über Schwerpunkte der historisch-politischen Arbeit, die sich aus den Jahrestagen 2023, 2024 und 2025 ergeben. Dazu gibt die Kommission jeweils im Vorjahr ein Informationsmaterial heraus. Auf Anfrage stehen Kommissionsmitglieder als Referent*innen für Landesverbände, Kreis- und Basisorganisationen zur Verfügung. Angesichts der andauernden russischen Invasion in der Ukraine stehen die bevorstehende Erinnerung und Würdigung des 80. Jahrestages des Endes des zweiten Weltkrieges in Europa vor besonderen Herausforderungen. Sie verlangen nach Kenntnissen zum Stand der Forschung und sollten sich einer einfachen und unkritischen Rückprojektion aktueller Konflikte in die damalige historische Situation verweigern. Zugleich können tradierte Bilder nicht unisono weitergeführt werden.

Kommissionsmitglieder waren mehrfach an Konferenzen und Veranstaltungen der parteinahen Stiftung und der Bildungsvereine beteiligt. Die Mitglieder der Kommission unterstützten mit Publikationen und Vorträgen die historisch-politische Bildungsarbeit und griffen in verschiedene jeweils aktuelle geschichtspolitische Debatten ein. Stellvertretend seien hier genannt: Anke Geißler-Grünberg mit ihren Publikationen über jüdische Friedhöfe im Land Brandenburg und Mario Keßler mit Veröffentlichungen zum Kampf gegen Antisemitismus in der sozialistischen Bewegung. Ronald Friedmann legte biografische Arbeiten über die Kommunistin Elise Ewert und kürzlich über Ernst Thälmann vor. Holger Czitrich-Stahl veröffentlichte eine Biografie über den Linkssozialisten Georg Ledebour. Von Stefan Bollinger gibt es Publikationen zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges und zum Ukrainekrieg. Dirk Külow war an der Vorbereitung und Durchführung der Erinnerungsveranstaltung an den Auschwitz-Prozess der Bundestagsfraktion beteiligt. Jürgen Hofmann bilanzierte die 1848-er Revolutionsforschungen in der DDR. Darüber hinaus meldeten sich Kommissionsmitglieder regelmäßig mit Aufsätzen und Artikeln in Sammelbänden, Zeitschriften und Tageszeitungen sowie elektronischen Medien zu Wort, darunter im Neuen Deutschland und in der Jungen Welt.

Zu den Herausforderungen für die Partei Die Linke wird auch weiterhin gehören, Position in den erinnerungspolitischen Debatten zu beziehen. Das setzt eine innerparteiliche Diskussion voraus, die Mainstream ebenso wie eigenes Erbe kritisch hinterfragt. Die Möglichkeiten, vor Ort eigene Akzente in der Diskussion um historisches Selbstverständnis und Erinnerungskultur zu setzen, werden immer noch kaum oder sehr selten ausgeschöpft. Die Historische Kommission steht für Beratung und Kooperation zur Verfügung.

Ältestenrat

Der Ältestenrat kam nach seiner Konstituierung im Herbst 2022 zu insgesamt 12 Beratungen zusammen. Zwei dieser Beratungen fanden digital statt, alle anderen Beratungen in Präsenz in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Während der vergangenen zwei Jahre haben einige Mitglieder aus persönlichen und/oder politischen Gründen den Ältestenrat verlassen, derzeit besteht dieser aus 17 Mitgliedern, wobei die Landesverbände Bayern, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein nicht

vertreten und weiterhin angehalten sind Genossinnen und Genossen in den Ältestenrat zu entsenden. Aktuelle Sprecher*innen des Ältestenrates sind Luc Jochimsen aus Hamburg und Bernhard Strasdeit aus Baden-Württemberg.

Themen der Beratungen im Berichtszeitraum waren:

- Kampagnen der Partei,
- Kritik an den Parteivorstand in Bezug auf die Umsetzung von Beschlüssen des Erfurter Parteitags,
- Ausblick auf bevorstehende und vergangene Wahlen, insbesondere die Europawahl,
- Die Ursachen von Parteiaustritten,
- der Ukraine-Russland-Krieg,
- Antifaschismus und Kampf gegen rechts,
- die Klimakrise,
- die soziale Frage,
- Kommunalpolitik,
- die Wahrnehmung der Partei Die Linke medial und in der Gesellschaft,
- der Dialog mit den Parteivorsitzenden und die gegenseitigen Erwartungen (Janine Wissler und Martin Schirdewan nahmen teil),
- der Umgang mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht,
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit der BAG Senior*innenpolitik,
- die Strategie- und Programmdebatte der Linken.

Internationale Kommission

Nach der Wahl des Parteivorstands fand die erste konstituierende Sitzung der Internationalen Kommission im September 2022 statt. Seitdem fanden 13 reguläre Sitzungen statt, ergänzend dazu gab es weitere Beratungstermine bzw. Fachgespräche zu konkreten Themen, darunter die aktuellen Entwicklungen im Ukraine-Krieg, der Umgang mit der Debatte um Sanktionen, und die Lage im Nahen Osten. Themen der IK-Sitzungen waren unter anderem Wahlauswertungen zu den Wahlen in Polen, Griechenland, Schweden, Italien, Türkei, ein Austausch zur EL, darunter Bericht vom EL-Kongress, Manifest der EL zu den Europawahlen, die Lage in Lateinamerika, in Niger, in Südostasien, das Mercosur-Abkommen, die Situation des Rechtsrucks in Europa, die Lage der Linken in Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich, und Israel-Palästina.

In Vorbereitung der Europawahlen führte die IK Fachgespräche zu mehreren Themenkomplexen durch: Klima und Energie, Wohnen, Gesundheit und soziale Rechte, EU-Institutionen, Migration und Aufrüstung/Frieden. Ergebnisse der Beratungen und Austausch zu den Fragen wurden der Bearbeitung des Wahlprogramms zur Europawahl zur Verfügung gestellt.

IK-Vorsitzende sind Wulf Gallert und Kathrin Vogler. Weitere Mitglieder: Christine Buchholz, Stefan Hartmann, Sebastian Koch, Maja Tegeler, Daphne Weber, Tobias Pflüger, Jan van Aken, Martina Michels (seit Juli 2024 Özlem Demirel), Claudia Haydt, Marika Tändler-Walenta, Janis Ehling, Philipp Degenhardt (ZID-Leitung RLS, zuvor Boris Kanzleiter), Gregor Gysi (als außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion), Cornelia Hildebrandt, Julia Wiedemann – qua Funktion ist auch die Leitung des AK IV der Bundestagsfraktion sowie die Vertretung der Fraktion im Europarat Mitglied der IK und wurde bis zum Ausscheiden aus der Fraktion regelmäßig eingeladen. Andrej Hunko hat als Vertreter des Europarates regelmäßig teilgenommen und sich in den

Fachgesprächen zur Vorbereitung des Wahlprogramms beteiligt. Der Leiter des AK Internationales der Fraktion Ali Al-Dailami beteiligte sich hingegen nicht.

AG Nahost

In Folge der Auseinandersetzungen um den Nahostkonflikt rief der Parteivorstand auf seiner Sitzung im Juni 2024 eine AG Nahost ins Leben, die die Aufgabe hat, die Debatte dazu in der Partei zu befördern und den Austausch mit linken Kräften vor Ort zu intensivieren. Die Ergebnisse der AG sollen auf dem Parteitag im Mai 2025 vorgestellt werden.

Gewerkschaftsrat

Der Gewerkschaftsrat hat zwischen Mitte 2022 und Mitte 2024 sechs Mal getagt, am 11. November 2022 digital, am 31. März 2023 in der Academy of Labour in Frankfurt/Main, am 21. Juni 2023 im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, am 29. September 2023 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main und am 4. Mai 2024 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main. Außerdem wird der Gewerkschaftsrat noch ein weiteres Mal am 13. September 2024 digital stattfinden.

Neben Beratungen zur Lage der Partei Die Linke hat der Gewerkschaftsrat intensiv linke Strategien zur sozial-ökologischen Transformation diskutiert. Dabei ging es u.a. um die Schaffung von Diskussionsangeboten und die gezielte Ansprache gewerkschaftlicher Kolleg*innen in den Betrieben. Der Gewerkschaftsrat hat sich mit den Konzepten von Arbeiterkammern, Wirtschaftsräten und Sozialräten beschäftigt. Außerdem spielten aktuelle Tarifeinverständigungen eine zentrale Rolle und es wurde gemeinsam beraten, wie Die Linke diese unterstützen kann.

Inhaltliche Schwerpunkte waren außerdem die Diskussion um die Einführung einer 4-Tage-Woche, die Krise der Automobilindustrie, die Einführung eines gesetzlichen Inflationsausgleichs und eines Industriestrompreises und welche Auswirkungen die geopolitischen Verschiebungen auf die Strategie der Linken und der Gewerkschaften haben.

Während der laufenden Legislatur wurde Jan Melzer, Gewerkschaftssekretär und Leiter des Bezirks Leipzig der IG BCE, neu in den Gewerkschaftsrat berufen.

Kommission Politische Bildung

Die Kommission Politische Bildung wurde vom Parteivorstand nicht wiedereingesetzt.

Reformkommission

Der Parteivorstand beschloss im Januar 2023 die Einsetzung einer Strukturreformkommission. Grundlage der Einberufung war der vom 8. Parteitag auf seiner 1. Tagung an den Bundesausschuss überwiesene und dort beschlossene Antrag zur Bildung einer Kommission zur Reform der Partei- und Entscheidungsstrukturen. Die Kommission wurde beauftragt, entscheidungsfähige Reformvorschläge zu erarbeiten und diese an den Parteitag einzureichen. Geprüft werden sollten insbesondere eine Verkleinerung des Parteivorstandes, die bereits vor Einsetzung der Kommission vom Parteitag beschlossen wurde, eine Weiterentwicklung des Bundesausschusses zu einem Gremium, das die Grundlinien der Politik zwischen den Parteitagen diskutiert und festlegt und Entscheidungsträger*innen wie Landes- und Fraktionsvorsitzende, Vertreter*innen der Partei in Regierungen und die Zusammenschlüsse umfasst sowie weitere vom Parteitag in die Reformkommission überwiesene Anträge zur Änderung der Struktur und Satzung der Partei.

Die Reformkommission arbeitete unter der Leitung der Bundesgeschäftsführung und setzte sich daneben aus weiteren Mitgliedern des Parteivorstandes, Vertreter*innen aus Landesvorständen und den Zusammenschlüssen sowie einem Bundesausschussmitglied zusammen.

Im Februar 2024 beschloss der Parteivorstand die Fortsetzung der Arbeit der Reformkommission. Zu folgenden Themen wurden Vorschläge erarbeitet und vom Parteivorstand Anträge an den Parteitag eingereicht:

- Einführung einer Mandatszeitbegrenzung bzw. Erneuerungsquote in der Bundessatzung
- Umstrukturierung Bundesausschuss
- Feministische Erneuerung
- Antragsverfahren bei Bundesparteitag

Zu zwei Themen wurde diskutiert, aber keine Vorschläge erarbeitet: So zur Wahl von Fraktionsvorsitzenden sowie zur Grundwertekommission. Zu beiden Themen wurde entschieden, aus unterschiedlichen Gründen keinen Vorschlag vorzulegen.

AG Bedingungsloses Grundeinkommen

Aufgrund des positiven Mitgliederentscheids zur Aufnahme der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) in die Programmatik unserer Partei, beschloss der Parteivorstand am 17.12.2022 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um entsprechende Textvorschläge zu entwickeln und vorzulegen (vgl. die Beschlüsse 2022/208 und 2022/319). Der Arbeitsgruppe gehörten vier vom Parteivorstand ernannte Personen und ein*e Mitarbeiter*in des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen aus der Bundesgeschäftsstelle an. Weitere Personen sollten in einer weiteren PV-Beratung ernannt werden. Die Arbeitsgruppe verständigte sich über die Arbeitsweise und legte dem Parteivorstand einen Zeitplan vor (vgl. Informationsvorlage 2023/400i). Bestandteil dessen war ein digitales Hearing, welches mit Experten aus Sozialverbänden, einer Fachreferentin unserer ehemaligen Bundestagsfraktion, einer Vertreterin der BAG Grundeinkommen und eines Vertreters der BAG Hartz IV stattfand (vgl. Protokoll Digitales Hearing vom 30.6.2023).

Mit Beschluss vom 8.10.2023 konkretisierte der Parteivorstand das weitere Verfahren (vgl. Beschluss 2023/514). Auf dem Bundesparteitag am 18. bis 20. Oktober 2024 in Halle wird es auf Grundlage des erarbeiteten Antrags an das Grundsatzprogramm eine Debatte zum BGE geben. Diesen hat der Parteivorstand in seiner Beratung am 6./7. Juli 2024 beschlossen (Beschluss 2024/087) und an den Parteitag gestellt und wird dort entscheiden.

Bündnisarbeit und Vernetzung

Zentrales Austauschformat mit verschiedenen außerparlamentarischen Akteuren war der Bewegungsratschlag. Dieser traf sich 3 Mal in der aktuellen Amtszeit des Parteivorstandes. Eingeladen waren verschiedene Gruppen bzw. Vertreter*innen von Gruppen aus den Bereichen Klimagerechtigkeit, Antifaschismus, Flucht & Migration, Seenotrettung, NGOs und Erwerbslosengruppen. Der Bewegungsratschlag findet auf Einladung der Parteivorsitzenden statt und hat zum Ziel, aktuelle Entwicklungen und Debatten innerhalb der oben genannten Milieus mit der Partei zu verschränken.

Die Bundesgeschäftsstelle

Auszug aus der Bundessatzung §18 (3): „Der Parteivorstand unterhält eine Geschäftsstelle am Sitz der Partei. Diese unterstützt die Arbeit des Parteivorstandes, der anderen Organe und Gremien der Bundespartei, der Landesverbände und der bundesweiten Zusammenschlüsse.“

Die politische Grundlage für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle sind neben Programm und Satzung der Partei die Beschlüsse des Parteitages bzw. des Parteivorstandes und des Bundesausschusses. Die finanzielle Untersetzung der Arbeit erfolgt über die Beschlussfassung des Parteivorstandes bzw. Bundesausschusses über den jährlichen Finanzplan. Für Wahlkämpfe werden gesonderte Etats durch den Parteivorstand beschlossen. Die politisch-organisatorische Leitung der Bundesgeschäftsstelle obliegt dem Bundesgeschäftsführer und in dessen Auftrag der Leiterin bzw. dem Leiter der Bundesgeschäftsstelle.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich als Dienstleisterin für die Partei. Dazu gehören nicht nur die Um- und Untersetzung gefasster Beschlüsse der Bundesorgane, sondern auch die Ermöglichung und Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit der Mitglieder der Partei. Dafür ist eine beständige Abstimmung mit den Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei unerlässlich und darum Bestandteil der Aufgabenbeschreibung aller Bereiche der Bundesgeschäftsstelle.

Die Bundesgeschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus ist ihrem Selbstverständnis nach ein „offenes Haus“. Sie ist Anlaufpunkt für Genossinnen und Genossen ebenso wie für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Entwicklungen in der Bundesgeschäftsstelle

Seit der Bundestagswahl 2021 fand in der Bundesgeschäftsstelle eine weitreichende Reform der Arbeitsstruktur statt. Die sich aus den Auswertungen und Erkenntnissen der die beiden zentralen Wahlkämpfe, neuen Erkenntnissen und Anforderungen an moderne Arbeitsweisen und den veränderten finanziellen Möglichkeiten der Bundespartei ergab. Für den Bundestagswahlkampf 2025 werden maximale Kapazitäten freigemacht und es erfolgt eine stärkere Trennung in Grundanforderungen und Wahlkampf, um einen klaren Fokus herstellen zu können. Nach der Bundestagswahl 2025 soll dann eine weitere Reform der Arbeitsstruktur auf Basis der gemachten Erfahrungen erfolgen.

Die Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke gliedert sich in sechs Bereiche und drei Büros.

Die drei Büros sind:

- das Büro der Parteivorsitzenden mit Stabsstelle Internationale Politik und Pressestelle
- das Büro des Bundesgeschäftsführers, mit dem Sekretariat des Parteivorstandes und der Bundesschiedskommission, dem Veranstaltungsmanagement und den Zusammenschlüssen
- das Büro des Bundesschatzmeisters

Die sechs Bereiche sind:

- Inhalte
- Kampagnen und Mobilisierung
- Bürgerdialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit

- Politische Bildung und Organizing
- Finanzen
- Digitalisierung/Organisation

Die Bereiche arbeiten grundsätzlich in eigener Ressortverantwortung. Sie konzipieren und begleiten die ihnen zugewiesenen Aufgaben federführend und sorgen auch für die Koordinierung der bereichsspezifischen Projekte mit den Fraktionen und der Stiftung.

Viele Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle werden bereichsübergreifend durchgeführt, dazu gehören vor allem die politisch-organisatorischen Höhepunkte wie Wahlkämpfe und Kampagnen, die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Parteitage und der weiteren zentralen Veranstaltungen aber auch Projekte der Parteientwicklung, die Newsletter der Partei oder Adhoc-Aktionen. Die jeweilige federführende Koordinierung durch einzelne Bereiche oder Büros wird durch den Bundesgeschäftsführer/ die Bundesgeschäftsführerin bzw. die Leitung der Bundesgeschäftsstelle konkret festgelegt.

Personalentwicklung

Im Bereichszeitraum arbeiteten durchschnittlich 79 Beschäftigte in der Bundesgeschäftsstelle, deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen geregelt sind. Außerdem arbeiteten mehrere Genossinnen und Genossen regelmäßig ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit.

In den Jahren 2022, 2023 und 2024 fanden für die Beschäftigten der Partei Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di unter Federführung des Bundesschatzmeisters statt. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde 2022 ein Tarifvertrag zur Förderung von Teilzeitarbeit für die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen, dessen Maßnahmen ein Teil der finanziellen Konsolidierung der Partei sind und mit dem die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle auf freiwilliger Basis einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten.

2023 wurde die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie sowie im Jahr 2024 Tarifierhöhungen für das laufende Jahr in Höhe von 8 % sowie für das Jahr 2025 in Höhe von 4 % für alle Beschäftigten in den Landesverbänden und im Parteivorstand vereinbart.

Digitalisierung Bundesgeschäftsstelle

In einem ersten Schritt wird die Exchange-Infrastruktur erneuert und im Zuge dessen eine E-Mail-Archivierung eingeführt. Konzeptionelle und vorbereitende Arbeiten sind abgeschlossen, die Umsetzung wird Ende 2024 erfolgen. Die Telefonanlagensoftware wurde bereits erneuert, ebenso wie einige der Server.

Zur Raumverwaltung und intensiveren Nutzung der Konferenzräume wurde das ehemalige Raumbuch digitalisiert, so dass jetzt die Bereiche direkt Räume buchen können und diese auch direkt online abbestellen oder ändern können. Die Videokonferenzsysteme der Bundesgeschäftsstelle wurden zusammengeführt, die Zoom-Konten wurden in einen Business-Account zusammengeführt, ein einheitliches CI und einheitliche Datenschutz- und Datensicherheitseinstellungen für alle Accounts eingerichtet. Darüber hinaus wird das alte Videokonferenzsystem (R205) aktualisiert, mit dem Ziel dieses als zusätzliche Hybridanlage wieder zu nutzen. Ein Redaktionssystem für die Bearbeitung und Veröffentlichung von Wahlprüfsteinen wurde entwickelt und wird im Laufe des Jahres weiterentwickelt, um die

Wahlprüfsteine im Bundestagswahlkampf effizienter beantworten und veröffentlichen zu können.

Darüber hinaus gibt es den deutlich geäußerten Bedarf an Einführung von Projektmanagementsoftware in der Bundesgeschäftsstelle, der vom Bereich DO erfasst wurde. Um eine Projektmanagementsoftware(PMS) einführen zu können, müsste jedoch zuerst eine Arbeitsweise für alle Bereiche festgelegt werden, die sich dann in der PMS abbildet. Dazu wäre die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Bereichsleitungen und des Betriebsrates unter Leitung der Geschäftsführung oder von dieser beauftragten Personen oder Dienstleister nötig, um die abzubildenden Prozesse zu definieren. Vor Einführung der PMS wäre jedoch anzuraten, den Prozess der Einführung der Arbeitszeiterfassungssoftware (Personio) zu beenden, da diese Software bereits etliche Elemente von PMS beinhaltet (Onboarding-Kontrolle, Anwesenheitskontrolle), die aktuell noch nicht genutzt werden. Ein zweites Tool einzuführen vor dem Abschluss der Einführung des ersten Tools würde zu unnötigen Dopplungen führen.

Zusätzlich wurde ein zentrales System zur Softwareverwaltung und -dokumentation eingeführt (Gitlab), so dass Softwareentwicklung, die von der Partei oder ihren Dienstleister*innen entwickelt wird, auch zentral zugänglich ist. Das ist die Voraussetzung, um auch zukünftig ehrenamtliche Ressourcen mit nutzen zu können.

Jede datenbasierte Arbeit unterliegt höchster Sorgfaltspflicht, denn sie betrifft den Datenschutz und die Sicherheit unserer Mitglieder – beides hat immense Priorität. Um einen einheitlichen Standard der Ausbildung unserer haupt- und ehrenamtlichen Funktionär*innen in Datenschutz und Datensicherheitsfragen zu gewährleisten, erarbeiten wir gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten der Partei ein einheitliches Schulungskonzept. Ziel ist, zentrale, regelmäßig durchgeführte Datenschutzeschulungen für die oben beschriebenen Systeme anzubieten. Das Konzept wird seit 04/2024 erarbeitet und soll Ende 2024 vorliegen, eine Umsetzung ist direkt im Anschluss geplant.

Wahlkämpfe

Im Berichtszeitraum wurden folgende Wahlkämpfe unterstützt: LTW Niedersachsen 2022; 2023 Wahlen in Berlin (Wiederholungswahl Abgeordnetenhaus), Bremen, Bayern und Hessen; 2024 Berlin (Wiederholungswahl Bundestagswahl nur Berlin), Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie die Kommunalwahlen (Beschluss 2024/015) in den Landesverbänden Thüringen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Sowie einzelne Wahlkämpfe zu Landrät*innen und Oberbürgermeister*innen, dabei ist der OB Wahlkampf Rostock besonders hervorzuheben, dieser wurde durch viele Personalressourcen mit Mitteln des Haustürwahlkampfes unterstützt, durch die viele neue Aktive gewonnen und insgesamt 11.000 Haustüren erreicht werden konnten. Die Wahl wurde gewonnen und die Wirksamkeit der Gespräche kann nachgewiesen werden.

Es wurden die Europawahl-Kampagne geplant und durchgeführt sowie vorbereitende Maßnahmen für die Bundestagswahl durchgeführt. Für die Europawahl-Kampagne liegt ein eigener Bericht der Bundeswahlkampfleitung vor.

Bundestagswahl 2025 / Vorwahlkampfkampagne

Die Aufgabe den Prozess der Wahlstrategie und die Entwicklung des Bundestagswahlprogramms für die Bundestagswahl 2025 zu gestalten obliegt dem in Halle neu zu wählenden Parteivorstand. Im Berichtszeitraum wurden die wichtigsten

vorbereitenden Maßnahmen auf den Weg gebracht, so dass der neue Parteivorstand nahtlos anfangen kann die politischen Weichen zu stellen.

Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehört die neue Wahlkampfstruktur der Bundesgeschäftsstelle sowie der Prozess zur Agenturauswahl. Zudem wurden die über den Plan 2025 geführten Diskussionen zu einer Vorwahlkampfkampagne mit Gesprächsoffensive weiterentwickelt, die schon im August 2024 gestartet ist.

Dazu gehören die Beschlüsse:

- Beschluss 2024/119: Plan 25/ Vorwahlkampf - Auf dem Weg zur Bundestagswahl: die Partei einen und stärken,
- Beschluss 2024/106: Vom Plan 25 zum Vorwahlkampf die Kreisverbandstour,
- Beschluss 2024/104: Intensivseminare Vorwahlkampf,
- Beschluss 2024/105: Material für den Vorwahlkampf,
- Beschluss 2024/107: Öffentlichkeitsarbeit im Vorwahlkampf,
- Beschluss 2024/108: Die Gesprächsoffensive,
- Beschluss 2024/103: Wahlkampfaktionskonferenz,
- Beschluss 2024/120: Wahlkampfstruktur der Bundesgeschäftsstelle.

Unterstützung Landtagswahlkampf und Kommunalwahlkampf

Zur Unterstützung der Landtagswahlkämpfe durch die Bundesgeschäftsstelle wurde vom Bereich Kampagnen/Parteientwicklung ein Maßnahmenkatalog überarbeitet und den Ländern zur Verfügung gestellt. In dieser Übersicht sind Serviceleistungen durch die Bundesgeschäftsstelle und ihre jeweiligen Ansprechpersonen aufgeführt, welche die Landesverbände mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf abrufen können. 2022 war das der Landesverband Niedersachsen, 2023 wurde der Landesverband Hessen unter anderem durch einen Plakatspendeshop, Haustürarbeit, politische Bildung sowie personell vor Ort unterstützt. Ebenso wurden die Landesverbände Berlin und Bayern unterstützt. 2024 lag der Fokus auf die Europawahlen sowie auf den drei Landtagswahlen Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Der LTW Bremen wurde durch einzelne vor Ort Einsätze und Wahlkampfleitungsseminare unterstützt. Zur LTW Schleswig-Holstein wurde der dortige Haustürwahlkampf geringfügig durch Schulungsmaterial und die Verschickung von Klemmbrettern/Beuteln unterstützt. In den LTW Hessen und Bayern wurde jeweils ein Wahlkampfworkshop angeboten, 25 Schulungen für Haustürgespräche durchgeführt und für 5 Kreisverbände Telefonaktionen mit der gesamten Mitgliedschaft zur Steigerung der Aktivenquote durchgeführt. Insgesamt waren die Genoss*innen an 20.000 Haustüren. Die LTW Hessen wurde zudem mit der Aktionskonferenz mit über 300 Teilnehmer*innen in Frankfurt / Main unterstützt. Im Rahmen der Aktionskonferenz waren die Genoss*innen an über 2000 Haustüren.

Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Thüringen und Sachsen 2024

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte die Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen mit einer Reihe von Schulungen und Einsätzen vor Ort durch den Bereich Politische Bildung und Organizing. Die Unterstützungen umfassten die folgenden Maßnahmen.

Brandenburg

- Kandidierendenschulung für Haustürgespräche
- 3-4x Unterstützung einzelne Haustüreinsätze/Schulungen
- Unterstützung mehrere Telefonaktionen mit Zetkin (Schulung, technischer Support, Leitfaden, Systematisierung, Dokumentation) für diverse Zielgruppen
- Mobilisierung für zentrale Aktionstage

Thüringen

- Unterstützung bei Haustüreinsätzen und Schulungen in Jena, Weimar, Greiz und Erfurt

Sachsen

- Unterstützung Direktwahlkreise Leipzig (Marco und Nam) bei den Haustürplanungen
- Bereichsausflug nach Leipzig zur Wahlkampfunterstützung
- Vor Ort Unterstützung Leipzig Haustüreinsätze
- Vor Ort Unterstützung Plakatieren/Flyern
- Vorbereitung Telefonaktion

Kampagnen

Im Rahmen der Umsteuern-Kampagne wurden diverse Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Dazu gehörten verschiedene Aktionstage und -wochen, wie die Aktionswoche gegen das Schwimmbadsterben, die Aktionswoche „Haushalt des Grauens“, die sich gegen Haushaltskürzungen richtete sowie ein bundesweiter Aktionstag mit dem Motto „Holen wir uns den Reichtum zurück“. Zudem entstanden diverse Materialien wie Flyer, Druckvorlagen und ein Gesprächsleitfaden. Auf Regional- und Aktionskonferenzen fanden Workshops statt, die zur Weiterbildung der Aktiven und zur Weiterentwicklung der Kampagne dienten. Außerdem traf sich regelmäßig ein Kampagnen- sowie ein Aktivenrat, um die Kampagne inhaltlich und strategisch weiterzuentwickeln. Ein Telegram-Kanal und eine Telegram-Gruppe für Aktive wurden regelmäßig mit aktuellen Informationen und Aktionen bespielt. Während der Weihnachtszeit wurde ein „Umsteuern“-Adventskalender über Telegram geteilt. Als Kampagnen-Gimmick diente der 4 Meter große, aufblasbare Tax-The-Dax-Dachs, der für Kundgebungen und anderen Aktionen von der Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden konnte. Während der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wurde die Kampagne mit der „Wir fahren zusammen“-Kampagne verknüpft, um die Tarifaufeinandersetzungen als Hebel in die Zivilgesellschaft zu nutzen.

Arbeitsschwerpunkte und zentrale Aktionen

Für die landes- und lokale Arbeit hat die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig Info- und Aktionspakete erstellt und den Genoss*innen zur Verfügung gestellt. Dies betrifft die Themen Frieden (Ostermärsche und Weltfriedenstag), 8. März Frauentag, 1. Mai und 8. Mai. Außerdem zu weiteren gesellschaftspolitischen Themen und Ereignissen wie die Klimaproteste, überfall Russlands auf die Ukraine, Proteste gegen die AfD und die Besteuerung von DAX-Konzernen, keine Einschränkung des Asylrechts. Die Materialpakete enthalten Kopier- und Druckvorlagen für Plakate, Transparente, Aufrufe und Handzettel sowie Aufkleber-Motive. Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind das Grafiken, Reels, Videos und Musterpressevorlagen. Der Parteivorstand hat hierzu eine Reihe von Beschlüssen zur Unterstützung verschiedener Proteste beschlossen:

- Beschluss 2022/231 Unterstützung der Gegenproteste gegen den sogenannten „Marsch für das Leben“ am 17. September 2022 in Berlin;
- Beschluss 2022/240 Friedensaktionstag DIE LINKE unterstützt den dezentralen Aufruf des Kasseler Friedensratschlages und der Friedenskooperative zu Aktionen unter dem Motto „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!;
- Beschluss 2022/242 Unterstützung des Globalen Klimastreiks am 23. September Menschen vor Profite! #PeopleNotProfit DIE LINKE unterstützt den Globalen Klimastreik am 23.9. und ruft zur Teilnahme auf!;
- Beschluss 2022/254 Ein Heißer Herbst gegen die soziale Kälte der Regierung: Preise und Profite deckeln. Klima schützen;
- Beschluss 2022/265 COP27: Kein Grad weiter - Kein Greenwashing der ägyptischen Diktatur – Freiheit für alle politischen Gefangenen;
- Beschluss 2022/278 Unterstützung Solidarischer Herbst DIE LINKE. ruft auf und mobilisiert zu den Großdemonstrationen eines breiten zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bündnis' unter dem Titel „Solidarischer Herbst“ am 22.10. um 12 Uhr in 6 Städten: Berlin, Frankfurt/Main, Hannover, Düsseldorf, Dresden und Stuttgart;
- Beschluss 2022/281 Aktive Begleitung der TVöD Runde 2023 DIE LINKE legt ihren Aktionsschwerpunkt auf die aktive Ansprache von Beschäftigten und die Unterstützung ihrer Forderungen in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes;
- Beschluss 2022/284 Aufruf zur Demonstration „Wir haben es satt“ 2023 DIE LINKE unterstützt den Aufruf;
- Beschluss 2022/310 Aufstehen gegen Rassismus 2023 Der Parteivorstand unterstützt weiterhin die Aktivitäten von Aufstehen gegen Rassismus im Jahr 2023;
- Beschluss 2023/329 LINKE Kampagnenschwerpunkt 2023 ZURÜCKVERTEILUNGSOFFENSIVE 2023 (Arbeitstitel);
- Beschluss 2023/340 Aktivitäten zum 8. März Zum Internationalen Frauen*kampftag am 8. März wird es für die Gliederungen ein Aktionspaket geben. Inhaltlicher Schwerpunkt ist dabei die Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst und im Besonderen die Situation der Frauen* in den Sozial- und Erziehungsberufen;
- Beschluss 2023/351 Global Climate Strike am 3. März DIE LINKE unterstützt die Demonstrationen und Aktionen von Fridays for Future und ver.di zum Global Climate Strike am 3. März 2023 und ruft die Mitglieder auf gemeinsam mit fff und ver.di auf die Straße zu gehen;
- Beschluss 2023/352 Kampagnenmaterial 1. Mai. Zum 1. Mai werden ein Plakat und ein Flyer zum Versand an die Gliederungen produziert;
- Beschluss 2023/372 Aufruf zu den Ostermärschen 2023;
- Beschluss 2023/385 Farbe bekennen gegen jede Form von Rassismus Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder auf, sich anlässlich des Internationalen Tages gegen Islamfeindlichkeit am 15.3., sowie am Internationalen Tag gegen Rassismus am 21.3., an Aktionen und Veranstaltungen gegen Rassismus zu beteiligen;
- Beschluss 2023/392 Umverteilungskampagne 2023;
- Beschluss 2023/407 Unterstützung der Kampagne „Höcke ist ein Nazi“ und Mobilisierung zum Protest gegen den AfD Bundesparteitag;
- Beschluss 2023/437 Unterstützung von Bildungsprotestaktionen Der Parteivorstand unterstützt die Anliegen des Appells „Bildungswende jetzt“;
- Beschluss 2023/447 Resolution Defender 2023 Nein zum Kriegsmanöver „Air Defender 2023“;

- Beschluss 2023/439 Gemeinsam in die Offensive - Tarifverhandlungen Nahverkehr unterstützen DIE LINKE unterstützt die Tarifkampagne TVN 2024 für über 87.000 Beschäftigte in kommunalen Verkehrsunternehmen;
- Beschluss 2023/470 Unterstützung des Aufrufes „Nein zu Aufrüstung und Krieg“ DIE LINKE unterstützt den Aufruf der Antikriegskoordination Berlin „Nein zu Aufrüstung und Krieg“ zu einer Demonstration am 2.9.2023 anlässlich des Antikriegs-/Weltfriedenstag;
- Beschluss 2023/478 Unterstützung Klimastreik Der Parteivorstand unterstützt die Klimastreik-Protteste im September 2023;
- Beschluss 2023/536 Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2024 Der Parteivorstand ruft zur Teilnahme am Gedenken zu Ehren der ermordeten Genoss*innen Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht am 14. Januar 2024 10Uhr auf dem Friedhof der Sozialist*innen auf;
- Beschluss 2024/005 Intervention auf den aktuellen und kommenden Anti-AfD Protesten;
- Beschluss 2024/042 Aufruf zu den Ostermärschen: Deutschland und die EU friedensfähig machen!;
- Beschluss 2024/052 Kein Fußbreit der AfD;
- Beschluss 2024/075 DIE LINKE UNTERSTÜTZT DIE BILDUNGSPROTESTAKTIONEN Der Parteivorstand unterstützt die Anliegen des Appells „Bildungswende jetzt“;
- Beschluss 2024/099 Demoaufruf 3. Oktober „Gegen Eskalation und für Emanzipation Frieden und Völkerrecht verteidigen“;
- 2024/127 Unterstützung und Teilnahme am globalen Klimastreik am 20.9.;
- 2024/128 Unterstützung der IG Metall Tarifrunde M+E „Solidarität gewinnt“ im Herbst 2024.

Mitgliederzooms

In der aktuellen PV-Legislaturperiode gab es insgesamt 8 Mitglieder- und Kreisvorstände-Zooms. Inhaltlich ging es um die aktuellen Schwerpunktthemen, Wahlkampfzubereitung sowie zur Situation in der Partei. Die Mitglieder-Zooms hatten eine Größenordnung von 100 bis 400 Personen, die Kreisvorstände-Zooms eine Größenordnung von 70 bis 130 Personen. Die Kreisvorstände-Zooms fanden auf Einladung des Bundesgeschäftsführers/ der Bundesgeschäftsführer*innen, die Mitglieder-Zooms auf Einladung der Parteivorsitzenden statt.

Veranstaltungen der Bundespartei

Clara-Zetkin Frauenpreis 2023

Der Clara-Zetkin Frauenpreis fand 2023 erstmalig in Bremen statt. Der mit 2000 Euro dotierte Preis ging an den Verein: Gewitterziegen e.V. Beratungs- und Bildungszentrum für Mädchen* und junge Frauen*. Insgesamt wurden 24 Projekte für den Preis eingereicht.

Die Jury setzte sich wie folgt zusammen: Zwei Frauen aus dem Parteivorstand der Linken, eine Vertreterin der BAG LISA, eine Vertreterin von linksjugend [‘solid], eine Vertreterin von DIE LINKE. SDS, die Frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.

Fest der Linken

Das Fest der Linken fand 2023 aus finanziellen Gründen nicht statt.

Jahresauftakt 2023

Der Jahresauftakt 2023 fand wieder in Präsenz statt. Los ging es am Freitag, den 13. Januar 2023 mit einem Empfang in Berlin Friedrichshain. Neben den politischen Reden von den Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan, gab es eine Keynote von Oliver Nachtwey und eine Rallye mit Vertreter*innen von DWE, ichbinarmutsbetroffen sowie Christopher Little (Aktivist Lützerath), Herow Khosrawi, David Wetzel (Gesundheits- und Krankenpfleger in der Charite) und Peter Haseloff (Berlin Recycling). Am Samstag, den 14. Januar ging es mit der erweiterten Gremiensitzung in der Berliner Stadtmission weiter.

Jahresauftakt 2024

Der Jahresauftakt 2024 von vom 12.1. – 14.1. mit drei Programmteilen statt. Am 12.1. Startete mit der Gremienberatung des Parteivorstandes im Anschluss gab es das Get-Together-Event. Am 13.1. fand ebenfalls in der Berliner Stadtmission der Jahresauftakt-Kongress mit mehreren Hundert teilnehmenden Aktiven aus der Partei statt. Es gab neben der Auftaktrallye und Europa-Worldcafe, 10 Panel Diskussionen und 9 Workshops und Praxiseinsätze im Haustürwahlkampf. Am Sonntag trafen sich alle Teilnehmenden zur gemeinsamen Ehrung von Luxemburg und Liebknecht auf dem Friedhof der Sozialist*innen. Im Anschluss fanden noch drei Vernetzungstreffen statt.

Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenzen

Vom 30. Juni bis zum 2. Juli fand in Frankfurt/Main eine bundesweite Aktionskonferenz mit 300 Teilnehmer*innen statt (Beschluss 2022/309: Durchführung der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz des Parteivorstandes im Juni 2023). Ziel dieser Aktionskonferenz war die Vernetzung und Schulung von Genoss*innen für ihre lokale Arbeit. Es gab 24 Workshops, Podien und einen Haustüreinsatz zur Unterstützung der wahlkämpfenden Genoss*innen in Frankfurt.

Parteitag in Augsburg 2023

Am 17. November 2023 bis 19. November 2023 fand in Augsburg unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung.“ der Europaparteitag statt.

Parteitag in Halle 2024

Der Parteivorstand und die Bundesgeschäftsstelle bereiten den Bundesparteitag in Halle entsprechend der Bundessatzung vor.

Parteitag in Chemnitz 2025

Der Parteivorstand legte ebenfalls den Wahlprogrammparteitag für die Bundestagswahl 2025 auf den 9. bis 11. Mai 2025 in Chemnitz fest.

Regionalkonferenzen

Von Mai bis Juli 2023 fanden 6 Regionalkonferenzen statt. Davon 4 in Präsenz (bei Leipzig und Stuttgart, Hamburg, Duisburg) und 2 als Onlineveranstaltungen. Ziel der Veranstaltungen war es die Beschlusslage zu vermitteln, Strategien vorzustellen und den Austausch zu fördern.

Für die Vorstellung der Kandidaturen der neuen Parteispitze beschloss der Parteivorstand ein eigenes Verfahren (Beschluss 2024/095) das im September 2024 vorrausichtlich mit vier digitalen Regionalkonferenzen durchgeführt wird.

Gewerkschaftsratschlag „Gewerkschaftlicher Aufbruch Ost“

In der Spitze 150 Genoss*innen und Kolleg*innen berieten sich in Leipzig am 2. und 3. März 2024 über die aktuellen Kämpfe und Erfolge der gewerkschaftlich Organisierten in Ostdeutschland und der Rolle der Partei Die Linke in der Stärkung von Beschäftigten und Betriebsräten und ihren Gewerkschaften.

Ein Ergebnis: Streiks eröffnen gesellschaftliche Fenster für politische Auseinandersetzungen. Voraussetzung für Erfolg in der Gestaltung der Welt der Arbeit ist ein Fokus der Partei auf eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, der aktiven Einmischung in aktuelle Debatten die Beschneidung des Streikrechts, eigener parlamentarischer Initiativen zur Tariftreue und Vergaberichtlinien oder der öffentlichen Unterstützung der Beschäftigten beispielsweise bei den Leipziger Verkehrsbetrieben oder bei Knorr Auerbach, die gegen Entlassungen kämpfen. Wie das in konkreten Fällen gelingen kann, war Gegenstand des Abendpanels mit gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und Sören Pellmann und Janine Wissler.

Mut machten im Auftakt die Ergebnisse des Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Institut, die zeigten, dass Beschäftigte in Arbeitskämpfen wichtige demokratische Erfahrungen machen, die helfen, autoritären Mustern entgegenzuwirken. Klar wurde auch, dass das eigene gewerkschaftliche politische Mandat wahrgenommen werden muss, um der Rechtsentwicklung ernsthaft etwas entgegenzusetzen. Der Ratschlag endete mit einem Panel zur Relevanz der Europawahlen für Arbeitsbedingungen im Osten mit den drei Kandidatinnen Özlem Alev Demirel, Ines Schwerdtner und Carola Rackete.

Weitere Veranstaltungen

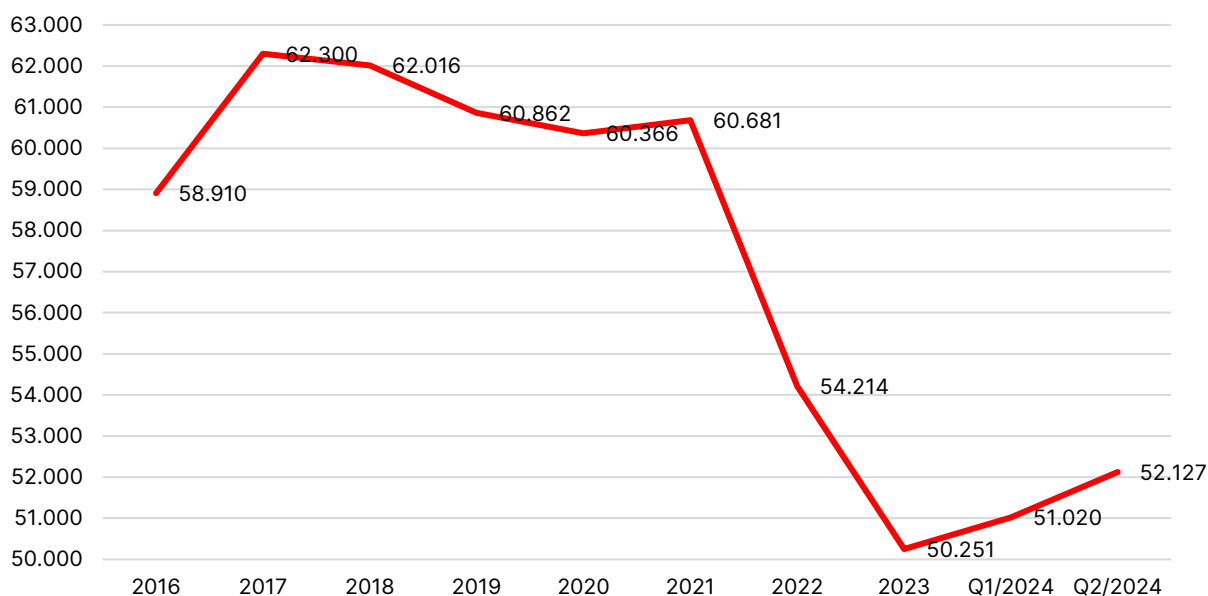
Der Parteivorstand beteiligte sich wie in jedem Jahr am traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am zweiten Januar-Wochenende.

Des Weiteren war die Bundesgeschäftsstelle an der Ausrichtung der Trauerfeier für Hans Modrow im FMP1 beteiligt.

Mitgliederentwicklung der Linken

Für den Parteivorstand werden quartalsweise Mitgliederberichte erstellt und Analysen vorgenommen. Die Analysen betrifft die Geschlechterquoten, die Altersstrukturen und die Mitgliederverteilung nach Landesverbänden. Ebenso die Ein- und Austrittszahlen für die Bundes- und Landesebenen. Die Mitgliederberichte werden als Informationsvorlagen dem Parteivorstand vorgelegt und diskutiert. Für den geschäftsführenden Parteivorstand werden regelmäßig Wochenberichte erstellt. Dort werden die aktuellen Eintrittszahlen über die Bundeswebseite aufgearbeitet und visualisiert. Die Koordinierungsrunde mit den Landesmitgliederverantwortlichen fand drei Mal statt und hatte zum Ziel Arbeitsabläufe zu verbessern. Die Mitgliederentwicklung in den Quartalen 1–3 verlief negativ, im vierten Quartal 2023 gab es erstmals mehr Ein- als Austritte. Dieser Trend konnte für das erste Halbjahr 2024 fortgeführt werden, so dass die Partei aktuell wieder einen Mitgliederzuwachs hat.

Mitgliederentwicklung seit 2016



Kreisverbände

Aktuell gibt es 325 Kreisverbände (341 im Jahre 2022). Während die Kreisverbände in den Großstädten sowie mittelgroßen Städten an Mitgliedern gewonnen haben, gab es vor allem im ländlichen und kleinstädtischen Raum im Saldo Mitgliederverluste.

Entwicklung der 50 größten Kreisverbände im ersten Halbjahr 2024:

KV	Mitglieder zum 31.3.2024	Mitglieder zum 30.6.2024	Differenz
SV Leipzig	1 764	1 882	▲6,7%
BV Mitte	1 162	1 140	▼1,9%
BV Friedrichshain-Kreuzberg	1 001	1 032	▲3,1%
BV Neukölln	938	968	▲3,2%
BV Pankow	955	968	▲1,4%
SV Dresden	911	928	▲1,9%
KV Köln	876	910	▲3,9%
BV Treptow-Köpenick	843	849	▲0,7%
BV Lichtenberg	823	820	▼0,4%
KV Frankfurt am Main	733	737	▲0,5%
KV München	620	643	▲3,7%
BV Marzahn-Hellersdorf	555	558	▲0,5%
KV Hannover	524	534	▲1,9%
SV Chemnitz	481	493	▲2,5%
KV Potsdam	476	489	▲2,7%
KV Rostock	460	460	=0,0%
KV Stuttgart	427	442	▲3,5%
SV Erfurt	421	435	▲3,3%
KV Mecklenburgische Seenplatte	433	432	▼0,2%
SV Halle	407	427	▲4,9%
BV HH-Mitte	399	413	▲3,5%

KV	Mitglieder zum 31.3.2024	Mitglieder zum 30.6.2024	Differenz
KV Görlitz	399	397	▼0,5%
KV Märkisch-Oderland	388	390	▲0,5%
KV Saarpfalz	382	384	▲0,5%
BV Tempelhof-Schöneberg	363	381	▲5,0%
BV Altona	358	361	▲0,8%
KV Karlsruhe	337	358	▲6,2%
KV Lausitz	349	348	▼0,3%
KV Düsseldorf	326	346	▲6,1%
KV Aachen	326	339	▲4,0%
KV Mittelsachsen	350	337	▼3,7%
KV Zwickau	330	335	▲1,5%
KV Peene-Uecker-Ryck	341	332	▼2,6%
KV Essen	322	331	▲2,8%
KV Bautzen	332	331	▼0,3%
KV Erzgebirge	340	331	▼2,6%
KV Freiburg	317	326	▲2,8%
KV Mitte-Ost	309	318	▲2,9%
SV Magdeburg	313	318	▲1,6%
BV Charlottenburg-Wilmersdorf	304	317	▲4,3%
KV Nürnberg Stadt und Land	289	310	▲7,3%
KV Barnim	306	310	▲1,3%
KV Dortmund	301	307	▲2,0%
KV Mainz / Mainz-Bingen	290	305	▲5,2%
KV Bielefeld	289	300	▲3,8%
KV Oder-Spree	304	299	▼1,6%
KV Kassel Stadt	290	299	▲3,1%
KV Oberhavel	284	294	▲3,5%
KV Bochum	280	293	▲4,6%
KV Westsachsen	285	287	▲0,7%

Zusammenschlüsse

Die Zusammenschlüsse sind ein wesentlicher Bestandteil der Basis der Partei nach §7 der Bundessatzung.

Die Entwicklung der Zusammenschlüsse anhand der Delegiertenberechnungen für den Bundesparteitag:

Zusammenschluss	Mitglieder 31.12.2022	Delegierte ab 2024	Mitglieder 31.12.2021	Delegierte ab 2022
Forum Demokratischer Sozialismus	1 580	4	1 463	4
BAG Betrieb und Gewerkschaft	1 528	4	1 218	4
Bewegungslinke	1 058	3	555	2
Sozialistische Linke	1 021	3	946	3
Antikapitalistische Linke	959	3	898	3
BAG Senior*innen	870	3	1 141	4

Zusammenschluss	Mitglieder 31.12.2022	Delegierte ab 2024	Mitglieder 31.12.2021	Delegierte ab 2022
BAG Grundeinkommen	869	3	1 076	4
BAG Die Linke.queer	839	3	975	3
Kommunistische Plattform der LINKEN	828	3	802	3
Ökologische Plattform bei der LINKEN	685	2	621	2
AG LISA	575	2	645	2
BAG Bildungspolitik	533	2	475	1
BAG Hartz IV	497	2	1 066	3
Cuba Si	497	2	529	2
Emanzipatorische Linke	487	2	487	2
BAG Kommunalpolitik	475	2	524	2
Selbstbestimmte Behindertenpolitik	453	2	565	1
BAG Frieden und Internationale Politik	412	1	412	1
Netzpolitik	378	1	378	1
AG Ständige kulturpolitische Konferenz	327	1	351	1
BAG Rote Reporter/innen	313	1	652	1
BAG Gesundheit und Soziales	288	1	374	1
Summen:	15 472	50	16 153	50

Linksjugend ['solid]

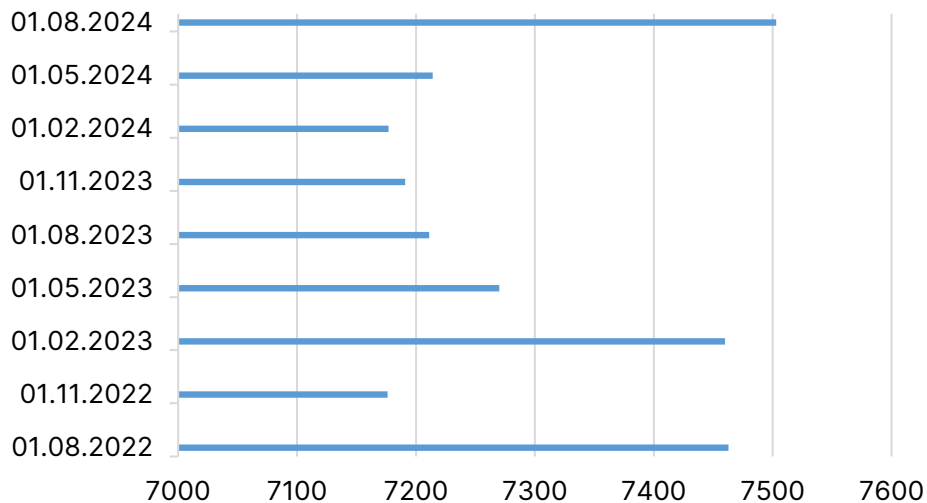
Die Linksjugend ['solid] hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von internen Prozessen sowie Kampagnen nach außen angestoßen und erfolgreich umgesetzt. Eine Auswahl der zentralen Themen und Projekte ist im Folgenden stichpunktartig aufgeführt.

Zentrale Themen und Projekte

- Strukturelle Verankerung und regelmäßige Durchführung von Neumitgliederseminaren auf Bundesebene (3–4 pro Jahr);
- Voranbringen von FLINTA*-Arbeit (Theorieseminare ohne Männer, 2 pro Jahr; Auseinandersetzung mit kritischer Männlichkeit und Aufbau von Strukturen (Reflektionsplena bei Veranstaltungen dazu; Arbeit zu Linke metoo);
- Strategische Ausrichtung des Jugendverbands, auch im Verhältnis zur Partei (diverse Strategieseminare, Neuauflage des How-to-Organisieren-Handbuchs, verbandsweite Diskussionen zum Verhältnis zur Partei auch in Hinblick auf die Bundestagswahl 2025);
- Weiterbringen der verbandseigenen/verbandsinternen IT (Intranet, Cloud, OpenSlides, Mitgliederdatenbank etc.);
- Durchführung von größeren Veranstaltungen auf Bundesebene zur Aufrechterhaltung der Verbandskultur und Stabilisierung der Strukturen (Winterakademie, Sommercamp, Skillshareakademie je 1x im Jahr);
- Aufbau einer Awareness-Struktur;
- Internationales (Besuch und Empfang diverser Partnerorganisationen im Ausland; Kuba-Brigade);
- Kampagne zum Thema Ausbildung;

- Kampagne „heißer Herbst“;
- Kampagne zur Europawahl 2024;
- Bundesweiter Aktionstag gegen Kürzungspolitik „Solidarität statt Sparzwang“.

Mitgliederzahlen der linksjugend [‘solid] Sommer 2022 bis Sommer 2024



Maßnahmen der Mitglieder- und Parteientwicklung

Allgemeine Arbeiten

Die Partei hat sich in den Mitgliederzahlen stabilisiert und legt wieder (leicht) zu. Im ersten Halbjahr 2024 konnten im Saldo 1.876 Mitglieder hinzugewonnen werden. Insgesamt gab es 4.736 Eintritte. Die Frauenquote hat sich zum vierten Mal in Folge leicht erhöht und liegt jetzt bei 38,1 Prozent. Was die Alterskohorten aller Mitglieder betrifft, so bilden die 26 – 30-jährigen weiterhin die größte Gruppe (12 %), gefolgt von den 31 – 35-jährigen (11 %) und den 20 – 25-jährigen (9 %), der Altersdurchschnitt aller Mitglieder liegt bei 51 Jahren. Zwischen den Landesverbänden gibt es allerdings deutliche Altersunterschiede, im Westen ist dieser deutlich jünger, im Osten älter. Bei den Neueintritten dominieren deutlich die Jüngeren, die vier Alterskohorten der 16 bis 35-jährigen bilden die absolute Mehrheit. Bei den Austritten verteilt es sich deutlich stärker auf alle Alterskohorten. Die größten Mitgliederzuwächse im ersten Halbjahr 2024 gab es prozentual in NRW und Schleswig-Holstein mit jeweils über 11 Prozent, Bayern und Niedersachsen haben mit über 7 Prozent Zuwachs ebenfalls gut abgeschnitten. Die größten Mitgliederverluste (prozentual) im ersten Halbjahr hatten Mecklenburg-Vorpommern (-2,9 %), Brandenburg (-2,3 %) und Thüringen (-1,6 %) zu verzeichnen. Ebenfalls negativ ist die Mitgliederentwicklung in Sachsen-Anhalt (-0,5 %). Aufgrund der großen Mitgliederzuwächse in Leipzig (+6,7 %) und Dresden (+1,9 %) bleibt der Landesverband Sachsen insgesamt stabil (+0,1 %), läge ansonsten auch im negativen Bereich. 25 Prozent aller Mitglieder sind in den letzten zwei Jahren in die Partei eingetreten, damit bilden sie die mit Abstand größte Gruppe. 31 Prozent der Mitglieder sind vor 2007 in die Partei (KPD, SED, PDS und WASG) eingetreten. Zwischen dem ersten und zweiten Quartal fällt die Mitgliederentwicklung für fast alle

Landesverbände positiv aus, nur das Saarland (-4,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-0,6 %) sind negativ.

Im Rahmen der Kampagne „Eine Linke für alle“ rund um den Bundesparteitag sowie im Winter 23/24 und Frühjahr 24 gab es verstärkte Werbung um Eintritte in die Partei. Hierzu wurden Videos, eine Webseite sowie Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ergriffen. Durch diese Maßnahmen konnten verstärkt neue Mitglieder gewonnen werden.

Politische Bildung

Das Bildner*innen-Netzwerk „Zimt und Zucker“ wurde mit zwei Netzwerktreffen weiter gepflegt und wird nun in das Aufbauheld*innen-Netzwerk überführt. Bis Herbst 2023 wurden für die Mitglieder der Partei diverse Online-, Präsenz- und Multiplikatoren*innen-Schulungen durchgeführt.

Die Angebote zur Wahlkampfzubereitung wurden zur Europawahl weniger nachgefragt als bei vorherigen bundesweiten Wahlen, weshalb das Angebot hier auf eine Handvoll Seminare verringert wurde. Diese wurden online und in Präsenz durchgeführt.

Im Bildungsprogramm Aufbauheld*innen wurden seit März 2024 insgesamt 21 Seminare mit über 900 bestätigten Teilnahmen durchgeführt. Hinzu kommen 8 Haustürschulungen und 7 Schulungen zur zetkin Software. Insgesamt hatten die Angebote der politischen Bildung in diesem Zeitraum über 1200 Teilnahmen. 92 % der befragten Teilnehmenden im Aufbauheld*innen-Bildungsprogramm gaben an, dass es eher bis sehr wahrscheinlich wäre, dass sie die Inhalte der Workshops in ihrer politischen Arbeit anwenden, 87 % würden das Programm weiterempfehlen.

Die Entwicklung der neuen Mitgliedersoftware zetkin wird inhaltlich begleitet. Die Einführung der Software wird durch die Schulung von Verantwortlichen schrittweise umgesetzt. Nach der bundesweiten Telefonaktion wurden hierfür seit März 2024 bisher 7 Schulungen durchgeführt. In der bundesweiten Telefonaktion im Januar/Februar 2024 wurden in 12 Kreisverbänden Telefonzentralen eingerichtet und 31 Genoss*innen in der Leitung einer Telefonzentrale geschult. 334 Genoss*innen haben mindestens in einer Schicht telefoniert. Es haben zahlreiche Vorsitzende, Abgeordnete und Mandatsträger*innen den telefonischen Kontakt mit der Mitgliedschaft gesucht. Von allen Beteiligten haben 94 % angegeben, durch die Telefonaktion jetzt motivierter zu sein, in der Partei aktiv zu sein. Bei über 34.000 Anrufversuchen haben über 26 % der Mitglieder angegeben, dass sie jetzt aktiv werden wollen, 32 % waren bereits aktiv. Von den Neumitgliedern haben 48,8 % angegeben, jetzt aktiv werden zu wollen.

Die Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde ausgebaut.

Kampagne „Eine Linke für alle!“

Die Neumitgliederkampagne "Eine Linke für alle" wurde auf dem Parteitag im November 2023 gestartet. Mit dieser Kampagne erzielte Die Linke eine große Medienresonanz: Über 15 Artikel in zentralen Leitmedien berichteten explizit über die Kampagne. Außerdem gewann die Linke innerhalb von vier Tagen nach dem Kampagnenstart 1.000 neue Mitglieder. Mit dem zentralen Kampagnenvideo erreichte die Linke fast 6.000 Aufrufe. Ebenfalls meldeten sich über 360 Personen über die Website an, um an der Kampagne teilzunehmen. Die Kampagne hat ihr Ziel der neuen Mitgliedergewinnung erfolgreich erreicht und ist nun beendet. Die neuen Mitglieder werden gezielt in die Aktivitäten zum Fahrplan 25 eingebunden.

Linksaktiv

Die Datenbank Linksaktiv wird regelmäßig für die Kommunikation mit Mitgliedern sowie Sympathisant*innen genutzt um zu wichtigen Ereignissen zu mobilisieren. Die Termine orientieren sich an den Daten für die Info- und Aktionspakete, wie den 8. März, Ostermärsche, 1. Mai und 8. Mai. Sowie an allen Wahlkämpfen. Über die Webseite linksaktiv.de sowie umsteuern.de wurden mittels Petitionen neue Interessierte gewonnen und mit Informationen beschickt. Die Anzahl der Datensätze beträgt aktuell 23.833 Personen. Die Datenbank wird bis Ende 2024 durch das Tool zetkin ersetzt, da diese Leistungsfähiger und Anwender*innenfreundlicher ist.

Gewerkschaftsaktiv

Um den in den Gewerkschaften haupt- oder ehrenamtlich aktiven Mitgliedern unserer Partei konkrete Angebote zur Vernetzung machen zu können, hat der Parteivorstand gemeinsam mit der BAG Betrieb & Gewerkschaft die Datenbank „Gewerkschaftsaktiv“ eingerichtet (www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/aktivierung-bug). Hier werden u.a. die Raster Beruf, Betrieb, Branche oder Gewerkschaft abgefragt. Der Zugriff auf die Daten erfolgt über die Länder. Die Anzahl der Datensätze ist noch überschaubar und liegt bei unter 1.000 Kontakten.

Linke hilft

Das Projekt Linke hilft wurde im geringen Umfang weitergeführt, hierzu gehörten ein Vernetzungs- und Austauschtreffen im Dezember 2023 sowie die Pflege eines bundesweiten Verteilers. Im Mai 2024 hat sich eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft Linke hilft gegründet um die Vernetzung und Schulung weiterzuführen.

Digitalisierung der Partei vor Ort

Ziel ist, die Vielfältigkeit der Partei in diesem Prozess weiterhin abzubilden, trotzdem funktionsfähige digitale Systeme zu entwickeln, die nachvollziehbar und benutzerfreundlich sind. Seit April 2023 wurden folgende Entwicklungsarbeiten konzipiert und die Umsetzung dieser Entwicklungen begonnen:

Login.die-linke.de: Die Website <https://digital.die-linke.de/> wurde im November 2023 vom Bereich DO erstellt. Damit soll ein zentraler Login und eine zentrale Zugänglichkeit aller digitalen Dienste erreicht werden. Dieses Single Sign On wurde konzipiert und wird derzeit für die Partei entwickelt. Es wird ab 10/2024 zur Verfügung stehen, so dass dann stückweise unsere Dienste in dieses System integriert werden können.

Die digitalen Dienste, die die Bundesgeschäftsstelle für die Parteiarbeit vor Ort anbietet sind:

- **MGL:** Unser Mitgliederprogramm MGL5Web wurde komplett überarbeitet und am 15. Oktober 2023 gelauncht. Das neue MGL bietet die Möglichkeit, Schnittstellen oder Zugriffspunkte auf die Mitgliederdaten für verbundene Systeme zu erstellen und ermöglichen dadurch eine ganz neue Art der datenbasierten Mitgliederarbeit. Im ersten Schritt werden in 2024 drei Schnittstellen realisiert.
 - Schnittstelle Login.die-linke.de zum MGL
 - Schnittstelle Zetkin.die-linke.de
 - Schnittstelle Online-Eintritt
- **Zetkin.die-linke.de:** Zetkin ist eine Plattform, die eine Mobilisierung, Ansprache und Organisation von Parteimitgliedern ermöglicht. Es ist ein zentrales Tool für Organisator*innen der Parteiarbeit. Seit 10/2024 hat die schrittweise Einführung von Zetkin in der Partei gestartet.

- **Aktivisti:** Die ehemalige Linke App wurde umbenannt in Aktivisti. Flyer verteilen, Plakate hängen und abhängen, die Organisation von Infoständen und vor allem die Koordination und Planung von Haustürgesprächen sind mit diesem Dienst möglich. Aktivisti wird nur noch für registrierte Personen zugänglich und mit Zetkin verbunden sein.
- **Linke News App:** Im Oktober 2024 veröffentlichen wir eine Linke News App, über die alle Inhalte von den verschiedenen Parteikanälen gesammelt abrufbar sind (Fraktionen, Gruppe, Landesverbände, Hauptseite, Linksbewegt, RLS, Social Media).
- **Cloud:** Es gibt zwei zentrale Clouds als Dienstleistung. Eine für die Parteiarbeit vor Ort und eine für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und der bundesweiten Gremien. Beide Clouds wurden um Funktionalitäten erweitert und werden stückweise in die Kreisverbände eingeführt. Perspektivisch sollen die Clouds in eine gemeinsame Cloud überführt werden.
- **Videokonferenzsystem:** Die Partei bietet allen Kreisverbänden und Gremien der Partei ein zentrales Videokonferenzsystem (Big Blue Button) zur freien Verfügung an. Dieses soll ebenso ab 11/2024 in die neue gemeinsame Cloud umziehen und dort allen Kreisverbänden zur Verfügung stehen.
- **Bibliothek:** In der Linken gibt es viel Wissen, das aktuell schlecht zugänglich ist. Dazu gehören Verfahrensinformationen und Handbücher, aber auch Organisationshilfen wie der rote Ordner. All diese Informationen sollen in einer digitalen Bibliothek allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.
- **Open Slides (Parteitage):** Auch die Software, die wir für die Antragsverwaltung und Wahlorganisation von Bundes- und teilweise Landesparteitagen nutzen wurde weiterentwickelt. Im Jahr 2024 konnten wir zwei Entwicklungen einführen, die das Verwalten von Delegierten und das Zusammenführen von doppelten Accounts ermöglichen und verbessern und damit den Arbeitsaufwand in der Anmeldung wesentlich erleichtern können.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Linken

Auf der **Webseite** www.die-linke.de informiert der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Themenspezifische Informationen, Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind über die Website abrufbar. Die Website lädt zum (Mit-)Machen ein. Im Berichtszeitraum hatte die Website durchschnittlich 3.137 Besucher*innen pro Tag. Während der Europawahlkampagne 2024 informierten sich 640.000 Besucher*innen über unsere Website über die Positionen und Kandidierenden der Linken.

Über das vom Parteivorstand angebotene **Linke CMS** (LCMS) werden ca. 135 weitere Websites betrieben – zum überwiegenden Teil Websites von Untergliederungen. Rechnet man die Websites dazu, die von eigenständigen Installationen des LCMS von Landesverbänden und Fraktionen betrieben werden, kommen noch einmal ca. 300 bis 400 weitere hinzu.

Unser Online-Mitgliedermagazin **Links bewegt** (www.links-bewegt.de) erreichte im Berichtszeitraum durchschnittlich rund 5.000 Besucher*innen im Monat. *Links bewegt* hat den Anspruch, über alle wesentlichen Ereignisse in und mit der Partei (Bundesparteitage, Kampagnen, außerparlamentarische Aktivitäten, Kommunalpolitik, Landtags- und Kommunalwahlen) ausführlich und in unterschiedlichen journalistischen Formaten zu berichten.

Der wöchentliche **Newsletter** wird gegenwärtig an etwa 37.000 Abonnent*innen verschickt. Weil viele E-Mail-Programme eine statistische Auswertung der Öffnung

unterbinden, gibt es keine präzise Angabe über die Öffnungsrate, geschätzt liegt diese bei 15 bis 20 Prozent. Zudem gibt es den Kommunalpolitischen Newsletter mit 5.400, einen Newsletter zur Bildungsarbeit mit 2.000 sowie den Frauen- und Gender-Newsletter mit rund 1.160 Abonnent*innen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstandes sind die **sozialen Medien** ein integraler Bestandteil. Im Berichtszeitraum war Die Linke auf folgenden Plattformen aktiv vertreten: YouTube, Facebook, Flickr (mit ca. 15.900 Aufnahmen für die freie Nachnutzung), Twitter, Instagram und Telegram. Im Berichtszeitraum neu hinzugekommen sind unsere TikTok- und WhatsApp-Kanäle. Die Linke informierte dort direkt, unmittelbar und aktuell. Grundlage unserer Kommunikation in den sozialen Netzwerken sind die wöchentlichen Kommunikationslinien sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Parteivorsitzenden.

Unsere Posts erhalten in der Regel mehrere Hundert (in seltenen Fällen auch über Tausend) Kommentare. Die Diskussionen werden moderiert und Fragen beantwortet.

Insgesamt hat Die Linke in den **sozialen Netzwerken** mehr als eine halbe Million direkter Kontakte:

- | | |
|--|---|
| ■ Twitter: 346.000 Follower /
3.700 Posts | ■ YouTube: 31.000 Follower /
339 Posts |
| ■ Facebook: 238.000 Follower /
735 Posts | ■ Telegram: 8.400 Follower |
| ■ Instagram: 140.000 Follower /
725 Posts | ■ WhatsApp: 1.200 Follower |
| | ■ TikTok: 36.500 Follower / 241 Posts |

Damit werden monatlich weit über eine Million Personen erreicht. Im Berichtszeitraum hat sich Instagram als der Social-Media-Kanal vor Twitter und Facebook zu dem Kanal mit den meisten Impressionen entwickelt. Das stärkste Wachstumspotenzial sehen wir bei TikTok.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 339 Videos und Livestreams auf unserem YouTube-Kanal des Parteivorstandes veröffentlicht. Die Videos erzielten dabei 3,3 Millionen Aufrufe. Darunter befanden sich u. a. Livestreams unserer Parteitage und Pressekonferenzen, Reden unserer Spitzen auf Parteitagen, Kongressen und Wahlkampfveranstaltungen; Kampagnenvideos, Wahlkampf- und Wahlprogrammvideos sowie Best-Practice-Reportagen aus der Kommunalpolitik oder der Partearbeit anlässlich des Kommunalpolitischen Kongresses 2023.

Im Berichtszeitraum wurden zudem Workshops zu politischer Kommunikation, zur Social-Media-Arbeit der Kreisverbände und zur Videoerstellung durchgeführt.

Einhornfabrik

Erfolgreiche Social-Media-Arbeit setzt eine starke Community voraus. Ohne die aktive Mitwirkung unserer Mitglieder können wir in den sozialen Medien nicht erfolgreich sein. Seit der Bundestagswahl 2021 gibt es daher unsere Einhornfabrik mit dem Ziel, unsere Mitglieder und Sympathisierende für die Unterstützung und eine größere Sichtbarkeit der Partei in den sozialen Medien zu begeistern. Rund 1.600 Genoss*innen haben sich bisher in der Einhornfabrik registriert, 1.800 sind in der Facebook-Gruppe der Einhornfabrik, 700 verfolgen den Einhorn-Telegram-Kanal. Über eigene Telegramgruppen koordinieren sich Einhörner zum Support bei TikTok oder auf X. Die Einhornfabrik betreibt eine umfangreiche Cloud zur Unterstützung der Aktiven in den sozialen Medien und sie unterstützt in Absprache Landtagswahlkämpfe.

Printmaterial

Im Berichtszeitraum wurden Druckerzeugnisse und Vorlagen zu verschiedenen Themen und Anlässen produziert, insbesondere zu den Jahrestagen: Internationaler Frauentag am 8. März, Ostermarsch, 1. Mai, 8. Mai und 1. September. Zusätzlich wurden Materialien – Plakate, Flyer, Sticker – zu besonderen Anlässen und Aktionstagen sowie zu den Kampagnen „Heißer Herbst“ und „Umsteuern“ erstellt.

Der Mitgliederbrief, der seit 2020 in neuer, aufwändigerer Form produziert wird, erschien zweimal pro Jahr.

Lissi / neues CD

Seit dem Parteitag im November 2023 in Augsburg zeigt sich Die Linke in einem neuen Design. Die Erneuerung war dringend nötig und sie war umfassend. Das Logo wurde überarbeitet, frei verwendbare Schriften eingeführt, Farbpaletten und Bildsprache definiert. Unser Ziel: Nach Jahren des zunehmenden gestalterischen Wildwuchses wollen wir visuell einheitlich kommunizieren. Wir wollen zeigen: Wir sind in der Gegenwart und weisen mit unseren Ideen in die Zukunft. Mit zeitgemäßer frischer Gestaltung, barrierefrei und mit modernen Tools, die die Anwendung zum Kinderspiel machen.

Die Einführung des neuen Corporate Designs ist ein fortlaufender Prozess. Das Herzstück dieses Prozesses ist „Lissi“, das neue Markenportal der Partei. Hier gibt es alle Infos zum Corporate Design – alle Festlegungen, Vorlagen, Schriften, Bilder und Tools. „Lissi“ ist das Portal in unsere neue visuelle Welt.

Mit Lissi konnten wir erstmals ein Tool zur Verbreitung von digitalen Materialien bei Aktionstagen oder Kampagnen einsetzen. Damit konnten nicht nur die Druckvorlagen der Materialien, sondern auch Kandidierendenfotos und Vorlagen zur Herstellung von Elementen wie Rollups oder Beach-Flags zur Verfügung gestellt werden. Pünktlich zum Europawahlkampf ging zudem die Erweiterung von Lissi Express zur Gestaltung von Printmaterialien online. Damit ist es allen Lissi-Nutzenden möglich, jetzt auch Sticker, Flyer und Plakate zum Druck herzustellen. Eine Funktion, die in den Wahlkämpfen viel genutzt wurde.

Insgesamt sind mittlerweile knapp 2.400 Nutzer*innen bei Lissi registriert. Wir können also von einer sehr weiten Verbreitung innerhalb der Partei ausgehen. Das hat die flächendeckende Einführung des neuen Corporate Design sehr unterstützt. Mit dem offiziellen Launch beim Augsburger Parteitag wurde es innerhalb kürzester Zeit in der gesamten Partei angenommen. Lediglich bei Ausstattungsobjekten wie Zelten, Sonnenschirmen, Taschen etc. gehen wir noch von einer gewissen Übergangsphase aus.

Bürger*innendialog/ Besucher*innengruppen

Monatlich wurden ca. 600 E-Mails und ca. 40 Briefe und Materialanfragen beantwortet sowie 300 Anrufe von Bürger*innen angenommen und mit ca. 60 Bürger*innen ein direktes Gespräch vor Ort geführt. Die Bürger interessierte insbesondere die Themenfelder die Situation der Partei, Krieg gegen die Ukraine, die Sorge vor dem Erstarken der politischen Rechten, die Flüchtlingspolitik sowie die Sozialpolitik.

Im Berichtszeitraum wurden 30 Besuchergruppen mit insgesamt 1.053 Besucher*innen empfangen.

Internationale Parteibeziehungen und Europäische Linke

Zentrale Kernfragen, mit denen sich der PV, die vom PV einberufene Internationale Kommission und auf Arbeitsebene der Bereich Internationale Politik in der Bundesgeschäftsstelle beschäftigen waren der Ukraine-Krieg, die Europäische Union mit Blick auf die Europawahl und der Nahostkonflikt.

Weiterentwicklung Friedenspolitik

Mit dem Beschluss des Leitantrags L03 auf dem Bundesparteitag 2022 (Erfurt, 24. bis 26. Juni 2022) „Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“ wurde der Parteivorstand beauftragt, zu einzelnen Fragen die friedenspolitischen Positionen der Partei weiter zu entwickeln. Im Folgenden wird der Ist-Stand der Weiterentwicklung skizziert:

Welche Art von allgemeinen und/oder gezielten Sanktionen sind in bestimmten Konstellationen sinnvoll und unterstützenswert?

Über diese Frage wurde ein Prozess initiiert, der Mitgliedern unserer Partei die Möglichkeit gab in kurzen Papieren ihre Betrachtungen und Argumente zur Frage einzubringen, der dazugehörige Call for Papers fand unter Betreuung von Jan van Aken (RLS) statt. Zudem hatte Jan van Aken sich in den wissenschaftlichen Debattenstand eingelese und auf Basis dessen Kriterien für politisch vertretbare und wirtschaftlich wirksame Sanktionen erarbeitet. Die Auswirkungen der gegen Russland erhobenen Sanktionen wurden im Bereich IP zudem anhand von wissenschaftlicher Literatur und der Teilnahme an thematischen Veranstaltungen und Diskussionen verfolgt. Anhand des gegenwärtigen Fallbeispiels Russlands zeigen sich zugleich die realen Probleme: Die Sanktionierung sehr großer Player ist im gegenwärtigen Weltsystem präzedenzlos, bislang wurden eher kleinere sanktioniert. Ebenso beispiellos ist die Struktur der gegenwärtigen Weltwirtschaft, in welcher bereits große Player mit enormer industrieller Angebotspalette und Importbedarf an Rohstoffen kollektive Embargobemühungen unterlaufen. Dies führt dazu, dass zurückliegende Fallbeispiele nur eine bedingte Aussagekraft für die Russlandsanktionen haben. Im Grunde lässt sich die Frage von Sanktionen nur konkret kontextual beantworten. Weshalb eine verallgemeinerte Vertiefung der Beschlusslage der Partei zu dieser Frage nicht stattfand.

Welche Maßnahmen sind aus unserer Sicht sinnvoll, Ländern wie Moldawien oder Georgien, die real von einem aggressiven Nachbarn militärisch bedroht sind, auch ohne NATO tatsächliche Sicherheit zu bieten?

Noch relativ viel zu tun: Viel hängt davon ab, wie wir vor dem Hintergrund einer sich anbahnenden neuen EU-Erweiterungsrunde unser Verhältnis zur EU bestimmen und selbst Einfluss auf ihre Gestaltung nehmen. In Artikel 42, Absatz 7 des EU-Vertrages heißt es: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.“ Im Prinzip hat die Beistandsklausel einen defensiveren Charakter als der NATO-Vertrag. Jedoch hat die EU ihre Außenpolitik bislang stark komplementär zu den USA ausgerichtet und zahlreiche Mitgliedstaaten sind Teil der wachsenden globalen Blockkonfrontation. Im Europawahlprogramm wird ein Europa gefordert, das nicht Teil der globalen Blockkonfrontation ist, sondern sich einer friedlichen auf Ausgleich bedachten Außenpolitik verpflichtet. Dies gilt es zu konkretisieren und auszugestalten.

Wie könnte ein System der kollektiven Sicherheit in einer multipolaren Welt aussehen und die ersten Schritte dahin? Was schlagen wir für die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor? Soll die EU aus unserer Sicht eine Rolle bei der Sicherheitsarchitektur spielen?

Hier ist relativ viel zu tun: Ein System kollektiver bzw. gemeinsamer Sicherheit gehört zum Grundinventar unserer außenpolitischen Forderungen. Das EU-Wahlprogramm konnte den Zusammenhang zwischen kollektiver/gemeinsamer Sicherheit näher bestimmen. Sinngemäß: *Je mehr Mächte in einem multipolaren System mitmischen, desto größer die Eskalationsrisiken, daher bedarf eine multipolare Weltordnung der Einhegung durch multilaterale Strukturen.* Unsere Forderungen nach Rüstungskontrolle können als wichtiger Schritt hin zu kollektiver Sicherheit verstanden werden. Ebenso gilt dies für unsere Forderung nach einer EU, die nicht Teil der globalen Blockkonfrontation ist. Nähere Operationalisierungen sind erforderlich.

Eine besondere Herausforderung stellt jedoch die Frage des konkreten Übergangs hin zu einem solchen System dar: Ein großer Landkrieg in Europa unter direkter oder indirekter Beteiligung fast aller Großmächte stellt die denkbar schlechteste Voraussetzung für einen solchen Übergang dar. Der Krieg um die Ukraine müsste dazu überhaupt erst enden.

Welche linken Ansätze für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen unterstützen wir?

Es wurden sichtbar Fortschritte erzielt, namentlich wurde im Europawahlprogramm die Funktionsbestimmung der UN präzisiert. „*die UN (stellen) den Ansatzpunkt für die Staaten der EU dar, eine gemeinsame zivile Außenpolitik praktisch zu organisieren und global Sicherheit zu schaffen.*“ Diese Bestimmung ist verschränkt mit Forderungen die UN verstärkt zum Ausgleich ökonomischer Interessen und für Fragen des Welthandels zu instrumentalisieren und damit verstärkt in den Dienst einer demokratischen Agenda zu stellen.

Zudem wurden Schritte zur Realisierung einer Reformperspektive angedeutet: Als Hebel für Veränderungen in der Struktur der UN wurde das Stimmgewicht der EU (27 Mitgliedsstaaten) benannt sowie ein Wirken gemeinsam mit Staaten des Globalen Südens benannt. Im Rahmen der Änderungsanträge zum Leitantrag wurde die Forderung danach, die UN-Generalversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat zu stärken, indem sie das Recht bekommt mit qualifizierter Mehrheit ein Veto des Sicherheitsrates zu überstimmen, ins Europawahlprogramm übernommen.

Am 26.6.2023 fand organisiert von der RLS das Fachgespräch „Eine linke Perspektive auf die Demokratisierung der Vereinten Nationen“ statt, die Ergebnisse konnten auf Grund der fortgeschrittenen Arbeit am Leitantrag und der beträchtlichen Auslastung des Bereiches IP nicht mehr umfänglich für die Erstellung des Europawahlprogramms herangezogen werden, sind jedoch der erneuten Betrachtung wert.

Durch die Abspaltung einzelner Abgeordneter aus der Bundestagsfraktion und dem Prozess der Neusortierung als Gruppe war eine stärkere Einbindung von Expertise aus dem Bundestag für einen längeren Zeitraum schwer möglich. Dieser Umstand, die intensivere Behandlung von Europathemen mit Blick auf die Wahl und der wieder erstarkte Nahostkonflikt führten dazu, dass eine weitere vertiefende Behandlung der herausfordernden Fragen von L03 bislang nicht umgesetzt werden konnte.

Inhaltliche Befassung mit internationalen Themen

Seit seiner Wahl beriet und verabschiedete der PV 40 Anträge zu internationalen und friedenspolitischen Themen, davon 7 mit direktem Bezug zur Ukraine und 6 mit direktem Bezug zum Nahostkonflikt. Weitere unter anderem zur Solidarität mit der

Protestbewegung im Iran, mit den Protesten gegen die COP27, oder der Lage in der Türkei.

In der Vorbereitung des Europawahlprogramms organisierte die IK mehrere thematische Fachgespräche, die zur Aufgabe hatte, Kernforderungen und mögliche Konfliktthemen herauszuarbeiten. Die Ergebnisse der Fachgespräche wurden zusammengefasst und flossen in die Bearbeitung des Europawahlprogramms mit ein.

Internationale Beziehungen

Durch den Fokus auf die Europawahlen war der direkte Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien und Organisationen vor allem auf Europa konzentriert, doch gab es auch über Europa hinaus Begegnungen, direkt oder online.

Die Linke war im Berichtszeitraum unter anderem bei folgenden Parteitag, Konferenzen und Ereignissen vertreten: SYRIZA (Griechenland), Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), Linksblock (Portugal), Podemos (Spanien). Die Linke beteiligte sich an den internationalen Pressefesten. Highlight war unter anderem der EL-Kongress in Wien im Dezember 2022.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EL nahmen Vertreter der Linken an den Sommeruniversitäten und am European Forum teil, sowie an der diesjährigen No-Pasaran-Konferenz in Portugal.

Weiterhin haben Vertreterinnen des Parteivorstands jeweils an den Parteitagen der HDP bzw. der DEM-Parti teilgenommen, Janine selbst war in der kurdischen Region zum Solibesuch unterwegs, als das Erdbeben stattfand. Eine Delegation von Mitgliedern der Partei hatten 2023 und 2024 an Wahlbeobachtungsmissionen in der Türkei teilgenommen, und waren zu anderen Terminen als Prozessbeobachterinnen vor Ort. Bei uns in der Bundesgeschäftsstelle haben wir unter anderem Vertreter*innen aus der Türkei, Nordost-Syrien, Sudan, Westsahara, Vietnam, Japan, Iran und Argentinien empfangen.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2021 und 2022 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister im Auftrag des Parteivorstandes, versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers, beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter <https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/finanzen/rechenschaftsberichte/> veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2023 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2022 lassen sich gegenüber 2021 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Gesamteinnahmen der Partei betragen im Jahr 2022 29.568 TEUR und waren damit um 3.756 TEUR niedriger als 2021. Dieser Rückgang resultiert hauptsächlich aus den niedrigeren staatlichen Mittel im Resultat der Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 2021. Im Vergleich zum Vorjahr sanken im Jahr 2022 die Einnahmen aus staatlichen Mitteln um 1.896 TEUR. Aber auch die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen und die Spendeneinnahmen fielen deutlich niedriger aus. Infolge der geringen Anzahl der Bundestagsabgeordneten sanken die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen 2022 gegenüber 2021 um 454 TEUR. Die Spendeneinnahmen

natürlicher Personen sank sogar um 1.022 TEUR, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass die im Rahmen der Bundestags- und Landtagswahlkämpfe durchgeführten Spendenkampagnen in 2021 zu vergleichsweise sehr hohen Spendeneinnahmen geführt haben.

Die Ausgaben haben sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 2.554 TEUR auf 34.626 TEUR vermindert. Dieser Rückgang beruhte vor allem auf den um 9.901 TEUR niedrigeren Ausgaben für Wahlkämpfe und den um 1.465 TEUR gesunkenen Personalausgaben.

Zur Reduzierung der Personalausgaben wurde mit Wirkung vom 1.6.2022 ein Tarifvertrag abgeschlossen, wonach sich die Arbeitszeit der Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle bei Reduzierung der Einkommen verkürzt.

Gegenläufig wirkte sich die Bildung einer Rückstellung für die Rückzahlung staatlicher Mittel der Jahre 2018 bis 2021 wegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erhöhung der absoluten Obergrenze der staatlichen Parteienfinanzierung aus. Die Rückstellungsbildung erhöhte die sonstigen Ausgaben um 6.979 TEUR. Auch ein Anstieg der Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb und für politische Arbeit von insgesamt 1.720 TEUR minderte die Wirkung der Reduzierungen von Wahlkampf- und Personalausgaben.

Das Defizit betrug im Jahr 2021 -3.855 TEUR. Es wurde vor allem aus den Rücklagen für Landtags- und Bundestagswahlkämpfe finanziert. Im Jahr 2022 wäre ohne Berücksichtigung der Rückstellung für die eventuelle Rückzahlung staatlicher Mittel ein Überschuss von 1.921 TEUR zu verzeichnen gewesen. Die Bildung der Rückstellung führte zu einem Defizit in Höhe von -5.058 TEUR. Allerdings handelt es sich in Höhe der Ergebnisminderung um einen Aufwand, der zu keinem Zahlungsausgang führte.

Im Jahr 2022 betragen die Einnahmen aus **Mitgliedsbeiträgen** 10.434 TEUR. Sie sind gegenüber 2021 um 412 TEUR gesunken. Die Mitgliedsbeiträge wurden in 2022 durch 54.214 Mitglieder eingezahlt; das sind 6.456 Mitglieder weniger als im Vorjahr. In 2021 betrug die Anzahl der Mitglieder 60.670.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied ist im Jahr 2022 in der Gesamtpartei um 1,14 EUR auf 16,04 EUR gestiegen; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 1,69 EUR auf 20,41 EUR und in den Landesverbänden der alten Bundesländer um 0,89 EUR auf 11,61 EUR.

Die **Mandatsträger*innenbeiträge** sind 2022 auf Bundesebene um 348 TEUR auf 5.082 TEUR und in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 136 TEUR auf 2.122 TEUR gesunken. In den Landesverbänden der alten Bundesländer sind die Mandatsträgerbeiträge um 31 TEUR auf 2.202 TEUR gestiegen.

Ihre **Parteispenden** erhielt Die Linke fast ausschließlich von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten. Die Linke erhielt keine Großspenden von Unternehmen. Die Spenden von juristischen Personen betragen in den Rechnungsjahren 2022 9,3 TEUR bzw. 2021 3,6 TEUR und überstiegen somit nicht einmal 0,03 % der Gesamteinnahmen.

Die **Einnahmen aus staatlichen Mitteln**, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträger*innenbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, betragen 2022 10.702 TEUR gegenüber 12.598 TEUR im Jahr 2021. Der Rückgang in Höhe von 1.896 TEUR beruht vor allem darauf, dass gemäß Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in 2022 die staatlichen Mittel erstmals wieder auf der Grundlage der bis 2018 geltenden niedrigeren Obergrenzen der Parteienfinanzierung festgesetzt wurden. Die Erhöhung

der absoluten Obergrenze der Parteienfinanzierung für die Jahre ab 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht Anfang 2023 für grundgesetzwidrig befunden.

Das **Reinvermögen** der Partei wies per 31. Dezember 2022 eine Höhe von 36.266 TEUR aus; davon 14.713 TEUR im Parteivorstand und 21.553 TEUR in den Landesverbänden. Es hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5.224 TEUR vermindert. Vom gesamten Vermögen betrafen 25.967 TEUR die Geldbestände der Partei, darunter 6.623 TEUR beim Parteivorstand und 19.343 TEUR in den Landesverbänden.

In dem Geldvermögen, das dem Parteivorstand zuzurechnen ist, sind staatliche Mittel in Höhe von 6.979 TEUR enthalten, die auf die Erhöhung der absoluten Obergrenze der Parteienfinanzierung entfallen und aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts möglicherweise zurück zu zahlen sind. Diese Mittel standen folglich für die Parteiarbeit nicht zur Verfügung.

Für 2022 ist vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates die Bereitstellung von 1.601 TEUR aus dem zentralen Wahlkampffonds beschlossen worden. Die Entnahmen wurden in nachstehender Höhe zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen verwendet:

- Niedersachsen: 410 TEUR
- Nordrhein-Westfalen: 840 TEUR
- Saarland: 171 TEUR
- Schleswig-Holstein: 180 TEUR

Im Jahr 2023 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt 1.254 TEUR den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

- Bayern: 594 TEUR
- Bremen: 210 TEUR
- Hessen: 450 TEUR

Für den Wahlkampf zur Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin wurde in 2023 vom Parteivorstande mit Zustimmung des Bundesfinanzrates eine Entnahme in Höhe von 320 TEUR beschlossen.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für das Jahr 2023 und 2024 beschlossen.

Zugleich mit den Planungen wurden bzw. werden dem Parteivorstand und dem Bundesausschuss die Finanzabrechnungen der Jahre 2021, 2022 und 2023 vorgelegt. Die Finanzpläne einschließlich der Abrechnungen sind im Internet veröffentlicht.

In 2023 betragen die Gesamteinnahmen 11.773 TEUR. Hervorhebenswert sind in diesem Zusammenhang vor allem die Spendeneinnahmen in Höhe von 187 TEUR, die die Planwerte um 137 TEUR überstiegen. Da jedoch die Mandatsträgerbeiträge in Höhe von 747 TEUR um 26 TEUR und die Zahlungseingänge der Landesverbände für den zentralen Wahlkampffonds in Höhe von 1.003 TEUR um 65 TEUR niedriger waren als geplant, erhöhten sich die Gesamteinnahmen per Saldo um 36 TEUR.

Die Mindereinnahmen bei den Mandatsträgerbeiträgen beruhen vor allem auf Zahlungsrückständen der im Dezember aus der Partei Die Linke ausgetretenen Bundestagsabgeordneten. Da die Verpflichtung zur Zahlung der Mandatsträgerbeiträge jedoch nicht an die Parteimitgliedschaft, sondern an die

Ausübung des Mandats gebunden ist, wurden die Abgeordneten zur Begleichung dieser und der inzwischen in 2024 aufgelaufenen Rückstände aufgefordert. Gleichzeitig wurden erste juristische Schritte eingeleitet.

Die im Vergleich zum Plan niedrigeren Zuschüsse für den zentralen Wahlkampffonds sind auf verspätete Zahlungseingänge zurückzuführen. Da diesen Einnahmen in gleicher Höhe Ausgaben aus den Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds gegenüberstehen, hat diese Differenz keine Auswirkung auf das Finanzplanergebnis. Alle Zahlungsrückstände wurden kurze Zeit nach dem Jahreswechsel beglichen.

Ausgabenseitig haben vor allem die vergleichsweise niedrigeren Personalausgaben in Höhe von 156 TEUR und Zuschüsse an Landesverbände in Höhe von 66 TEUR zu einer Defizitreduzierung beigetragen. Im Ergebnis der Mehreinnahmen und Ausgabenkürzungen ist statt des geplanten Finanzplandefizits von 516 TEUR nur ein Defizit von 205 TEUR aus den Rücklagen zu finanzieren.

Für 2024 werden Gesamteinnahmen in Höhe von 13.901 TEUR und mithin um 2.263 TEUR höhere Zahlungseingänge als im Vorjahr geplant. Grundlage für diese Erhöhung ist die auf das Jahr 2018 rückwirkende Erhöhung der absoluten Obergrenze der Parteienfinanzierung durch das Anfang 2024 in Kraft getretene 11. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes. Aufgrund der rückwirkenden Erhöhung der absoluten Obergrenze um 19.431 TEUR auf 184.794 TEUR und deren Preisanpassung in den Folgejahren können für 2024 Einnahmen aus staatlichen Mitteln in Höhe von 11.934 TEUR geplant werden. Die Einnahmen liegen um 2.365 TEUR höher als im Vorjahr. Weiterhin können aufgrund der Neufestsetzungen der staatlichen Mittel für die Jahre 2018- 2022 insgesamt 7.034 TEUR in die Rücklagen für Wahlkämpfe und Investitionen eingestellt werden.

Die Mandatsträgerbeiträge wurden in 2024 in Höhe von 592 TEUR und folglich um 181 TEUR niedriger als im Vorjahr geplant. Dabei blieben Zahlungen der aus der Partei Die Linke ausgetretenen Bundestagsabgeordneten unberücksichtigt, weil die Durchsetzbarkeit entsprechender Forderungen nicht gesichert ist.

Im Ergebnis der Neuverhandlung des Entgelttarifvertrags für die Beschäftigten der Partei Die Linke werden mit Wirkung vom 1.1.2024 die Gehälter über alle Gehaltsgruppen um 8 % erhöht. Ab 1.1.2025 tritt eine weitere Erhöhung in Höhe von 4 % in Kraft. Weiterhin erhalten die Beschäftigten der Partei Die Linke in 2024 eine Einmalzahlung von – ggf. anteilig – 300 EUR und eine einmalige Inflationsausgleichspauschale in Höhe von 200 EUR. Aufgrund der Gehaltssteigerungen erhöhen sich die geplanten Personalausgaben gegenüber den Planansätzen von 2023 um 455 TEUR auf 5.100 TEUR.

In Hinblick auf die Sachausgaben fallen insbesondere die Mehrausgaben im Bereich Organisation und Dienstleistung sowie die Mehrausgaben für den Parteitag ins Gewicht. Die Erhöhung der Planausgaben für Digitalisierung und Organisation um 102 TEUR auf 461 TEUR sind vor allem durch höhere laufende und investive Kosten der Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur der Partei Die Linke begründet. Die Erhöhung der Parteitagsausgaben um 490 TEUR auf 900 TEUR sind durch höhere Kosten aufgrund der Preissteigerungen bedingt. Darüber hinaus wurden die Parteitagskosten im Vorjahr teilweise aus dem zentralen Wahlkampffonds finanziert und folglich nicht im Finanzplan ausgewiesen.

Mit der gesetzlichen Erhöhung der absoluten Obergrenze der Parteienfinanzierung und der daraus resultierenden Erhöhung der Einnahmen aus staatlichen Mitteln tritt eine teilweise Neuordnung des Länderfinanzausgleich in Kraft. Danach werden wie bisher die an die Landesverbände direkt ausgezahlten staatlichen Zuschüsse in Höhe von 0,50 EUR je Landtagswahlstimme zeitweise in den zentralen Wahlkampffonds

abgeführt. Den Landesverbänden steht wie bisher ein Auszahlungsanspruch mindestens in Höhe ihrer Einzahlungen zu.

Aufgrund der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs werden darüber hinaus 15 % der an die Bundespartei fließenden staatlichen Mittel, soweit sie auf Landtagswahlstimmen entfallen ebenfalls in den zentralen Wahlkampffonds eingezahlt. Weitere 75 % dieser an die Bundespartei fließenden staatlichen Mittel sollen das Budget des Länderfinanzausgleichs erhöhen. Für 2024 folgt daraus eine Erhöhung der Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds um 147 TEUR auf 2.447 TEUR und der Zuschüsse zum Länderfinanzausgleich um 738 TEUR auf 1.935 TEUR. Dem zentralen Wahlkampffonds werden darüber hinaus 1.500 TEUR aus den Rücklagen zugewiesen.

Neben dieser Zuführung zum zentralen Wahlkampffonds ist in 2024 voraussichtlich ein Finanzplandefizit in Höhe von 274 TEUR aus den Rücklagen zu finanzieren.

Der **Bundesfinanzrat** hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum sechs Sitzungen durchgeführt. Die Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegung der Partei, die Vereinheitlichung von Berichtsstandards;
- die Auswirkungen des 11. Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes;
- die Finanzplanung und Finanzplanabrechnung des Parteivorstandes sowie die Weiterentwicklung des Länderfinanzausgleichs insbesondere vor dem Hintergrund der gesetzlichen Reform der Parteienfinanzierung und der Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Partei Die Linke;
- die Verteilung der Kosten für den Mitgliederentscheid zum Grundeinkommen;
- die Entwicklung des zentralen Wahlkampffonds sowie die Bestätigung und Abrechnung von Mitteln aus diesem Fonds;
- die Weiterentwicklung und Modernisierung des Mitgliederprogramms MGL4web sowie der Datenschutz.

Die Weiterentwicklung und Neuprogrammierung des Mitgliederprogramms konnte im Oktober 2023 im Wesentlichen abgeschlossen werden. Das Mitgliederprogramm wurde am 13. Oktober 2023 unter der Bezeichnung „MGL5“ als Produktivsystem für die Online-Nutzung freigeschaltet. Aktuell müssen jedoch noch Anpassungen und Korrekturen insbesondere der Auswertungen vorgenommen werden.

In den Sitzungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses wurde regelmäßig umfassend über die Finanzsituation informiert und diskutiert. Mit dem Betriebsrat sowie dem Gesamtbetriebsrat gab es eine gute Zusammenarbeit.

Hinweis zu Kandidaturen

Alle bis 2. Oktober 2024 eingegangenen Kandidaturen werden im Antragsheft 3 veröffentlicht. Alle bisher eingegangenen Kandidaturen sind online zu finden unter:

www.die-linke.de/pv-kandidaturen.

Kandidaturen für den Parteivorstand können online angemeldet werden unter:

www.die-linke.de/kandidieren.

Anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt.

Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite einzeln einsehbar unter:

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag/>

Antrag G03: Erhöhung Mindestsicherung

Antragsteller*in:

BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

Der Parteitag möge beschließen:

1 Erhöhung Mindestsicherung

- 2 Liebe Genoss:innen,
- 3 der Bundessprecher:innenrat der BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung (früher „Weg mit
- 4 Hartz 4“) beantragt, die Forderung der Partei Die Linke für eine Sanktionsfreie
- 5 Mindestsicherung von ehemals 1.200 bzw. 1.250 Euro monatlich auf nun 1.400 Euro
- 6 zuzüglich eines Zuschusses zur Miete in Ballungsräumen zu erhöhen.

Begründung

Von jeher war es unser politischer Wille, dass die von uns geforderte sanktionsfreie Mindestsicherung armutsfest sein muss. Eine Mindestsicherung unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze ist mit der Menschenwürde unvereinbar.

Das politische Ziel, dass niemand in Armut leben muss, ist jedoch mit einer Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro – wie bislang von uns beschlossen – nicht mehr zu erreichen.

2023 lag die Armutsgefährdungsschwelle laut Statistischem Bundesamt bei 1.313,75 Euro. Zum 1. Juli 2024 wurde der Pfändungsfreibetrag für Alleinstehende auf 1.491,75 Euro erhöht.

In den vergangenen Jahren litten Menschen mit geringem Einkommen sehr unter hohen Inflationsraten: beispielsweise lag die Inflationsrate im Oktober 2022 bei 10,4 Prozent, und auch im Juli 2024 wird sie noch mit 2,3 Prozent angegeben. Bezieher*innen von Bürgergeld, Rentner*innen, Geringverdiener*innen und Familien mit mehreren Kindern trifft die Inflation besonders, weil Lebensmittel und Energie sich stärker verteuert haben, als viele langlebige Gebrauchsgüter. Nahrungsmittel kosten heute ca. 30 Prozent mehr als vor drei Jahren.

Unsere Forderung einer sanktionsfreien Mindestsicherung soll für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere für Erwerbslose, ein Zeichen der Hoffnung sein. Als einzige parlamentarisch relevante Partei in Deutschland wollen wir Armut ächten und Würde für Jede und Jeden herstellen. Eine Mindestsicherung unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle vermag das nicht zu leisten.

Antrag G04: Schluss mit der Kanonen-statt-Butter-Politik!

Antragsteller*in:

Kommunistische Plattform, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Cuba Sí und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 Schluss mit der Kanonen-statt-Butter-Politik!

- 2 Der deutsche Militarismus hat im vergangenen Jahrhundert maßgeblich nicht nur unseren
- 3 Kontinent zweimal ins Verderben gestürzt. Sowohl im Zusammenhang mit dem Ersten als
- 4 auch dem Zweiten Weltkrieg sahen die hierzulande Herrschenden in der militärischen
- 5 Gewalt das wichtigste Mittel zur Lösung außenpolitischer Fragen. Das kostete im
- 6 Ersten Weltkrieg mehr als 15 Millionen Menschen das Leben. Der deutsche Faschismus
- 7 machte den deutschen Militarismus zu einer unfassbar grausamen, chauvinistischen
- 8 Ausgeburt des Völkerhasses und des Völkermords. Sechs Millionen europäische Jüdinnen
- 9 und Juden wurden industriell ermordet. Eine halbe Million Sinti und Roma fielen dem

10 Völkermord zum Opfer und 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion
11 überlebten den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands nicht. Insgesamt kamen im Zweiten
12 Weltkrieg mehr als 65 Millionen Menschen um. Keine andere Schlussfolgerung konnte es
13 aus diesem Gemetzel geben als: »Nie wieder Krieg und Faschismus«. Seither sind fast
14 80 Jahre vergangen. Vergessen scheinen Brechts Worte aus dem Gedicht »Deutschland«:
15 »Oh Deutschland, bleiche Mutter! / Wie sitzt Du besudelt / Unter den Völkern /
16 Unter den Befleckten / Fällst du auf«.

17 Schamlos wird heutzutage verkündet, Deutschland müsse wieder kriegstüchtig werden.
18 Und es wird nicht nur verkündet; der Krieg wird vorbereitet, verbunden mit der
19 Behauptung, nur so könne der Frieden bewahrt werden. Auch das ist nicht neu. Auch das
20 sagte schon Kaiser Wilhelm II. und ebenso der Reichskanzler, der den nächsten
21 Weltkrieg vorbereitete. Und die Behauptung, Deutschland sei nunmehr eine
22 Friedensmacht, eingebunden in ein Verteidigungsbündnis, hält keiner Analyse stand.
23 Denn gerade die NATO und ihre Hauptmacht – die USA – sind nicht Teil der Lösung,
24 sondern Teil des Problems. Auch der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der
25 Ukraine, der zugleich ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO ist,
26 macht das westliche Militärbündnis nicht zu einer friedensbewahrenden Kraft. Die
27 wortbrüchige NATO-Osterweiterung gehört vielmehr zur Vorgeschichte des Ukraine-
28 Krieges, der wohl hätte vermieden werden können, wären russische
29 Sicherheitsinteressen nicht völlig ignoriert worden und gäbe es ein kollektives
30 Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands.

31 Doch wer auch immer wie auch immer den Ukraine-Krieg bewertet: Die Partei Die Linke
32 wendet sich uneingeschränkt gegen das in rasendem Tempo vorstattengehende
33 Wiedererstarken des deutschen Militarismus. Wir fordern daher in völliger
34 Übereinstimmung mit den friedenspolitischen Grundsätzen unseres Parteiprogramms:

35 1. Die massive Aufrüstung muss beendet werden. Aus dem Bundeshaushalt des laufenden
36 Jahres werden über 90 Milliarden Euro für die Hochrüstung und weitere Milliarden für
37 die Ukraine ausgegeben. Diese todbringenden Mittel werden der Gesundheitsfürsorge,
38 der Infrastruktur, der Bildung, den sozialen Sicherungssystemen und Subventionen für
39 bezahlbare Mieten entzogen. Schluss mit der „Kanonen-statt-Butter-Politik“, die zu
40 Lasten der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten geht – gegen die Militarisierung
41 zu kämpfen, heißt unmittelbar ihre sozialen Interessen zu vertreten.

42 2. Wir lehnen die wie auch immer geartete Wiedereinführung der Wehrpflicht ab und
43 unterstreichen unsere Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. An Schulen und
44 Bildungseinrichtungen hat die Bundeswehr nichts zu suchen. Die Zivilklausel an
45 Universitäten und Forschungseinrichtungen muss gewährleistet bleiben.

46 3. Schluss mit den Waffenlieferungen in alle Welt; vor allem Schluss mit den
47 Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel. Wir wollen kein neues NATO-Kommando
48 für die Ukraine, nicht in Wiesbaden und nirgendwo sonst in Deutschland. Schluss mit
49 den Irrsinnsgewinnen der Rüstungsindustrie. Allein Rheinmetall – der Konzern
50 verdiente schon Unsummen an den zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert – konnte seine
51 Profite in den letzten zehn Jahren auf das Fünfzehnfache steigern.

52 4. Die Weigerung der hierzulande Herrschenden, Verhandlungen, Diplomatie und
53 Deeskalation wieder in den Mittelpunkt politischen Agierens zu stellen, muss beendet
54 werden. Auch Sanktionspolitik trägt nicht dazu bei, die Verhältnisse wieder
55 friedvoller zu gestalten.

56 5. Gerade in Anbetracht eines drohenden nuklearen Infernos wollen wir keine neuen US-
57 Waffensysteme auf deutschem Territorium. Sie machen uns zur Zielscheibe. Die
58 Bundesregierung muss hingegen den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterzeichnen und
59 die USA auffordern, die Atomwaffen aus Büchel abzuziehen. Die nukleare Teilhabe muss

60 beendet werden und es muss eine klare Ablehnung einer sogenannten europäischen
61 Atombombe geben. Wir wenden uns uneingeschränkt gegen die Militarisierung der EU und
62 fordern das Wiederinkraftsetzen der Rüstungskontrollverträge.

63 6. Die Kriegshysterie in Politik, Medien und Gesellschaft muss ein Ende haben. Sie
64 ist Hauptbestandteil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Den Kern dieser Hysterie
65 bildet die Behauptung, Russland bereite sich darauf vor, NATO-Staaten und somit auch
66 Deutschland anzugreifen. Dass die russische Führung dies mehrfach zurückgewiesen hat,
67 wird ignoriert. Ebenso wird ignoriert, dass die NATO im Jahr 2023 mehr als das
68 Zwölfwache an Rüstungsausgaben hatte wie die Russische Föderation. Damit diese
69 Ignoranz Früchte trägt, wurde und wird ein Russenhass entfacht, der selbst den aus
70 Zeiten des Kalten Krieges überbietet. Mit diesem geschichtsvergessenen ideologischen
71 Wahn muss Schluss gemacht werden. Völkerhass, jeglichem Rassismus und Antisemitismus
72 dürfen nirgendwo und in keinem Kontext Raum gegeben werden.

73 7. Wir wenden uns gegen die Ausweitung von Repressionen gegen außerparlamentarische
74 Bewegungen und vertiefen unsere Zusammenarbeit mit ihnen. Denn alle – sei es die
75 Friedens-, Antifa- oder Umweltbewegung – haben es in Gestalt des mächtigen
76 Profitsystems mit demselben Gegner zu tun. Die Partei Die Linke verweist mit allem
77 Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen zunehmenden präfaschistischen
78 Entwicklungen
79 und den Kriegsvorbereitungen. Wir haben die Lehren aus der Geschichte nicht
vergessen.

Antrag G05: Arbeitsplätze und Klima retten - Produktion raus aus Unternehmerhand

Antragsteller*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Arbeitsplätze und Klima retten**
- 2 **Produktion raus aus Unternehmerhand**
- 3 **Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion**
- 4 Die Autoindustrie in Deutschland steckt in der Krise. Fast täglich liefern
- 5 Autokonzerne und Zulieferer neue Horrorzahlen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen,
- 6 Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzungen, Produktionsverlagerung in
- 7 Niedriglohnländer. Die Krise der Autoindustrie führt auch zu weniger
- 8 Gewerbesteuerzahlungen für die Kommunen und folglich weniger Geld für Schulen,
- 9 Krankenhäuser, Kitas und die öffentliche Infrastruktur.
- 10 **Überproduktionskrise**
- 11 Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos.
- 12 Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit
- 13 seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und
- 14 Konkurrenzkampf.
- 15 Jeder Konzern versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Marktanteil zu vergrößern.
- 16 Damit gleichzeitig die Renditen wieder steigen, sollen die Lohnkosten sinken. Die
- 17 Beschäftigten sollen also für die Krise bezahlen. Gleichzeitig subventioniert der
- 18 Staat mit unseren Steuern die Chip- und Batterieproduktion und den Bau von Ladesäulen

19 für E-Autos.

20 **Es geht nicht um den Antrieb, es geht um die gesamte Produktion**

21 Die Absatzkrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die
22 CO2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden.

23 Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung
24 von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr
25 CO2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt,
26 sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO2-frei. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte
27 bis 2030 emittiert viel CO2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht
28 werden, hat in der neokolonialen Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle
29 anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote,
30 Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb. Die
31 angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von
32 Arbeitsplätzen.

33 **Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion**

34 Es macht keinen Sinn weiter massenhaft Autos zu produzieren, die niemand braucht,
35 während nicht genügend Kapazitäten für dringend benötigte Fahrzeuge des öffentlichen
36 Verkehrs (Schienenfahrzeuge, Busse) zur Verfügung stehen. Es macht keinen Sinn die
37 Arbeitskraft der Ingenieur*innen, Softwareentwickler*innen und
38 Produktionsarbeiter*innen in der Autoindustrie für immer mehr Schnickschnack und
39 Software zur Hochrüstung von Autos und für Autonomes Fahren zu verschwenden, während
40 Signalanlagen, Weichen und Stellwerke bei der Bahn völlig veraltet sind und zum Teil
41 noch aus der Kaiserzeit stammen. Mit einer Konversion der Autoindustrie für vorrangig
42 öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze in der Autoindustrie und das
43 Klima gerettet werden. Grundvoraussetzung ist, die Abschaffung der Profitproduktion
44 und des Konkurrenzkampfes durch Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum und
45 demokratische Verwaltung und Kontrolle. Dann können die Gewinne und Ressourcen der
46 Autoindustrie für eine Umstellung genutzt und eine ökologische, ressourcensparende
47 und soziale Verkehrswende hin zu einem massiven Ausbau des öffentlichen Personen- und
48 Güterverkehrs stattfinden. Die Produktion von Autos wird dadurch nicht komplett
49 überflüssig. Aber es können weniger und energieeffiziente, schadstoffarme,
50 langlebigere und nachhaltige Autos produziert werden.

51 **30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

52 Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsstress muss der Kampf aller Gewerkschaften
53 für die 30-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der volle Lohn- und
54 Personalausgleich muss dabei selbstverständlich sein. Sonst wird
55 Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmer zum Instrument für Lohnsenkung und
56 Arbeitsverdichtung und zur Erhöhung der Renditen.

57 Wir fordern:

- 58 1. Keine Abwälzung der Verluste der Krise der Autoindustrie auf die Beschäftigten.
59 Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine Absenkung der Löhne.
- 60 2. 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt
61 Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung
- 62 3. Keine Steuergelder für Greenwashing der Autoindustrie. Keine Sozialisierung der
63 Verluste und Privatisierung der Gewinne.
- 64 4. Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und
65 Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreterinnen aus Belegschaften und
66 Gewerkschaften.

- 67 5. Schluss mit der Produktion von ressourcenverschwendenden und klimaschädlichen
68 Autos. Strenge Nachhaltigkeitskriterien und energieeffiziente Antriebe für die
69 Produktion von Autos und LKWs.
- 70 6. Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie
71 auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
- 72 7. Für eine Bürgerbahn mit massivem Ausbau der Infrastruktur und mehr und besser
73 bezahltem Personal. Entlassung des Bahnvorstand und Auflösung des Aufsichtsrats und
74 Übernahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus
75 Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn,
76 Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 u.a.
- 77 8. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional-
78 und Fernverkehr.
- 79 9. Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze,
80 zur Entmachtung der Konzerne und eine Verkehrswende im Interesse von Beschäftigten,
81 Klima, Umwelt und Gesellschaft.
- 82 Der Kampf um die Rettung der Arbeitsplätze in der Autoindustrie, gegen den geplanten
83 Abbau von 30.000 Stellen bei der Bahn sowie eine Verkehrswende zur Rettung des Klimas
84 ist für uns Teil des Kampfes für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der
85 die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt bestimmen und nicht die Profitinteresse einer
86 kleinen Minderheit. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie in der Banken und
87 Konzerne in öffentlichem Eigentum sind und die Beschäftigten durch demokratische
88 Selbstorganisation Wirtschaft und Gesellschaft leiten.

Antrag G06: Wie AfD und Rechtsextremismus bekämpfen

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

1 Wie AfD und Rechtsextremismus bekämpfen

2 Das Erstarken von AfD und Rechtsextremismus erfordert unseren entschlossenen Einsatz.
3 Dazu gehören:

4 1. Beteiligung und Initiierung von Proteste gegen das Auftreten von AfD und
5 Rechtsextremisten. Dabei beschränken wir uns bei der Mobilisierungen nicht auf die
6 linke Bubble sondern versuchen breitere Schichten anzusprechen und setzen uns dafür
7 ein, dass die Gewerkschaften eine führende Rolle bei der Mobilisierung und
8 Durchführung solcher Proteste spielen.

9 2. Wir machen in Wahlkämpfen, in Parlamenten, Kampagnen und allgemein die reale
10 Politik der AfD, ihr Abstimmungsverhalten in Parlamenten auf allen Ebenen durch
11 geeignetes Material öffentlich und zeigen damit, dass es sich bei der AfD um alles
12 andere als eine Partei der kleinen Leute handelt.

13 3. Wir machen deutlich, dass es mit CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP und anderen bürgerlichen
14 Organisationen keine Brandmauer und kein Bündnis gegen AfD und Rechtsextremismus
15 geben kann. Diese Parteien enttabuisieren mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete, ihrer
16 repressiven Asyl- und Ausländergesetzen den Rassismus der AfD. Durch Sozialabbau und
17 ihre neoliberale Politik schaffen sie Raum für die soziale Demagogie der AfD. Wir
18 müssen beides bekämpfen und kein Bündnis und mit Ihnen und keine Regierungsbeteiligung
19 mit ihnen eingehen.

20 Wir prangern die Abschiebepolitik und die Verschärfung von Gesetzen und Vorschriften

21 gegen Geflüchtete an. Wenn gleichzeitig LINKE in Landesregierungen auch eine derartige
22 Politik betreiben und z.B. Thüringen bei Bezahlkarten für Geflüchtete vorprescht oder
23 in Bremen unter einer linken Gesundheitssenatorin ein Krankenhaus gegen den
24 Widerstand der Belegschaft und tausenden von Unterschriften schließt, ist das ein
25 schwerer Schlag für unsere Glaubwürdigkeit. Deshalb lehnen wir derartige Maßnahmen
26 öffentlich ab und fordern von unseren Genoss*innen nachdrücklich einen Kurswechsel

27 4. Wir vertreten eine kompromisslose Haltung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine
28 und Israel und verurteilen offensiv den Krieg der Netanjahu-Regierung in Gaza.
29 Parteifunktionäre, die die Antikriegsposition der Partei öffentlich untergraben,
30 werden in ihre Schranken verwiesen.

31 5. Unsere Haltung zur Frage AfD-Verbot: Wenn Politiker*innen der Ampel-Parteien ein
32 Verbot der AfD fordern, ist das der Versuch, die Folgen ihrer neoliberalen Politik
33 abzuwenden, ohne diese Politik zu ändern, was zum Scheitern verurteilt ist. Es hilft
34 sogar der AfD, sich noch stärker als Anti-Establishment-Partei zu inszenieren. Wir
35 teilen nicht die Illusion, man könne sich im Kampf gegen die AfD auf die neoliberalen
36 Parteien oder den von Rechtsextremisten durchgesetzten Staatsapparat verlassen. Selbst
37 wenn halbherzige staatliche Maßnahmen gegen Rechtsradikale ergriffen werden, ist die
38 Gefahr immer groß, dass sie vor allem als Präzedenzfälle dienen, um dann viel
39 massiver gegen Linke, Migrant*innen und Aktivist:innen in Gewerkschaften und sozialen
40 Bewegungen vorzugehen. Demgegenüber betonen wir, dass die AfD durch den
gemeinsamen
41 Kampf von Gewerkschaften, antifaschistischen und antirassistischen Gruppierungen und
42 Linken gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise gestoppt werden muss.

Begründung

Wir haben in diesem Jahr eine beeindruckende und höchst erfreuliche Massenbewegung gegen AfD und Rechtsextremismus gesehen. Das zeigt, dass es nicht um einen Rechtsruck geht, sondern um eine Polarisierung. Dabei findet der linke Pol zu wenig organisatorischen und noch weniger parteipolitischen Ausdruck. Es ist Aufgabe von Die Linke und der Gewerkschaften dies zu ändern.

Dies ist um so dringlicher, weil die Wahlen gezeigt haben, dass diese Massenbewegung nicht ausgereicht hat, um den Höhenflug der AfD auf der Wahlebene zu beenden.

Der bekannte Demo-Slogan „rassistisch, sexistisch, neoliberal – AfD: Partei fürs Kapital“ trifft weitgehend. (Abgesehen davon, dass sie obendrein Klimawandelleugner*innen etc. sind und der völkische Flügel der AfD zwar nicht neoliberal ist, aber auf seine Weise ebenso Kapitalinteressen vertritt) Das muss aber konkret gemacht werden.

Meinungsumfragen und Wahlanalysen zeigen, dass die AfD auch Unterstützung unter Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitgliedern hat. Unsere Erfahrungen bei Gesprächen mit Streikenden, z.B. im Nahverkehr oder im Einzelhandel, zeigen dass sich elementares Klassenbewusstsein mit nationalistischen und von der AfD geschürten Vorurteilen vermengt. Durch unsere Politik versuchen wir, dazu beizutragen, solche Widersprüche im Bewusstsein aufzulösen. Das wird aber nicht durch reine Aufklärung gelingen. Entscheidend wird bei vielen die konkrete Erfahrung in realen Kämpfen sein, wer auf ihrer Seite steht und wer auf der Gegenseite. Auch deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Linken Kämpfe wie Streiks, Mieter*innenproteste, Klimaproteste zu unterstützen und zu ihrer Politisierung beizutragen.

Die multiplen Krisen verlangen nach einer Antwort nach den Ursachen. Die AfD liefert dafür Sündenböcke. Aufgabe von Die Linke ist es das kapitalistische System, seine Profitlogik, der sich verschärfende Konkurrenzkampf, die immer größere Schere zwischen arm und reich als Ursache zu erklären und damit Klassenbewusstsein zu schärfen. Es ist dringend notwendig, zu erklären,

dass die Grenzen nicht zwischen Nationalitäten, Ethnien, Hautfarben oder Religionen verlaufen, sondern zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Linke muss den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus führen und dies auch in allen Kampagnen deutlich machen und ein sozialistisches Programm anbieten.

Wenn Ampel- und Unionsparteien einerseits und AfD andererseits versuchen, einen „Kulturkampf“ gegeneinander zu inszenieren, um von ihrer gemeinsamen Grundlage ihrer neoliberalen Politik und ihrem Klassenkampf von oben abzulenken, gehen wir ihnen nicht auf den Leim. Wir zeigen auf, dass Ampel und Union weder fähig noch willens sind, einen konsequenten Kampf gegen diesen rechten „Kulturkampf“ zu führen (wie ihr immer repressiveres Vorgehen gegen Geflüchtete drastisch zeigt). Wir machen deutlich, dass wir rassistische, sexistische, homophobe, transphobe und andere reaktionäre Ideen nicht deshalb bekämpfen, weil sie unter Umständen für den „Standort Deutschland“ schlecht sind, sondern weil sie die arbeitende Bevölkerung spalten und ihren gemeinsamen Kampf gegen die sowohl von Ampel und Union als auch von AfD unterstützte neoliberale Politik schwächen (abgesehen davon, dass wir selbst, unsere Freund*innen, Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen unter diesen Ideen und ihren Folgen leiden). Deshalb bleiben wir nicht bei moralischer Kritik stehen (die im Zweifel nur die überzeugt, die unsere Moralvorstellungen bereits teilen, die wir also nicht zu überzeugen brauchen). Wir bekämpfen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie etc. nicht, um den Kapitalismus von „Auswüchsen“ zu befreien und einen Kapitalismus mit menschlichen Gesicht zu schaffen – wir sehen täglich, dass der Kapitalismus in seiner multiplen Krise immer unmenschlicher wird –, sondern als Teil des Kampfes für die Überwindung des Kapitalismus. Deshalb beteiligen wir uns nicht an Bündnissen mit regierenden Parteien.

Antrag G07: Westsahara

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, BV Steglitz-Zehlendorf, BV Neukölln und weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Westsahara**

2 Die Linke setzt sich für die Unabhängigkeit der Westsahara, der letzten Kolonie in
3 Afrika ein, sowie für die Rechte und Interessen und der dort lebenden bzw. von dort
4 vertriebenen Saharais.

5 1. Die Linke fordert, dass Deutschland das Recht der Saharais auf Selbstbestimmung,
6 das durch mehr als 100 UN-Resolutionen dokumentiert ist, und das Völkerrecht
7 respektiert und sich im Sinne der Resolutionen der Vereinten Nationen klar für das
8 Selbstbestimmungsreferendum der Saharais einsetzt. Deutschland soll den sogenannten
9 „Autonomieplan“ des Königreichs Marokko nicht akzeptieren, wie es Spanien und
10 Frankreich getan haben, und das legitime Selbstbestimmungsrecht der Saharais vor
11 internationalen Instanzen vertreten.

12 2. Die Linke fordert, dass alle deutschen Konzerne, die illegal und
13 völkerrechtswidrig in der Westsahara tätig sind, ihre Tätigkeit sofort beenden müssen
14 und das Land verlassen: Heidelberg Materials, Siemens Gamesa Renewable Energy,
15 Continental Contitech, Thyssenkrupp AG, Köster Marine Proteins GmbH und DHL. Kein
16 Wirtschaftsabkommen eines deutschen Unternehmens, das auf dem Gebiet der Westsahara
17 operieren will, sollte ohne die Beteiligung von POLISARIO geschlossen werden.

18 3. Die Linke unterstützt die Frente POLISARIO und ihren Kampf als Vertretung der
19 Saharais weiterhin entschieden.

20 4. Die Linke setzt sich dafür ein, in Abstimmung mit der Frente POLISARIO, der
21 saharaischen Diaspora in Deutschland, Organisationen und Aktivist*innen, die sich
22 für die Rechte der Saharais einsetzen, über die Situation in der Westsahara zu
23 sensibilisieren. Zu diesem Zweck wird Öffentlichkeitsarbeit geleistet und es sollen
24 Informationsveranstaltungen in den verschiedenen Verbänden angeboten werden.

Begründung

Die Westsahara wird von den Vereinten Nationen weiterhin als das letzte entkolonialisierte Gebiet in Afrika anerkannt. Spanien war bis 1975 Kolonialmacht und verließ das Gebiet, ohne einen Entkolonialisierungsprozess zu organisieren. Heute hat Marokko die Rolle als Kolonialmacht über den größten Teil des saharaischen Gebiets übernommen. Nur ein kleiner Teil der Westsahara wird von der anerkannten rechtlichen Vertretung der Saharais, der Polisario-Front, verwaltet, während die Mehrheit der saharaischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern in Algerien lebt.

Das Recht der Saharais auf Selbstbestimmung wird durch mehr als 100 UN-Resolutionen, durch das unten erwähnte Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und durch bisher vier Urteile des Europäischen Gerichtshofs unterstützt.

"Thus, the Court has not found legal ties of such a nature as might affect the application of General Assembly resolution 1514 (XV) in the decolonization of Western Sahara and, in particular, of the principle of self-determination through the free and genuine expression of the will of the peoples of the Territory."[International Court of Justice](#), 16 October 1975.

Die Saharais warten seit Jahrzehnten auf ein Selbstbestimmungsreferendum. Die UN- Mission zur Durchführung dieses Referendums, MINURSO, hat jedoch bei ihrer Aufgabe versagt. Hinzu kommt, dass Marokko Ende 2020 nach dem Angriff auf den Guerguerat- Pass den Krieg gegen die Saharais wieder aufgenommen hat.

Marokko will das Referendum durch einen Autonomieplan ersetzen, der von der UNO nicht anerkannt wird, aber von anderen Ländern, darunter Spanien und Frankreich, anerkannt wurde. Deutschland bleibt zweideutig, obwohl die Regierung behauptet, sich an das Völkerrecht zu halten. Es ist wichtig, den Druck auf die deutsche Regierung zu erhöhen, damit sie nicht dem Weg der europäischen Nachbarländer folgt.

Währenddessen werden die Ressourcen der Westsahara von Marokko und dem internationalen Kapital geplündert. Der Europäische Gerichtshof stellte fest, die Westsahara sei kein Teil Marokko. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Westsahara ohne Zustimmung der Saharais verletzt das Völkerrecht. Die saharaische Bevölkerung darf über ihre anerkannte Vertretung, die Frente POLISARIO vertreten werden. Dutzende von Unternehmen aus vielen Ländern operieren jedoch illegal auf saharaischem Gebiet, da sie mit dem Königreich Marokko Verträge geschlossen haben. Diese Abkommen sind illegal, wie internationale Gerichtsurteile festgestellt haben. Daher müssen diese Unternehmen ihre Tätigkeit auf saharaischem Gebiet ohne Absprache mit der gesetzlichen Vertretung der Saharais, der Frente POLISARIO, sofort beenden.

Die Situation in der Westsahara bleibt weitgehend im Dunkeln, da Marokko weiterhin Journalist*innen und Parlamentarier*innen den Zugang zum Gebiet erschwert. Dadurch ist wenig über die tatsächliche Lage bekannt, und die internationale Gemeinschaft übt nicht den nötigen Druck auf Marokko aus. Zudem wird das Thema oft von anderen Konflikten überschattet. Marokko setzt dabei gezielt auf Erpressung und Bestechung, um das Thema in Vergessenheit zu drängen. Deshalb ist es umso wichtiger, umfassender über die Situation in der Westsahara zu informieren.

Die Linke arbeitet eng mit der Frente POLISARIO zusammen, empfängt Delegationen und entsendet eigene in die saharaischen Camps. Vertreter*innen der Frente POLISARIO werden

regelmäßig zu Parteitagungen eingeladen, und die Partei informiert die Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Feste über deren Kampf.

Gemeinsam mit den Parteien der Europäischen Linken setzt sich Die Linke für eine Lösung des Kolonialkonflikts in Westsahara ein und betont die Bedeutung des Völkerrechts und internationaler Beschlüsse, was auch die Schaffung eines demokratisch legitimierten, unabhängigen Staates umfassen kann.

Antrag G08: Schutz für palästinensische Geflüchtete

Antragsteller*in:

BV Steglitz-Zehlendorf, Ferat Kocak (Delegierter), Josephine Sahner (Delegierte) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 Schutz für palästinensische Geflüchtete

2 Die Linke setzt sich im Bundestag und darüber hinaus dafür ein, dass Geflüchtete aus
3 Gaza und dem Westjordanland umgehend Asyl in Deutschland erhalten. Wir fordern die
4 Einrichtung eines speziellen Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen in
5 Erstaufnahmeeinrichtungen und die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen für
6 Palästinenser*innen, um sie vor Abschiebung zu schützen und ihnen eine sichere
7 Zukunft in Deutschland zu ermöglichen.

8 Wir fordern zudem die Bundesregierung auf, die bisherige Praxis des BAMF zu beenden,
9 nachdem entsprechende Asylanträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu
10 unübersichtlich sei.

11 Die Linke unterstreicht diese Forderung durch begleitende Social-Media-Arbeit,
12 darunter Videos und Sharepics, sowie Flyer(vorlagen) und ggf. weiteres Material.

Begründung

Die Lage in den palästinensischen Gebieten ist katastrophal, ganz besonders, aber nicht ausschließlich im Gazastreifen. Die monatelange, genozidale Kriegsführung Israels hat nicht nur zu mehreren zehntausenden Toten geführt, sondern auch zur Zerstörung der Lebensgrundlage des allergrößten Teils der Bevölkerung. Mehrere UN-Organisationen dokumentieren in einem Bericht aus dem März diesen Jahres nicht nur von zwei Millionen Vertriebenen, sondern auch davon, dass bereits zum damaligen Zeitpunkt 2,13 Millionen Einwohner*innen von akutem Hunger bedroht waren, eine Zahl, die sich weiter verschärft haben dürfte. Neben Bombardierung, Zerstörung, Vertreibung und Hunger ist die Bevölkerung inzwischen durch begleitende Krankheiten bedroht, so wurde in Abwässern inzwischen das Polio-Virus nachgewiesen. Durchfallerkrankungen, Hautausschläge, Hepatitis A tauchen massiv auf, ganz zu Schweigen von der mentalen Belastung durch den Verlust von Angehörigen und durch die ständige Bedrohung durch militärische Gewalt selbst schwer verletzt oder getötet zu werden. Gleichzeitig wurden massiv bestehende Gesundheitseinrichtungen zerstört.

Diese Lagebeschreibung wird von dutzenden Hilfsorganisationen, Menschenrechtsgruppen und staatlichen Organisationen im Wesentlichen geteilt. Trotzdem stellt das Bundesamt für Migration und Flucht (kurz: BAMF) die Lage als unübersichtlich und lehnt es dementsprechend ab, Asylverfahren für Menschen aus den palästinensischen Gebieten einzuleiten. Den Geflüchteten bleiben maximal Kettenduldungen mit den entsprechenden Einschränkungen.

Als Linke haben wir uns richtigerweise für möglichst unbürokratische und schnelle Asyl-Lösungen für Geflüchtete aus anderen Krisenregionen eingesetzt, zum Beispiel für die vielen Geflüchteten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser Einsatz muss

konsequenterweise auch für palästinensische Geflüchtete gelten. Mit diesem Beschluss würden wir uns die Forderung von Flüchtlingsräten aus verschiedenen Bundesländern zu eigen machen.

Antrag G09: Antisemitismusdefinition

Antragsteller*in:

BV Neukölln, BV Steglitz-Zehlendorf, Ferat Kocak
(Delegierter) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Antisemitismusdefinition**

2 Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der
3 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und
4 Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu
5 Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen,
6 Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke
7 kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein
8 massives Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat sich die
9 Definition auch in diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um
10 unliebsame Kritik und politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den
11 Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
12 Gleichwohl erkennt die Linke an, dass eine Antisemitismusdefinition für Monitoring
13 und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich ist und
14 empfiehlt als Nachdenk- und Diskussionshilfe die „Jerusalemener Erklärung zum
15 Antisemitismus“ vom Frühjahr 2021, in dem die Auffassung vertreten wird, dass
16 Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch
17 untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer,
18 kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.
19 Sie verweist darauf, dass Antizionismus nicht gleich Antisemitismus ist.

Begründung

Die Schwächen der «Arbeitsdefinition» sind das Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren.

Papers. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-international-holocaust-remembrance-alliance/>.

Im Oktober 2019 verfasste Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., Technische Universität Berlin und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung, im Auftrag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e. V ein Gutachten zur "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in dem er der Definition gravierende Mängel nachweist. Viele Beispiele, welche die IHRA als Antisemitismus definiert, lassen einen breiten Interpretationsspielraum zu und sind nicht in jedem Fall antisemitisch, sondern aus den Konfliktdynamiken des Nahost-Konflikts verstehbar. Er kommt zu dem Schluss, dass 'der Versuch, Probleme allgemeiner begrifflicher Klärung und universeller praktischer Einsetzbarkeit mithilfe der «Arbeitsdefinition Antisemitismus» zu lösen, insgesamt als gescheitert angesehen werden muss'.

Ungehindert dessen entwickelt sich die Praxis in der Benutzung dieser Definition als behördliches und juristisches Regulierungsinstrument ungehindert weiter. Dies führt zu immer

mehr Repressionen und Einschränkungen von Grundrechten und verunmöglicht einen offenen, gesellschaftlichen Diskurs über diese äußerst widersprüchliche und hochkomplexe Materie.

Selbst Kenneth S. Stern, federführender Verfasser der Arbeitsdefinition, wendet sich entschieden gegen ihren Einsatz als `Waffe, um politische Äußerungen zu unterdrücken, zu zensieren oder zu unterbinden`.

<https://blogs.timesofisrael.com/we-disagree-about-the-working-definition-thats-ok-heres-whats-not/>

Oft sind auch Jüdinnen und Juden von Zensur, Ausladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Strafbefehlen, Kündigungen, Ent-Finanzierungen und Demonstrations- und Sprechverboten betroffen, die mit der IHRA Definition begründet werden. Knapp 100 jüdische Intellektuelle reagierten in einem offenen Brief auf die geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags, der sie vorwerfen, dass sie "die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland eher schwächen als stärken" wird: "Zu unseren Bedenken gehört, dass der Entwurf die Behörden anweist, sich ausschließlich auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für Antisemitismus zu beziehen, um diese Beurteilungen zu treffen. Die IHRA-Arbeitsdefinition ist dafür breit kritisiert worden, dass sie berechnete Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichsetzt."

<https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief!/6032239/>

Auch weisen zahlreiche deutsche Völkerrechtler*innen und andere Jurist*innen auf mehrere Probleme bei der Implementierung der IHRA ins deutsche Recht hin, beispielsweise, dass die Definition nie als rechtsverbindlich gedacht war. Das kann teilweise weitreichende verfassungsrechtliche Verwerfungen erzeugen, die nicht überblickt werden können. Insbesondere "ist eine darauf gestützte **Behördenpraxis ganz unvorhersehbar**".

<https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, wie die IHRA von der Bundesregierung für ihre eigene Politik modifiziert wurde. Sie übernahm die Kerndefinition zuzüglich einer erweiterten Fassung aus den Erläuterungen des Originals: "Er lautet: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Nicht mit übernommen wurde hingegen die im Original auf diesen Satz folgende Einschränkung: »Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.«

(S. 72 ff., Ullrich, Peter. 2024 in "Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Zentrum für Antisemitismusforschung (HG))

Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) reagiert auf die Unzulänglichkeiten der „IHRA-Definition“. Die JDA wurde von einer Gruppe internationaler Wissenschaftler*innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen entwickelt und im Gegensatz zur IHRA von hunderten weiteren Akademiker*innen seitdem unterschrieben: "Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben."

Der komplette Text zur "Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus" findet sich hier: https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

Die "Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus" definiert Antisemitismus folgendermaßen:

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische)

Leitlinien

A. Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.
2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.
3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.
4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt („kodiert“) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.
5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B. Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.
7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.
8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).
9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.
10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

C. Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.
12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für

diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.

13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.“

Antrag G10: Die Linke als internationalistische Partei erhalten und stärken!

Antragsteller*in:

Cuba sí

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Linke als internationalistische Partei erhalten und stärken!**

2 Unsere Partei Die Linke war, ist und bleibt eine internationalistische Partei.

3 Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und
4 internationale Solidarität gehören zu den unantastbaren Grundwerten unserer Partei –
5 festgeschrieben in unserem Parteiprogramm.

6 Für uns als Partei Die Linke heißt Internationalismus: Solidarität mit den Menschen,
7 Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen
8 eigenständigen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen
9 imperialistisches Hegemoniestreben einsetzen. Die Linke als internationalistische
10 Partei ist Teil der weltweiten Bewegung für eine friedliche und gerechte Welt, gegen
11 Imperialismus und Krieg, gegen Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung,
12 Unterdrückung, Armut und Umweltzerstörung.

13 In unserem täglichen politischen Handeln bedeutet Internationalismus Solidarität mit
14 allen Ländern, die sich wie Kuba auf einen sozialistischen Entwicklungsweg begeben
15 haben, mit allen fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Regierungen sowie mit den
16 progressiven politischen Entwicklungsprozessen in Lateinamerika, im globalen Süden
17 und in der ganzen Welt – mit allen, die eine Politik des Friedens, der
18 Völkerverständigung, der solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit, der Bekämpfung

- 19 von Armut, von sozialer Ausgrenzung und von ungleichen Lebenschancen verfolgen.
20 Die Linke wird auch künftig ihre praktische Politik an den Prinzipien des
21 Internationalismus, der antiimperialistischen Solidarität, des Friedens und der
22 Völkerverständigung ausrichten und in ihren Beschlüssen, ihrer Programmatik, ihren
23 Wahlprogrammen sowie ihren Grundsatzdokumenten verankern.

Antrag G11: Die Linke für Freiheit und Demokratie

Antragsteller*in:

KV Recklinghausen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Linke für Freiheit und Demokratie**

2 Im Kampf gegen eine faschistische Entwicklung sind die Verteidigung und Ausweitung
3 unserer Freiheitsrechte, der Demokratie und ihre Weiterentwicklung unerlässlich. Der
4 Bundesvorstand der Linken wird deshalb beauftragt, spätestens bis zum Frühjahr 2025
5 eine Strategie zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Freiheitsrechte und der
6 Demokratie in der BRD zu erarbeiten und umzusetzen. Im Rahmen dieser Strategie

- 7 • muss der Nutzen unserer Freiheitsrechte (wie z.B. Meinungs-, Presse-,
8 Versammlungs- und Koalitionsfreiheit) für die Bevölkerung, für abhängig
9 Beschäftigte, für Bürgerinitiativen u.a. in allen linken Veröffentlichungen
10 immer wieder bewusst gemacht werden,
11 • sind konkrete Forderungen zur Weiterentwicklung der Demokratie zu formulieren
12 und in ansprechenden „factsheets“ zu erläutern. Dabei ist mit scheinbar kleinen
13 rechtlichen Ergänzungen zu beginnen, z.B. dass es kein Unternehmen ohne
14 Betriebsrat mehr geben darf, dass bei gewerblichen Wohnungsvermietern
15 Mieterbeiräte zur demokratisch legitimierten Vertretung von Mieterinteressen
16 eingerichtet werden müssen und dass die Restriktionen für kommunale
17 Bürgerbegehren abgebaut werden müssen. Weitere Forderungen sind, häufiger
18 Bürger:innenräte zu konsultieren und Bürger:innenbegehren auf Bundesebene
19 einzuführen.

Begründung

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts nimmt die Zahl der Länder, die autokratisch bis diktatorisch regiert werden, von Jahr zu Jahr zu. Der Trend zum Autoritarismus ist eine weltweite Gefahr für die Demokratie. In Europa zeigt sich dieser Trend darin, dass die rechtsextremen Parteien stärker geworden sind, wie in den Europawahlen 2024. In der BRD haben die Zahlen und Anteile der AfD-Wähler:innen zugenommen, und in den Landtagswahlen 2024 hat die AfD weitere Stimmenzuwächse erzielt.

Was Rechtsextreme unternehmen, sobald sie (mit-)regieren, lässt sich in Nachbarländern wie Ungarn, Polen früher unter der PIS-Regierung oder der Slowakei beobachten und natürlich in der deutschen Geschichte. Rechtsextremisten schürten und schüren Hass: gegen (angebliche) Juden und People of Colour, gegen Geflüchtete und andere Menschen mit Migrationsgeschichte, gegen Schwule und sozial ausgegrenzte Menschen (z.B. so genannte Bettler oder Landstreicher), gegen körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen sowie gegen das ganze „System“ und die „Systemparteien“. Sobald sie an Regierungen beteiligt sind, werden von ihnen die demokratischen Freiheitsrechte zunächst eingeschränkt und dann abgeschafft, bevor die

Faschisten die ganze Demokratie zerstören, um ihre Diktatur auszuüben. Schon 1933 kam diese Entwicklung nicht aus heiterem Himmel, schon in der Weimarer Republik waren freiheitliche und demokratische Rechte ausgehöhlt worden. Auch heute geht die Gefahr nicht nur von Rechtsextremisten aus.

Sogar in der BRD sind die demokratischen und Freiheitsrechte nicht unumstritten. Meinungs- und Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit, Demonstrations- und Streikrecht werden von abhängig Beschäftigten genutzt, um z.B. Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen zu erreichen, ebenso werden sie von Bürgerinitiativen und NGOs in Anspruch genommen, um veränderte, bürgerfreundlichere Planungen in Stadt und Land, zu Infrastruktureinrichtungen und zur Bodennutzung zu erstreiten.

Immer wieder werden dadurch die Profite kapitalistischer Unternehmen geschmälert und ihre Geschäftemachereien eingeschränkt, weshalb im Gegenzug die von Beschäftigten und Bürger:innen in Anspruch genommenen Rechte beschnitten werden sollen. Immer wieder werden solche kapitalistischen Anliegen von Politiker:innen aufgegriffen und unterstützt. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen sich die Konflikte verschärfen, z.B. während der letzten Lokführerstreiks, gegen die so genannten „Klimakleber“, und aktuell wollen die FDP und einige Medien sogar das Streikrecht für verschiedene Berufsgruppen einschränken.

Diese politische Rechtsentwicklung werden wir durch Demonstrationen „gegen Rechts“ und auch durch radikale sozialpolitische Forderungen nicht aufhalten.

Notwendig ist daher eine Strategie zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie, die es in vielen anderen Ländern gar nicht gibt.

Dass die defensive Forderung, das Vertrauen in die bestehenden Institutionen zu stärken und den gegenwärtigen Zustand zu erhalten, viele Menschen überzeugen kann, ist schwer vorstellbar, da bereits 20-30 Prozent der Wahlberechtigten mindestens gleichgültig sind oder die AfD aus Überzeugung wählen.

Notwendig sind stattdessen weitere demokratische Rechte zur Mitbestimmung und stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an Politik und Wirtschaft, um mittel- bis längerfristig weitergehende Reformen durchzusetzen, vor allem in der Bildungs-, Sozial-, Klima- und Wirtschaftspolitik. Einzelne solcher Forderungen sind über verschiedene linke Programme verteilt, schlecht zu finden und müssten in einer Strategie gebündelt werden. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, dass in möglichst vielen Unternehmen und Branchen die Profitorientierung durch das Prinzip der Gemeinnützigkeit ersetzt wird. Dass irgendeine der einflussreichen politischen Parteien solche Reformen unterstützen oder vorantreiben würde, ist nicht absehbar. Deshalb müssen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung erweitert werden, was auch von Anhänger:innen anderer Parteien mitgetragen werden kann. Schon jetzt gibt es viele Forderungen, die in Umfragen von großen Teilen der Befragten unterstützt, von den meisten Berufspolitik:innen aber zurückgewiesen werden. Als Instrument, in dem durchaus komplexe Probleme erörtert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden können, haben sich inzwischen Bürger:innenräte erwiesen, deren Vorschläge allerdings als völlig unverbindlich gelten. Um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, sollte die Linke für neu einzuführende Bürger:innenbegehren in Verhandlungen mit den anderen demokratischen Parteien eintreten.

Dabei darf das langfristige Ziel einer freien und (klima-) gerechten Gesellschaft nicht aus den Augen verloren werden, die auch öko-sozialistisch genannt werden kann. Dieser Gesellschaft darf keine Neuauflage des früheren Staats- oder bürokratischen Verwaltungssozialismus sein, der den Systemen in den Ländern des ehemaligen RGW ähnlich wäre. Der neue Ökosozialismus muss ein demokratischer Selbstverwaltungssozialismus sein, der vom Engagement seiner Bevölkerung lebt. Selbstverwaltung braucht Strukturen, braucht Regelwerke, deren erfolgreiche Anwendung Übung voraussetzt. Deshalb müssen schon jetzt demokratische Strukturen aufgebaut werden, die über die Gegenwart hinausweisen in eine freiere und gerechtere Zukunft.

Aus diesen Gründen muss die Linke die Strategie zum Ausbau unserer Demokratie und

Freiheitsrechte in den Mittelpunkt ihrer Programme und Veröffentlichungen stellen.

Antrag G12: Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende im Krieg Israels gegen Palästina

Antragsteller*in:

BAG Frieden und Internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

1 Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende 2 im Krieg Israels gegen Palästina

3 Die Linke setzt sich für eine sofortige friedenspolitische Wende im Krieg Israels
4 gegen Palästina und für Frieden im Nahen Osten im Sinne des Völkerrechts ein. Sie
5 verurteilt unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das
6 Völkerrecht. Wir verurteilen die israelische Besetzung Palästinas, die vielen
7 Massaker Israels seit Jahrzehnten im Gazastreifen, in Ostjerusalem und der Westbank,
8 die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens seit 2007 und die Gefangennahme
9 und Folter von Palästinenser*innen – und ebenso die systematische Entrechtung der
10 Palästinenser*innen sowie den seit Oktober 2023 andauernden Vernichtungskrieg Israels
11 gegen die Palästinenser*innen im Gazastreifen, bei dem laut Internationalem
12 Gerichtshof (IGH) der Vorwurf des Völkermords plausibel ist. Wir verurteilen das
13 Massaker der Hamas in Israel, die Geiselnahmen und die Raketenangriffe der Hamas auf
14 Israel. Ebenfalls verurteilen wir die Waffenlieferungen von Deutschland, USA und
15 anderen Staaten an Israel. Wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab.

16 Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und palästinensischen
17 Opfern. Der Konflikt kann nur durch die Beendigung der israelischen Besetzung von
18 Gazastreifen, Westbank und Ostjerusalem gelöst werden – entsprechend dem Völkerrecht.
19 Dafür muss sich die Bundesrepublik einsetzen. Die Bundesregierung ist, wie alle
20 Staaten, nach dem Völkerrecht verpflichtet, jederzeit zur friedlichen Lösung und auch
21 Beilegung von Kriegen und Konflikten beizutragen. Sie hat jedoch das genaue Gegenteil
22 getan und den Krieg gegen Palästina sowohl auf militärischer als auch auf
23 diplomatischer Ebene uneingeschränkt unterstützt – und damit, was die Bemühung um
24 Frieden angeht, auf ganzer Linie versagt.

25 Am 19. Juli 2024 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten
26 zur israelischen Besatzungspolitik vor, das am 20. Dezember 2022 von der UN-
27 Vollversammlung angefordert worden war. In seinem Gutachten bestätigte der IGH sehr
28 deutlich, was die Kritiker*innen der israelischen Besetzung seit Jahrzehnten sagen:

- 29 • Die israelische Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems
30 stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und dies von Anfang
31 an, weil Israel die Besetzung von Anfang an als dauerhaft ansah.
- 32 • Israel ist verpflichtet, die Besetzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Der
33 Siedlungsbau ist „unverzüglich“ einzustellen. Israel muss alle Siedler*innen aus
34 allen besetzten Gebieten wieder umsiedeln.
- 35 • Israel ist rechtlich verpflichtet, allen natürlichen und juristischen Personen
36 für die durch die Besetzung entstandenen Schäden und Nachteile Reparationen zu
37 leisten.
- 38 • Das palästinensische Volk hat ein unbedingtes Recht auf Selbstbestimmung, das an
39 keine Vorbedingungen von israelischer Seite gebunden ist. Für ein freies

40 Palästina braucht es also keine Friedensverhandlungen mit Israel. Auch die Oslo-
41 Abkommen haben das Recht auf Selbstbestimmung nicht außer Kraft gesetzt.

42 • Die Vereinten Nationen und alle Staaten sind verpflichtet, diesen Zustand, der
43 durch die "unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten
44 palästinensischen Gebieten" entstanden ist, nicht anzuerkennen und alles zu
45 unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt.

46 • Der UN-Sicherheitsrat und die UN-Vollversammlung sollen prüfen, wie man die
47 Anwesenheit Israels in den besetzten Gebieten so schnell wie möglich beenden
48 kann.

49 Das Gutachten wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Es ist wie alle IGH-
50 Gutachten nicht rechtsverbindlich, aber es wird den internationalen politischen Druck
51 auf Israel und unterstützende Staaten im aktuellen Gaza-Krieg und darüber hinaus
52 weiter erhöhen. In diesem Sinn wirkt die Linke bundesweit in der Öffentlichkeit und
53 mit Anträgen und Diskussionen im Bundestag und fordert von der Bundesregierung

54 1. die Waffenlieferungen an Israel unverzüglich einzustellen;

55 2. entsprechend dem IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024 den Staat Palästina in den
56 Grenzen von 1967 anzuerkennen, die Unterstützung der israelischen Besatzung zu
57 beenden und alles zu unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt;

58 3. sich einzusetzen für:

59 • einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina
60 und Israel im Sinne der UN-Resolution 2795 des UN-Sicherheitsratsratsrats vom
61 10. Juni 2024,

62 • die sofortige ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im
63 Gazastreifen,

64 • den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere
65 Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten,

66 • die Freilassung der Geiseln der Hamas sowie der von Israel inhaftierten
67 Palästinenser:innen*,

68 • das Ende der israelischen Besatzung Ostjerusalems, der Westbank und des
69 Gazastreifens,

70 • die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens, bis Israel die Besatzung beendet,

71 • den Stopp der Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung in
72 Deutschland.

73 Dafür beteiligen wir uns als Die Linke an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina,
74 machen Infotische und Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die
75 Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechend Positionspapiere für
76 die Auseinandersetzung innerhalb der Partei.

77 -----

78 *Der israelische Staat hält weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter
79 viele Minderjährige zu Unrecht gefangen. Denn die Gefangennahme verstößt gegen
80 internationales Recht und Kriegsrecht.

Begründung

Im Krieg Israels gegen Palästina, der maßgeblich von den USA und der deutschen Bundesregierung mitgetragen, militärisch unterstützt, ideologisch legitimiert und damit überhaupt erst ermöglicht wird, wurden bis zum 29. August über 40.000 Menschen im Gazastreifen getötet – die meisten davon Frauen und Kinder – und über 90.000 verletzt.

Vermutlich hat der Krieg bislang jedoch erheblich mehr Todesopfer gefordert – Stand Juni waren es 186.000 Palästinenser*innen, so ein Artikel im renommierten Medizin-Journal „The Lancet“, da viele Tote nicht erfasst werden können und der Krieg viele Menschen bereits jetzt so geschädigt hat, dass sie in naher Zukunft sterben werden. Im besetzten Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober über 660 Palästinenser*innen getötet und 5.600 verletzt. Laut dem israelischen Außenminister Israel Katz soll der Krieg im nördlichen Westjordanland ähnlich wie im Gazastreifen ablaufen.

Zusätzlich droht eine überregionale Eskalation aufgrund der expansiven Kriegspolitik Israels. Mit der Ermordung des Hisbollah-Kommandeurs Fuad Schukr durch Israel und der Ermordung des Verhandlungsführers der Hamas, Ismail Haniyeh, am 31. Juli in einem Gästehaus der iranischen Regierung in Teheran, sollten die Hoffnungen auf einen baldigen Waffenstillstand zerstört und gleichzeitig eine Ausweitung des Krieges auf den gesamten Nahen Osten provoziert werden.

Die israelische Regierung hat ihre Absichten im Gazakrieg nicht verheimlicht. Verteidigungsminister Yoav Gallant erklärte bereits am 9. Oktober unmissverständlich: "Wir verhängen eine vollständige Belagerung über Gaza. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir werden entsprechend handeln." Der Finanzminister Bezalel Yoel Smotrich erklärte es für moralisch gerechtfertigt, zwei Millionen Menschen in Gaza verhungern zu lassen. Viele Wissenschaftler wie der Genozidforscher Omer Bartov, der in Israel aufgewachsen ist, sind der Meinung, dass es das Ziel des Krieges sei, Gaza unbewohnbar zu machen.

Das hindert die USA und die deutsche Bundesregierung jedoch nicht daran, diesen Krieg maßgeblich mitzutragen, militärisch zu unterstützen und ideologisch zu legitimieren. Ohne die Waffenlieferungen von USA und Deutschland wäre der Krieg sofort zu Ende.

Die USA nutzen den israelischen Staat als westlichen Einfluss im Nahen Osten und die Bundesrepublik beteiligt sich mit Waffenlieferungen daran: ein Drittel aller nach Israel importierten Waffen kommen aus Deutschland. Die militärische Unterstützung des israelischen Staats wird zur „Staatsräson“ erklärt und war schon in den 50er Jahren Teil der Restauration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik – entgegen der Lehren aus 1945. Die Linke hingegen teilt die Lehre und Konsequenz aus 1945, dass Menschenrechte für alle gelten und mit einer stetigen zivilen Entwicklung auch zu verwirklichen sind. Der Leitspruch „Nie wieder Auschwitz!“ muss für alle Menschen gelten. Sonst haben wir aus der Geschichte nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Für einen Frieden in Nahost sind gegen die Profite der deutschen und internationalen (Rüstungs-)Konzerne Abrüstung, Deeskalation und eine zivile Entwicklung in den imperialen Zentren durchzusetzen.

Antrag G13: NEIN zu Krieg, Aufrüstung und Mittelstreckenraketen! - JA zu Waffenstillstand, Abrüstung, sozialer und Klimagerechtigkeit!

Antragsteller*in:

BAG Frieden und Internationale Politik, BV Hamburg-Nord und LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **NEIN zu Krieg, Aufrüstung und Mittelstreckenraketen! - JA zu Waffenstillstand,**
- 2 **Abrüstung, sozialer und Klimagerechtigkeit!**
- 3 *„Denn wir müssen in das Nichts hinein wieder ein Ja bauen.“ (Wolfgang Borchert, 1946)*
- 4 Die für 2026 beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem
- 5 Boden kann nur eines bedeuten: Wir müssen und wir wollen für eine grundlegende Wende

6 in Richtung einer humanen, sozial gerechten Welt in Frieden kämpfen!

7 In der (verhinderbaren) Raketenstationierung läuft die materielle Aufrüstung mit der
8 ideologischen Mobilmachung zusammen: die milliardenschwere Umverteilung aus allen
9 zivilen Bereichen in Richtung Wehretat für die Abschreckungsdoktrin nach außen und
10 die geostrategischen sowie wirtschaftlichen Interessen der Nato-Staaten mit den
11 neokolonialen „westlichen Werten“ und dem Prinzip von „Befehl und Gehorsam“ nach
12 innen. Der Kulminationspunkt ist die denkbar gefährlichste Eskalationsstufe: ein
13 Atomschlag. Die Marschflugkörper und Hyperschallraketen sollen in fünf Minuten
14 strategische Ziele in Russland erreichen, nuklear oder konventionell bestückt, und
15 ausdrücklich zum Erstschlag eingesetzt werden können. Die von SPD, Grünen und FDP
16 getragene Bundesregierung beteiligt sich sehenden Auges an der Vorbereitung eines
17 Atomkrieges mitten in Europa.

18 Abschreckung hat noch nie zu Sicherheit geführt. Im Gegenteil. Abschreckung bedeutet
19 immer mehr Waffen, die technisch präziser und zerstörerischer sind. Sie steigern die
20 Gefahr, dass diese eingesetzt werden. Damit wurde die Menschheit mehr als einmal an
21 den Rand ihrer Existenz geführt. Und: Rüstung tötet auch ohne heißen Krieg tagtäglich
22 allein durch die sinnlose Vergeudung lebenswichtiger materieller und geistiger
23 Ressourcen, die so dringend benötigt werden, „um die Mühsal der menschlichen Existenz
24 zu erleichtern“ (Bertolt Brecht). Wir rufen alle friedliebenden Menschen auf:
25 Schließt Euch zusammen, und engagiert Euch für den Frieden! Dann gelingt, was in den
26 1980er Jahren durch die internationale Friedensbewegung, verantwortungsbewusste
27 Politikerinnen und kluge Diplomaten geschaffen wurde: nachhaltige Abrüstungsverträge
28 wie der wegweisende INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR zum Abbau und
29 schließlich der vollständigen Verschrottung der Mittelstreckenraketen.

30 Die Linke stellt sich diesem historischen Entscheidungsmoment und erklärt: Wir
31 gestalten unsere Politik verstärkt als Friedenspolitik. Alle unsere Forderungen, alle
32 unsere Maßnahmen werden wir daraufhin prüfen, ob sie eine Zivilisierung und
33 Humanisierung der Gesellschaft und der unmittelbaren Lebensbedingungen der
34 Bevölkerung – hier und überall auf der Welt – bedeuten. Aus diesem Grund bekräftigen
35 wir die folgenden Aussagen aus dem Erfurter Programm 2011: „Die Linke verfolgt
36 langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne
37 Kriege. Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung von und Teilhabe an
38 Angriffskriegen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – diesem Gebot
39 muss wieder Geltung verschafft werden.“ Und wir bekräftigen daher die Aussage aus dem
40 Grundsatzprogramm der PDS von 1993: „Wir lehnen Denken und Handeln in
41 Abschreckungs-,
42 Bedrohungs- und Kriegführungskategorien ab. Wir treten dafür ein, Krieg und
43 militärische Gewalt ein für allemal zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker
44 zu verbannen.“ Wir streiten für die Auflösung aller Militärbündnisse und beginnen mit
45 dem Kampf für den Austritt aus den militärischen Strukturen der Nato sowie für eine
46 Welt ohne Armeen durch die schrittweise Abrüstung der Bundeswehr. Damit die Menschen
47 ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und sich von Armut, Unrecht und Unmündigkeit
48 befreien. Damit sie die Gesellschaft menschenwürdig gestalten. Daher müssen die
49 Waffen, die Rüstungsindustrie und das Kriegsgeheul zum Schweigen gebracht werden. Die
50 dem Kapitalismus innewohnende Konkurrenz und Profitsucht sind die ersten
51 Kriegsursachen, internationale Kooperation und die Freundschaft unter den Völkern
52 sind die ersten Friedensursachen – und die Grundlage für den Sozialismus. Jeder
53 Abrüstungsschritt und jeder Abbau von Feindbildern ist für den Aufbau einer
54 solidarischen Gesellschaft nützlich. Jeder Euro, der ausgegeben wird, um ein gutes
55 Buch zu kaufen, eine Krankheit zu heilen oder ein hungerndes Kind satt zu machen,
kann nicht für das Zerstörungswerk des Militärs ausgegeben werden. – Alle Gewalt muss

56 überwunden werden, weil sie den Menschen deformiert: die direkte Gewalt des Militärs,
57 die strukturelle Gewalt der sozialen Ungleichheit und die kulturelle Gewalt der
58 kriegshetzerischen Propaganda.

59 Beginnend mit den Rüstungskonzernen und ihren zynischen Profiten setzen wir uns ein
60 für das sofortige Ende sämtlicher Rüstungsexporte als Schritt hin zu einer rein
61 zivilen Produktion. Die Industrie ist ausschließlich auf ökologisch und
62 gesellschaftlich sinnvolle Produktion umzustellen, die den Bedarf der Menschen
63 umfassend befriedigt. Das verlangt und bedeutet auch humane Arbeitsbedingungen,
64 angemessene Entlohnung und mehr Mitbestimmung in den Betrieben.

65 Die Bundeswehr muss drastisch reduziert, auf Verteidigung beschränkt und schließlich
66 ganz abgeschafft werden. Wir brauchen weder militärischen noch ideologischen Drill,
67 sondern mündige Menschen. Daher ist für Die Linke die Logik des Friedens
68 gesellschaftliches Leitbild und Essenz der Alltagskultur. Die offenbar vorhandenen
69 Milliarden müssen in eine "soziale Zeitenwende" investiert werden, die die
70 Gesellschaft für alle Menschen voranbringt. Die Schuldenbremse ist dafür aus dem
71 Grundgesetz und der Politik zu streichen, damit umfänglich in Gesundheit, Bildung und
72 Kultur, Klimaschutz, Wohnungsbau, Mobilität und Infrastruktur investiert wird.

73 Die Zivilklauseln sind gegen den beabsichtigten Zugriff von Rheinmetall, Airbus & Co.
74 auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu verteidigen und auszubauen, und auch
75 die Friedensbildung in den Schulen ist zu stärken: für Wissenschaften zur Lösung der
76 globalen Probleme, für ein aufgeklärtes Menschenbild sowie kritisch denkende und
77 eingreifende Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

78 Frieden heißt: Die Machtpolitik in den internationalen Beziehungen muss schleunigst
79 beendet werden. Vor allem im Interesse der Bevölkerungen, die seit Jahrhunderten mit
80 Sklaverei und kolonialistischer Ausbeutung und deren Folgen zu tun haben, engagieren
81 wir uns für kooperative Wege des Interessenausgleichs und der gegenseitigen
82 Sicherheit. An erster Stelle muss der Atomwaffenverbotsvertrag der UNO, der
83 mittlerweile von 93 Staaten unterschrieben und von 69 ratifiziert wurde, auch von den
84 Atommächten angenommen und umgesetzt werden. Die US-Atomwaffen sind von
85 Deutschland
86 abzuziehen, so wie der Bundestag es 2010 beschlossen hat!

86 Die Linke steht in der friedenskämpferischen Tradition von Lysistrata, Bertha von
87 Suttner, Rosa Luxemburg und Carl von Ossietzky. Zu unserem Selbstverständnis und
88 Selbstbewusstsein gehört, dass unser Kampf gegen den Krieg untrennbar verbunden ist
89 mit dem Kampf für die Verwirklichung des Völkerrechts und der unteilbaren
90 Menschenrechte überall. Der Aufbruch der Menschen im globalen Süden für Souveränität
91 und Gerechtigkeit ist eins mit unserem Bestreben zur Überwindung von Militarismus und
92 Imperialismus in seinem Zentrum. Wir werden aus diesem Grund die Zusammenarbeit und
93 den Diskurs in der Europäischen Linken und mit unseren internationalen
94 Schwesterparteien und Bündnispartnern ausbauen und keine Meinungsverschiedenheit als
95 Argument für Spaltung gelten lassen, sondern für die Einheit einer progressiven
96 Internationale kämpfen.

97 Als konstitutiver Teil der Friedensbewegung sind wir überhaupt gegen alle
98 Spaltungsabsichten. Wir setzen uns ein für konstruktive Verständigung und
99 aufklärerische Überzeugungsarbeit, denn nur so wird die Friedensbewegung mutiger und
100 stärker. Für uns ist klar und nicht verhandelbar: Antifaschismus, soziale
101 Interessenvertretung und Friedensengagement gehören untrennbar zusammen. Wir
102 verbinden diese Einsicht mit einer Offensive besonders auf die und in den
103 Gewerkschaften.

104 1. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Kriege. Stopp aller mörderischen

105 Waffenlieferungen besonders in die Ukraine und nach Israel. Wir unterstützen alle
106 Anstrengungen in Richtung Waffenstillstand, Verhandlungen und nachhaltiger
107 Friedenslösungen.

108 2. Die Linke beteiligt sich an Demonstrationen, Kongressen und Aktivitäten der
109 Friedens- und Gewerkschaftsbewegung und mobilisiert nach Kräften dorthin.

110 3. Wir unterstützen eine zentrale Kampagne der bundesweiten Friedensbewegung im
111 kommenden Jahr gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen.

112 4. Anlässlich des 50. Jahrestags des Gipfeltreffens der KSZE (Konferenz über
113 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Helsinki engagieren wir uns für eine
114 Wiederbelebung und Stärkung der OSZE als Sicherheitsarchitektur in Europa und darüber
115 hinaus.

116 5. Im Bundestagswahlkampf wird die Friedensposition zusammen mit der Sozialpolitik
117 der Linken erste Priorität haben und den Kampf für Klimagerechtigkeit einschließen.

118 6. 2025 jährt sich die Befreiung vom deutschen Faschismus und die Beendigung des
119 Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal, ein Jubiläum, das wir mit einer bundesweiten
120 Konferenz würdigen werden.

121 7. Damit die programmatischen Grundsätze der Linken in der Friedensfrage mit Leben
122 gefüllt und geschärft werden, wird 2025, in zeitlicher Nähe zu den Ostermärschen,
123 eine bundesweite Basis-Friedenskonferenz mit strategischer Orientierung für die
124 weitere Politik der Partei durchgeführt, zu der alle Parteimitglieder eingeladen
125 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G14: Zeit für Haltung: Gegen den Genozid in Gaza

Antragsteller*in:	Antikapitalistische Linke, BV Berlin-Mitte, BV Neukölln und weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeit für Haltung: Gegen den Genozid in Gaza**
- 2 1. Die Linke bezeichnet Israels Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung als
3 Genozid und ermutigt alle Gliederungen der Partei, sich an Protesten dagegen zu
4 beteiligen und dazu aufzurufen.
- 5 2. Die Linke betont, dass die Beendigung der Besatzung und die Durchsetzung
6 vollständiger Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinenser*innen eine
7 Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden ist.
- 8 3. Die Linke weist die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus zurück und
9 beruft sich in ihrer politischen Praxis gegen Antisemitismus nicht auf die IHRA-
10 Definition, sondern auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism.

Begründung

Seit dem 7. Oktober führt die rechte Netanjahu-Regierung einen erbarmungslosen Krieg gegen die Menschen in den palästinensischen Gebieten - in der Westbank und im Gazastreifen mit über 40.000 Toten und über 90.000 verletzte Zivilisten

Die Linke hat mit ihrem Beschluss vom Parteitag in Augsburg "Stoppt den Krieg – Waffenstillstand sofort! Geiseln freilassen! Antisemitismus und Rassismus ächten!" zwar einen Waffenstillstand gefordert und sich gegen Waffenlieferungen ausgesprochen, versagt aber bislang bei der konsequenten Umsetzung des Beschlusses. Der Antrag hat keine Grundlage dafür gegeben, dass die Linke als Teil der Protestbewegung gegen den Krieg wahrgenommen wird.

Neuen Schätzungen zufolge kann die Zahl derjenigen, die Israel über die Blockade und Bombardierungen in Gaza getötet hat, auf 189.000 Menschen steigen (das sind fast 10% der Bevölkerung). Verteidigungsminister Joav Gallant rechtfertigte das Abdrehen von Strom, Wasser, Nahrung und Treibstoff damit, dass die israelische Armee gegen „menschliche Tiere“ in Gaza vorgehe und sie auch dementsprechend behandeln würde.

Der IStGH hat Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant wegen Ausrottung sowie Aushungern beantragt.

Mehrere namhafte Wissenschaftler*innen bewerten das Vorgehen Israels im Gazastreifen als Völkermord. So der Historiker und Holocaust-Forscher Amos Goldberg, der am Institut für jüdische Geschichte und zeitgenössisches Judentum an der Hebräischen Universität Jerusalem lehrt. Siehe: "Genau so sieht Völkermord aus" <https://www.jacobin.de/artikel/israel-voelkermord-genozid-palaestina>). Oder auch der israelische Historiker und Genozid-Forscher Raz Segal, der von einem „Völkermord wie aus dem Lehrbuch“ spricht.

Die Forderung nach der Beendigung jeglicher Diskriminierung gegenüber den Palästinenser*innen unter Besatzung und Krieg müssen ins Zentrum der Forderungen gestellt werden, dies ist umso dringlicher, als der Beschluss der Knesset vom 18. Juli 2024 eine Zwei-Staaten-Lösung ausschließt.

Antisemitismus-Vorwürde von Institutionen und Medien gegen die Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen zielen darauf ab, Menschen vom Protest abzuhalten, die sich kritisch gegenüber Israel äußern. Willkürlich werden Aktivist*innen, Akademiker*innen, Künstler*innen u.a. angegriffen und diffamiert. Menschen verlieren ihre Arbeit, da sie öffentlich an den Pranger gestellt werden. Dabei berufen sich die, die pauschale Antisemitismuskorrekturen erheben, auf die Antisemitismusdefinition der IHRA. Um diesem Missbrauch entgegenzuwirken, haben namhafte internationale Forscher*innen und Intellektuelle die Jerusalemer Antisemitismus-Definition beschlossen. Während sich Sicherheitsbehörden und Regierungen auf die IHRA Definition beziehen, sollten Linke sich auf die Jerusalemer Erklärung beziehen, welche Kritik an Israel nicht pauschal als Antisemitismus versteht.

Antrag P02: Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) - Mehr großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!

Antragsteller*in:

KV Lahn-Dill, KV Hochtaunus

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) - Mehr großflächig**
- 2 **plakatieren als kleinteilig hängen!**
- 3 Der Parteivorstand wird beauftragt die Voraussetzungen für die zukünftigen Wahlkämpfe
- 4 insbesondere in den ländlichen Landkreisen individueller und spezieller auszurichten.
- 5 Um dieses zu erreichen, müssen folgende Dinge in Angriff genommen werden.
- 6 1. Personelle und finanzielle Unterstützung für den verstärkten Einsatz von
- 7 Großflächenplakaten u.a. im ländlichen Raum,
- 8 2. Erstellung von individuell bearbeitbaren Social-Media-Vorlagen u.a. mit ländlichen
- 9 Themen,
- 10 3. weniger erstelltes Material (dafür mehr individuelle Druckvorlagen zum
- 11 Selbstdrucken).

Begründung

Es sollte auch uns mittlerweile bewusst sein, dass Wahlen nicht dadurch gewonnen werden, in dem mit Massendruck- und Wurfsendungen sowie A1 Plakaten von der Bundes- und Landesebene die Bevölkerung zugeschüttet wird. Die Realität lehrt uns, dass ein überwiegender Teil unserer Wahlwerbung gar nicht erst gelesen wird, da es in der Masse anderen Werbebotschaften untergeht. Die Masse an A1 Plakaten verfehlen aber auch ihre Wirkung, da sie übersehen wird. Stattdessen sehen wir in dem Einsatz von mehr Großflächenplakaten und Social-Media wie oben beschrieben mehr Sinn. "Weniger Druckerzeugnisse sind manchmal doch mehr".

Finanzierungsvorschlag

Finanziert werden könnte dieser Vorschlag zum einen durch eine Papierreduzierung in der Herstellung und Bestellung von Flyern und anderen aus Papier und Plastik hergestellten Materialien. Zum anderen durch einen im Länderfinanzrat ausgehandelten Wahlkampfetat, durch die Landesverbände mitfinanziert wird.

Weiteres wird von uns mündlich begründet.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.

Antrag P03: DIE LINKE sagt „Nein, danke!“ zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Antragsteller*in:

KV Bielefeld, Matthias W. Birkwald (MdB), Sarah Eichberg und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **DIE LINKE sagt „Nein, danke!“ zum Bedingungslosen Grundeinkommen**
- 2 DIE LINKE lehnt die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen ab. Sie

- 3 bekennt sich zur Forderung einer bedarfsdeckenden, sanktionsfreien sozialen
- 4 Mindestsicherung, die sie in enger Abstimmung mit einer neuen
- 5 Vollbeschäftigungspolitik – „Gute Arbeit für alle!“ im Rahmen einer solidarischen
- 6 Weiterentwicklung des Sozialstaats auf der Höhe der Zeit weiter entwickeln möchte.

Begründung

Trotz des „erfolgreichen“ Mitgliederentscheids, an dem sich nur ein Drittel der Mitglieder beteiligt hat, kann das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) noch verhindert werden. Dies ist auch mit dem Beschlusstext des Mitgliederentscheids vereinbar.

1. Der Mitgliederentscheid hat „nur“ den Rang eines Bundesparteitagsbeschlusses und kann daher problemlos durch einen normalen Bundesparteitagsbeschluss geändert werden.
 2. Der Mitgliederentscheid hat nur eine Bindungswirkung von zwei Jahren. In diesem Jahr, noch vor dem Bundesparteitag, läuft die Bindungswirkung ohnehin aus.
 3. Der Beschlusstext legt „nur“ ein Verfahren fest. Der Parteivorstand soll dem Bundesparteitag einen Entwurf zum BGE vorlegen, der dann vom Bundesparteitag beschlossen wird.
- Der Bundesparteitag hat also die Möglichkeit und die Chance, den Vorschlag des Bundesvorstandes abzulehnen und damit das BGE zu verhindern. Dafür werben wir ausdrücklich!

Die derzeitige Formulierung im Grundsatzprogramm zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) war und bleibt ein guter Kompromiss. Alle diejenigen, die für ein Grundeinkommen eintreten, unterstützen auch die sanktionsfreie soziale Mindestsicherung, welche Beschlusslage der LINKEN ist, als deutliche Verbesserung gegenüber dem Ist-Zustand des Bürgergeldes (zuvor Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV). Umgekehrt lehnen etliche, wahrscheinlich die meisten, Unterstützerinnen und Unterstützerinnen der sanktionsfreien sozialen Mindestsicherung das BGE ab. Einer LINKEN, die sich zum BGE bekennt, würden viele von ihnen womöglich und bedauerlicherweise den Rücken kehren. Das würde DIE LINKE schwächen und läge weder im Interesse unserer Partei, noch im Interesse derjenigen, die von einer sozialen Mindestsicherung sowie bereits von Verbesserungen beim Bürgergeld profitieren würden.

Das Kernargument für das Bedingungslose Grundeinkommen ist nicht überzeugend.

Das Hauptargument der BGE-Befürworterinnen und -Befürworter, ein BGE einzuführen sei unvermeidlich, weil »der Gesellschaft die Arbeit ausginge«, ist offenkundig falsch. Bisher wurde noch jede solche Prognose, die Arbeit werde uns aufgrund technischen Fortschritts (durch Mikroelektronik, Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, Automatisierung, Digitalisierung usw.) ausgehen, von der Realität widerlegt. Bei einer gerechteren Einkommensverteilung könnten und würden mehr Menschen mehr Güter und Dienstleistungen nachfragen, was wiederum mehr Arbeit nach sich zöge. Aufgrund des demographischen Wandels herrscht heute an etlichen Stellen sogar ein Mangel an Arbeitskräften! Alleine im Sorge- und Betreuungsbereich fehlen hunderttausende Beschäftigte. Auch zeigt uns der Erfolg des Neun-Euro-Tickets und des Deutschlandtickets: Wäre der öffentliche Verkehr günstiger oder gar entgeltfrei, stiege die Inanspruchnahme und es müssten dort mehr Kapazitäten geschaffen und mehr Menschen beschäftigt werden.

Das BGE erreicht keine, oder nur eine schreiend ungerechte Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung.

Der Kernunterschied zwischen der sozialen Mindestsicherung und dem Bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht die Sanktionsfreiheit, sondern die Bedarfsabhängigkeit. Für Verfechterinnen und Verfechter des Bedingungslosen Grundeinkommens ist die Abschaffung jeglicher Bedürftigkeitsprüfung und jeglicher Einkommensprüfung zentral. Viele glauben darüber hinaus, weite Teile der ›Sozialstaatsbürokratie‹ abschaffen zu können. Beides beruht aber auf Irrtümern. Aber ein BGE, das für Alle gleich wäre (außer für Kinder) wäre ungerecht und wahrscheinlich gar nicht möglich. Denn was passierte, falls die Menschen von hohen Mieten oder

von Krankheit, schweren Unfällen und ihren Folgen oder von einer Behinderung betroffen wären? Für sie würde ein BGE nicht ausreichen. Folgerichtig ist die ersatzlose Abschaffung einer Bedürftigkeitsprüfung nur möglich, wenn man krasse Ungerechtigkeiten in Kauf nimmt. Oder man lügt sich in die Tasche, weil die Prüfung nur vom Sozial- zum Finanzamt umzieht. Fast niemand mag Bürokratie, niemand füllt gerne Formulare aus – aber in einer modernen Gesellschaft kommt man daran aus guten Gründen nicht vorbei.

Das BGE erreicht keine Befreiung VON der Arbeit.

Für das BGE wird oft ins Feld geführt, es erlaube den Menschen, jenseits der Erwerbsarbeit anderen sinnvollen Tätigkeiten nachzugehen. Dass sie das können mögen, ist auch wünschenswert. Aber schon bei Karl Marx können wir nachlesen: Auch wenn wir das ›Reich der Freiheit‹ vergrößern, bleibt ein ›Reich der Notwendigkeit‹. Die allermeisten Tätigkeiten, die mit dem BGE verbunden werden, wie künstlerische und kreative Tätigkeit, Sorgearbeit u.ä. setzen allesamt Vorleistungen und Infrastrukturen voraus, die durch Erwerbsarbeit oder andere Sorgearbeit erst geschaffen werden. Eine faire Verteilung der Arbeit ist gefragt! Um das Reich der Freiheit zu vergrößern, ist die richtige linke Antwort deswegen die Verkürzung des Arbeitstages und nicht das BGE.

Das BGE erreicht keine Befreiung IN der Arbeit.

Viele Unterstützerinnen und Unterstützer des BGE versprechen sich davon nicht nur eine Befreiung VON der Arbeit, sondern auch IN der Arbeit. Sie glauben, Menschen würden eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzwingen können, indem sie von einem schlechten Arbeitsumfeld einfach auf das BGE ausweichen. Die gegenwärtige Realität beweist uns jedoch, dass das nicht aufgeht. Im Pflegebereich ziehen sich etliche Beschäftigte stückweise durch Wechsel auf Teilzeit oder Zeitarbeit zurück oder wechseln ganz den Beruf. Ähnliches geschah unter Corona in der Gastronomie. Trotzdem haben sich die Arbeitsbedingungen dort nicht nennenswert verbessert. Wirkungsvoller ist, die Befreiung IN der Arbeit durch „Gute Arbeit für alle“ zu stärken. Dazu bedarf es aber solidarischer Organisation, die ein BGE weder erleichtert, noch ersetzen kann.

Die Finanzierung des BGE ist illusionär.

Der Finanzierungsvorschlag der BAG Grundeinkommen ist nicht überzeugend. Selbst wenn man unrealistischerweise die steuerfinanzierten Sozialleistungen abzieht, die das BGE ersetzen soll, verbleibt ein Nettofinanzbedarf von einer Billion Euro pro Jahr. Das wären Stand 2023 fast 40 Prozent des Volkseinkommens! Zum Vergleich: Alle Städte und Gemeinden, die Länder, der Bund und die Sozialversicherungen gaben 2023 zusammen 1.951 Billionen Euro aus. Zu Recht sind Gewerkschaften, Sozialverbände und die meisten Linken davon nicht überzeugt. Fraglich ist, ob nach Einführung des BGE das Volkseinkommen solche Höhen überhaupt noch erreichte. Zahlte man ein BGE in existenzsichernder Höhe unterschiedslos an jeden Menschen aus, würden die Unternehmen nur zu gerne versuchen, es auf die Löhne anzurechnen. Heraus käme ein Kombilohn. Kombilöhne bedeuten aber eine Umverteilung von den Steuerzahlenden zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Die daraus folgende Senkung der Massennachfrage würde aber das Volkseinkommen senken.

Das Bekenntnis zum BGE führt in Illusionen und sektiererische Isolation.

Bisweilen führen Unterstützerinnen und Unterstützer des BGE Umfragen an, wonach eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger das bedingungslose Grundeinkommen unterstützt. Diese Ergebnisse beruhen bestenfalls auf einem Missverständnis: Viele Befragte, die das BGE bejahen, haben dabei tatsächlich etwas vor Augen, was unserer geltenden Forderung nach einer sozialen sanktionsfreien Mindestsicherung sehr nahe kommt.

Kein einziger Sozialverband, keine einzige Gewerkschaft und keine einzige maßgebliche Bündnisorganisation der LINKEN verfielt dem BGE. Würde sich DIE LINKE zum BGE bekennen, stellte sie sich selbst ein Bein für die Zusammenarbeit mit diesen wichtigen Akteurinnen und

Akteuren, die wir so dringend brauchen, um mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen.

Die Forderung nach dem BGE ist blind für gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse, Vorurteile und komplexere Probleme.

Der politische und mediale Sturm der Verdächtigungen, falschen Nachreden und des geschürten Sozialneids unter wenig Bevorteilten bei der Einführung und (immer noch unzureichenden!) Erhöhung des Bürgergelds muss allen eine Warnung sein: Vorurteile gegen Erwerbslose fallen in unserer Gesellschaft nach wie vor auf fruchtbaren Boden. In einer Konstellation, in der in vielen Bereiche Fachkräfte fehlen, fällt Wirtschaftsliberalen und Konservativen die Agitation gegen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, noch leichter. Nach und neben aller genannten inhaltlichen Probleme, die bereits für sich betrachtet hinreichend eine Absage begründen, bedeutet es eine völlige Verkennung des Massenbewusstseins, des Gerechtigkeitsempfindens und unserer eigenen Möglichkeiten, sich zum BGE zu bekennen und diese Forderung in den Vordergrund zu stellen.

Antrag P04: Unterzeichnen der Absichtserklärung von Widersetzen

Antragsteller*in: Jason Osterhagen (Nordrhein-Westfalen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Unterzeichnen der Absichtserklärung von Widersetzen**
- 2 In Zeiten, in denen rechtsextreme Ideologien und rassistische Tendenzen in unserer
- 3 Gesellschaft wieder an Boden gewinnen, sehen wir uns als Partei DIE LINKE in einer
- 4 besonderen Verantwortung. Die AfD hat sich längst zu einer Partei entwickelt, die
- 5 durch ihre rechtsextreme, menschenverachtende und spalterische Politik demokratische
- 6 Grundwerte in Frage stellt und das gesellschaftliche Klima vergiftet. Vor diesem
- 7 Hintergrund ist es unsere Pflicht, entschlossen gegen diese Entwicklungen vorzugehen
- 8 und öffentlich Stellung zu beziehen.
- 9 Mit diesem Antrag bekräftigen wir unser Engagement, der AfD keinen öffentlichen Raum
- 10 zu überlassen, um ihre gefährliche Ideologie weiter zu verbreiten. Gemeinsam mit
- 11 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und progressiven Kräften vor Ort werden wir
- 12 Strategien entwickeln und Aktionen unterstützen, die darauf abzielen, die
- 13 Durchführung von Parteitag der AfD zu verhindern und deren Einfluss
- 14 zurückzudrängen. Lasst uns als Partei geschlossen auftreten und zeigen, dass wir
- 15 bereit sind, für eine solidarische, gerechte und demokratische Gesellschaft zu
- 16 kämpfen, in der Rassismus, Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze keinen Platz haben.
- 17 Die Partei DIE LINKE verpflichtet sich nachdrücklich, die beiliegende
- 18 Absichtserklärung zu unterzeichnen und aktiv zu unterstützen. In einer Zeit, in der
- 19 rechtsextreme, rassistische und menschenverachtende Ideologien immer stärker an
- 20 Einfluss gewinnen, ist es unsere gemeinsame Verantwortung als Partei, entschlossen
- 21 dagegen vorzugehen. Die AfD darf keinen öffentlichen Raum erhalten, um ihre
- 22 gefährliche Politik der Ausgrenzung und Spaltung weiter zu verbreiten.
- 23 Dies ist nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Aufgabe, der wir uns
- 24 mit aller Kraft widmen müssen.
- 25 Unsere Partei steht in der Tradition des antifaschistischen Widerstands und tritt
- 26 konsequent für eine solidarische, gerechte und inklusive Gesellschaft ein. Daher
- 27 sehen wir es als unsere Pflicht an, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen
- 28 Akteur*innen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen progressiven Kräften

29 vor Ort gegen die AfD zu mobilisieren. Es geht dabei nicht nur darum, symbolisch
30 Flagge zu zeigen, sondern durch konkrete Aktionen und nachhaltige Strategien die
31 demokratische Kultur zu verteidigen und dem Hass und der Hetze der AfD entschieden
32 entgegenzutreten.

33 Wir werden alle notwendigen politischen und organisatorischen Mittel nutzen, um die
34 Durchführung der nächsten Parteitage der AfD zu verhindern. Dies umfasst sowohl
35 Organisatorische Schritte, als auch die aktive Beteiligung an Protesten und
36 Demonstrationen. Wir müssen zeigen, dass es keinen Platz für Rechtsextremismus in
37 unseren Städten und Gemeinden gibt.

38 Unser Ziel ist es, der AfD die Bühne zu entziehen, auf der sie ihre
39 menschenverachtenden Inhalte verbreiten will, und zugleich eine solidarische und
40 demokratische Gegenöffentlichkeit zu stärken. Nur durch den Schulterschluss aller
41 demokratischen Kräfte können wir den Vormarsch der Rechten stoppen. DIE LINKE wird
42 daher nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch im alltäglichen Engagement gegen
43 die AfD kämpfen und solidarisch an der Seite all jener stehen, die sich für eine
44 offene und gerechte Gesellschaft einsetzen.

Anhänge

- [Absichtserklärung.pdf](https://linke.openslides.com/system/media/get/446): <https://linke.openslides.com/system/media/get/446>

Antrag P05: Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann

Antragsteller*in:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann**

2 DIE LINKE bekennt sich vorbehaltlos zu ihren friedenspolitischen Positionen im
3 Erfurter Programm. *„DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für
4 Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten.
5 Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch,
6 Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab.
7 Neben der Kritik an Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es
8 uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen.“*

9 Zugleich verdeutlichen wir offensiv die Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitung und
10 wachsenden sozialen Verwerfungen. Das längst überfällige Ende der Schuldenbremse kann
11 und muss finanziellen und politischen Spielraum schaffen – allerdings nicht, um
12 Aufrüstung und Blutvergießen zu fördern oder vorzubereiten. Aus diesem Grunde lehnt
13 DIE LINKE auch das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab, das in der so
14 genannten Katastrophenmedizin die militärische Logik vor die medizinische Ethik
15 stellt. Es birgt die Gefahr, dass sich hier eine Triage durchsetzt, die das
16 Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. Die zu erkämpfenden politischen Spielräume
17 sind vielmehr zu nutzen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Inklusion
18 zu fördern. Die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft stellt die Inklusion
19 jedoch grundsätzlich in Frage und beschneidet Teilhabemöglichkeiten. Auch deshalb
20 tritt DIE LINKE entschieden für die friedliche Beilegung von Konflikten ein.

Begründung

DIE LINKE steht in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Es ist daher geboten, Erfahrungen und Lehren aus ihrer Geschichte zu beachten. Wenn wir heute Fragen von Krieg und Frieden diskutieren, sind wir gut beraten, zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Genossinnen und Genossen bereits vor mehr als hundert Jahren und später Fragen debattierten. So etwa im Jahre 1912. Angesichts eines Krieges auf dem Balkan rief die II. Internationale zu einem großen Sozialistenkongress nach Basel, der als Friedenskongress in die Geschichte einging. Am Ende der Basler Konferenz standen sehr klare Vereinbarungen zwischen den vertretenen sozialistischen Parteien aus 23 Ländern zur Verhinderung und Bekämpfung von Kriegen. Entsprechend konstatierte das Manifest des Basler Friedenskongresses den Friedenswillen der arbeitenden Bevölkerung und hielt fest: „Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.“ Ein Blick auf die Entwicklung der Gewinne von Rheinmetall oder Heckler & Koch zeigt, wie aktuell eine solche Positionierung auch heute noch ist.

Gegen die Politik der Herrschenden, die den Krieg immer mehr normalisieren, muss DIE LINKE eine Praxis setzen, die das friedliche Zusammenleben aller Menschen ermöglicht. Dazu muss sie für internationale Beziehungen eintreten, in denen der Krieg geächtet ist und in keinem Fall als Mittel der Politik gilt. Zu diesem Zweck muss sie für eine Konfliktbearbeitung eintreten, die die Interessen und Sorgen der arbeitenden Klasse aller am Konflikt beteiligten Länder und die jeweilige Genese der Konflikte beachtet. Wirklicher Frieden ist nur auf der Grundlage wirklicher Verständigung zu erreichen. Auf diesem Weg kann das Übel des Krieges beseitigt werden!

Ganz ähnliche Prinzipien gilt es im Inneren dieses Landes durchzusetzen. Auch hier steht DIE LINKE in der Pflicht, für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, in der kein Mensch Ausgrenzung erfährt und in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Auf diese Weise beschreiben wir eine inklusive Gesellschaft, die aber nicht umgesetzt sein wird in einer Welt, die von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt ist. Mehr noch: Nicht nur, dass der Kapitalismus – wie es der französische Sozialist Jean Jaurés formuliert hat – den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen, stehen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Realisierung einer solchen Gesellschaft im Weg. Der Kapitalismus kann nicht existieren, ohne Menschen in Wert zu setzen und sie entsprechend ihrer Fähigkeit, Profit zu erarbeiten, zu bewerten. Durch dieses Raster fallen notwendigerweise immer wieder Menschen hindurch, die dem angeblichen Mindestmaß an wirtschaftlicher Verwertbarkeit nicht genügen. Auf dieser Grundlage ist eine inklusive und solidarische Gesellschaft ~~daher~~ nicht umzusetzen. Auch darum ist es notwendig, dass DIE LINKE an ihrer sozialistischen Zielsetzung festhält.

Eine LINKE, die in der Lage sein soll, wirksame Antworten auf die Herausforderungen der aktuellen Zeitläufe zu geben, darf ihre programmatischen Positionen nicht aufweichen. Sie muss auf die Durchsetzung friedlicher Konfliktbeilegung drängen und mit dafür sorgen, dass die Mittel, die Rüstung und Krieg verschlingen, für ein würdevolles Leben für alle Menschen, für Inklusion und Teilhabe verwendet werden.

Antrag P06: Einrichtung einer Zuständigkeit Gewerkschaftspolitik

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Einrichtung einer Zuständigkeit Gewerkschaftspolitik**

2 Die Delegierten des Bundesparteitages beschließen die Einrichtung einer Zuständigkeit
3 „Gewerkschaftspolitik“. Diese sollte abteilungsübergreifend angesiedelt werden. Die
4 Stelle soll neben der Bündelung der gewerkschaftspolitischen Arbeit im Haus die
5 Auswirkungen politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Entwicklungen auf die
6 Arbeits- und Lebenssituation der abhängig Beschäftigten sowie auf das
7 Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit regelmäßig zu verfolgen, analysieren und den
8 Gremien der Partei als politische Einschätzung vorlegen. Auch die Vorbereitung der
9 Sitzungen des Gewerkschaftsrates, die Organisation eines jährlichen
10 gewerkschaftspolitischen Ratschlages sowie die Vorbereitung des Gewerkschaftsdialoges
11 zwischen Parteiführung und Gewerkschaftsspitze sollten von dieser Person vorbereitet
12 werden.

Begründung

Seit 2009 zeigen Wahlen, dass die Zustimmung unter abhängig Beschäftigten für die Partei Die Linke kontinuierlich abnehmen. Die Linke ist unter Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen inzwischen Schlusslicht. Eher wählen sie FDP oder AfD, als der Linken ihre Stimme zu geben.

Eine Zuständigkeit „Gewerkschaftspolitik“ wird dazu beitragen, den Themen der Welt der Arbeit einen höheren Stellenwert zu geben und dadurch die Grundlage zu verbessern, auf der Die Linke Arbeitswelthemen behandelt. Sie kann insbesondere für die Umsetzung des PV-Beschlusses zur Einrichtung eines Gewerkschaftsrates, zur Durchführung eines Gewerkschaftsratschlages und zum Führen eines Gewerkschaftsdialoges hilfreich sein.

Antrag P07: Die Zeitenwende zum Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen bis zur Bundestagswahl machen

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Zeitenwende zum Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen bis zur 2 Bundestagswahl machen

3 Die Delegierten des Bundesparteitages beschließen, die Auseinandersetzung mit der
4 sogenannten „Zeitenwende“ - den Aufrüstungs- und Kriegskurs, den damit im
5 Zusammenhang stehenden Sozialabbau, die Einschränkung demokratischer Rechte sowie
6 die
7 im Kontext der Militarisierung stehende Beschleunigung des Klimawandels - ab sofort
8 zu einem zentralen politischen Schwerpunkt der Partei mindestens bis zur
9 Bundestagswahl zu machen.

Begründung

Die Linke steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Es kann ihr deshalb nicht egal sein, dass die Frage von Krieg und Frieden immer mehr zur Klassenfrage wird. Der Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist auf mindestens sechs Ebenen ein Generalangriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Familien. Warum? Weil erstens die Tarifpolitik durch den Krieg in der Ukraine vor besondere Herausforderungen gestellt wird. Bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges hat sich gezeigt, dass der inflationsbedingte Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war. Der Anstieg der Löhne ist 2022 nahezu unverändert geblieben, der Anstieg der Preise aber hat sich vervielfacht.

Zweitens: Geht die Aufrüstung derart unvermittelt weiter, wird die Umverteilung von unten nach oben weiter voranschreiten und die Armut sehr wahrscheinlich zunehmen. Im Zuge der Haushaltsberatungen bereitet die Bundesregierung Sozialkürzungen vor. In internen Gesprächen soll Christian Lindner bereits die notwendigen „Brutalitäten in den Sozialsystemen“ eingefordert haben. Die Diskussionen über Bürgergeld, Kindergrundsicherung oder Rente waren erst der Anfang - mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir weitere Einschnitte zu erwarten haben. Dass dabei selbst vor der Nutzung des Goebbels-Zitates - „Kanonen statt Butter“ - nicht zurückgeschreckt wird, also ein ehemals hochrangiger Nationalsozialist als Referenz herangezogen wird, um Sozialkürzungen zu rechtfertigen, ist eine neue Qualität, die mit Nachdruck zurückgewiesen werden muss.

Drittens: Aufrüstung und Krieg werden die ökologische Zerstörung beschleunigen. Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz von Militärflugzeugen, Panzern, Kampffjets oder Militärschiffen werden enorme CO₂-Emissionen freigesetzt. Allein der F-35-Kampffjet stößt pro Stunde mehr CO₂ aus, als ein Deutscher im Jahr verursacht. Mit jedem Euro, den die Bundesregierung für die Aufrüstung der Bundeswehr genehmigt, treibt sie die negative Klimabilanz in die Höhe.

Viertens: Die IG Metall fordert in den nächsten zehn Jahren insgesamt 600 Milliarden Euro für die Gestaltung der Transformation, für Klimaschutzanpassungen und den Aufbau der Infrastruktur. Die Bundesregierung aber dreht gerade jeden Stein im Haushalt zweimal um, um weitere Millionen in die Rüstung zu stecken. Wo also soll das Geld für den ökologischen Industrieumbau herkommen? Gleiches gilt für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur - es ist zu befürchten, dass der Teil der Infrastruktur, der für die militaristische Zeitenwende notwendig ist, wie Straßen, Brücken und Lazarette, ausgebaut werden wird, während der Teil weiter verfallen wird, der für die Zivilgesellschaft zentral ist wie Schulen, Kindergärten und öffentliche Krankenhäuser.

Fünftens: Der Aufrüstungskurs führt zu einer Einschränkung der Demokratie. Schon jetzt wird deutlich, dass die Unterordnung aller gesellschaftlichen Sphären unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung den öffentlichen Meinungskorridor verengt. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, die Gewerkschaften könnten in den Betrieben die Mitbestimmung ausweiten, während die Gesellschaft immer autoritärer wird. Hinzu kommt, dass sich schon jetzt abzeichnet, dass das Bündnis von Regierung und Industrie einen Angriff auf demokratische Grundrechte nach sich ziehen könnte. Der Chef des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, forderte bereits „eine Kriegswirtschaft“, Notstands-Paragrafen und den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren. Dass eine Unterordnung weiter Teile der Gesellschaft unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung - und nichts anderes meint Kriegswirtschaft - auch zu einer Unterdrückung von Tarifverhandlungen und Streikrecht führen kann, machte Verkehrsminister Volker Wissing deutlich, als er erklärte, dass im Kontext des Ukraine-Krieges der Streik bei der Deutschen Bahn nicht zum Sicherheitsrisiko werden dürfe. Warnung sollte aber vor allem der Blick in die Geschichte sein: Während die Gewerkschaften unter Hitler zerschlagen wurden, entwickelten sich die Rüstungsunternehmen zu nationalsozialistischen Musterbetrieben. Historisch sticht die Rüstungsindustrie durch ihre besondere Kooperationsbereitschaft mit dem deutschen Faschismus und eine eifrige Bereitschaft, an Tod und Zerstörung verdienen zu wollen, hervor.

Und sechstens: Mit all dem schwächt der Aufrüstungskurs der Bundesregierung die Gewerkschaften. Die Konzertierte Aktion war der offensichtlichste Versuch, diese bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu disziplinieren. Aber auch darüber hinaus ist klar: In einer gesellschaftlichen Atmosphäre von Sozialabbau, Inflation, wachsender Verunsicherung und Rechtsruck werden nicht die Forderungen der Gewerkschaften, sondern die der Arbeitgeber Auftrieb bekommen, was die Kampfkraft der Gewerkschaften untergraben wird.

Antrag P08: Solifonds - Wir sind anders

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Solifonds - Wir sind anders

2 Der Parteivorstand wird beauftragt, ein tragfähiges Konzept für einen linken Soli-
3 Fonds auszuarbeiten. Die Mandatsträger*innen der Partei Die Linke werden gebeten,
4 einen Teil ihrer Entschädigung/ihrer Entgelts* zur Etablierung eines linken Soli-
5 Fonds zu nutzen.

6 Zur Erarbeitung des Konzepts gibt der Parteitag dem Parteivorstand folgende Eckpunkte
7 auf den Weg:

8 1. Der Soli-Fonds soll Sozialberatungen von „Die Linke hilft“ ermöglichen, in
9 finanziellen Notlagen Betroffenen direkt zu helfen. Die Vergabe kann dezentral
10 passieren. Der Parteivorstand soll jedoch auch die Etablierung eines gemeinnützigen
11 Vereins prüfen.

12 2. Die Vergabekriterien und -verfahren sind vorzugeben und sollen schnelle und
13 unbürokratische Hilfen ermöglichen und Missbrauch vorbeugen. Kriterien und Verfahren
14 sollen in Zusammenarbeit mit der BAG Die Linke hilft erarbeitet werden, um
15 größtmögliche Rechtssicherheit und Praxisnähe zu gewährleisten.

16 3. Das Finanzierungskonzept des Soli-Fonds wird zusammen mit der BAG „Die Linke
17 hilft“ entwickelt.

Begründung

Bereits seit vielen Jahren wird auf allen Ebenen der Partei direkte Unterstützung für Menschen in Notlagen angeboten, von Ehrenamtlichen bis Bundestagsabgeordneten. In diversen Sprechstunden und mit verschiedenen Beratungsangeboten steht die „Die Linke hilft“ den Menschen bei ihren Alltagsproblemen zur Seite - und erfährt so ganz direkt, wo der Schuh drückt. Diese wichtige Arbeit wollen wir jetzt weiter ausbauen und um eine direkte finanzielle Unterstützung in den Sprechstunden erweitern. Das tun wir nicht mehr nur über Spenden an Dritte, sondern in dem wir ganz direkt und unbürokratisch denjenigen helfen, die es am Nötigsten haben. Wir machen Politik nicht, um uns zu bereichern, sondern um Menschen zu ermächtigen.

Damit grenzen wir uns auch bewusst und sichtbar von der abgehobenen Politik der etablierten Parteien ab. Die anderen schauen von oben auf die Bevölkerung herab, wir sind nah dran, helfen direkt und unbürokratisch und wissen, was die Menschen wirklich bewegt. Wir müssen niemanden auf große Versprechen nach der nächsten Wahl vertrösten, sondern können im Hier und Jetzt einen spürbaren Unterschied machen.

All das ist ein Alleinstellungsmerkmal für Die Linke. Wir sagen nicht nur, dass wir anders sind: Wir zeigen es. Durch den direkten Austausch mit Abgeordneten und die konkrete Hilfe auf Augenhöhe machen insbesondere Nichtwähler*innen, Ausgegrenzte und Enttäuschte damit zum ersten Mal überhaupt die Erfahrung, dass jemand "aus der Politik" für sie erreichbar ist und sie und ihre Probleme ernst nimmt. Davon profitieren wir nicht zuletzt selbst: Wir wissen besser als die anderen Parteien Bescheid, was den Alltag der Menschen bestimmt, für und mit denen wir Politik machen.

Mit all dem bauen wir nachhaltige Glaubwürdigkeit und Vertrauen auf und etablieren Die Linke weiter als die einzige Partei, die konsequent auf der Seite der Lohnabhängigen Klasse steht. Wir reden nicht nur über eine menschlichere Gesellschaft, wir praktizieren sie.

*Bundestagsabgeordnete erhielten 2023 10.591,70 Euro, die mit Abgaben vergleichbar bei Selbstständigen verbunden sind. Außerdem erhalten Abgeordnete eine Aufwandspauschale, die gegenwärtig bei knapp über 5000 Euro liegt. Hiervon sollen Fahrtkosten bezahlt werden, die nicht anders (Netzcourt DB/innerdeutsche Flüge/Fahrten innerhalb Berlins) abgegolten sind, sowie die Zweitwohnung in Berlin, außerdem Büromieten in den Wahlkreisen.

Bislang existieren verpflichtende Abgaben in Höhe von 15 % der Entschädigung sowie die Mitgliedsbeiträge, die bei 4 % des Nettoeinkommens liegen. Einige Landesverbände fordern außerdem zu weiteren Spenden auf. Weiter zu berücksichtigen sind nicht verpflichtende, jedoch gebotene Abgaben für Fraktionsvereine. Natürlich sind viele Abgeordnete Mitglied in diversen Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen im Wahlkreis etc.

Antrag P09: Für weniger verlorene Stimmen sorgen - Wahlgesetzgebung aktiv im Bundestag mitgestalten

Antragsteller*in: Stadtteilgruppe (OV) Barmbek, Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Für weniger verlorene Stimmen sorgen - Wahlgesetzgebung aktiv im Bundestag**
- 2 **mitgestalten**
- 3 Wir fordern den amtierenden Bundesvorstand und unsere Bundestagsgruppe bzw. deren
- 4 Nachfolger in 2025 auf, die für die nächste Legislaturperiode anstehende
- 5 Wahlrechtsreform vor dem Hintergrund des BVerfG- Gerichtsurteil vom Juli 2024 soweit
- 6 möglich aktiv mit zu betreiben.
- 7 Dabei soll sich eingesetzt werden für eine Senkung der sog. Sperrklausel von unter
- 8 5%.

Begründung

Eine geringere als die 5%- Hürde würde eine sinnvolle Neuerung sein für die sich in einer pluralen Gesellschaft leider weiter aufspaltende Wählerpräferenz. Mehr Listen, die bundesweit bisher unter der gesetzlich festgelegten Sperrklausel Stimmen erhalten, würde so eine Repräsentanz im Bundestag ermöglicht. Das wird nicht nur einer, sondern vielen Parteien nutzen und die Zahl der Abstimmenden erhöhen, die sich im Bundestag repräsentiert fühlen können, weniger Stimmen am Wahltag einfach wegfallen.

Dem BVerfG ist wohl aufgefallen, dass die sog. Ampel in ihrem entgegen hergebrachten Gewohnheiten mit ihrer Mehrheit im Bundestag erstandenen Wahlgesetz vom Juni 2023 gleich mal potentielle Mitbewerber zukünftig auszuschließen versuchte. Diese Regelung wurde gekippt, wofür u.a. unseren Prozessvertretern der Dank der Partei gebührt.

Solange eine Senkung der sog. Sperrklausel von unter 5% vom Bundestag nicht geregelt wird, bleibt die Mindestregelung von drei Direktmandaten, die auch Listen, die bundesweit unter der gesetzlich festgelegten Sperrklausel Stimmen erhalten, eine Repräsentanz in Stärke ihres „Zweitstimmenergebnisses“ im Bundestag ermöglichen, erhalten.

Hätte das BVerfG nicht eingegriffen, wäre das Ergebnis gewesen, das von den überhaupt abgegebenen Stimmen voraussichtlich ca. 1/5 nicht im Parlament repräsentiert wären, noch mehr Entfremdung zwischen Wählern und ihren Repräsentanten. Lt. unserem ex.-Parl. Gf, Jan Korte, wären mit der Regelung bei der BTW 2021 rund neun Mio. abgegebene Stimmen „verloren“ gewesen.

Ein Wahlrecht muss eine breite Zustimmung im Parlament erhalten und ist nichts für ein Durchziehen einer in der Legislaturperiode grad mal eine mehr oder minder breite Mehrheit

habenden Koalition.

Antrag P10: Solidarität mit Menschen in der Prostitution

Antragsteller*in:

KV Köln

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit Menschen in der Prostitution**

2 Die Linke stellt fest, dass Prostitution ein Ausdruck patriarchalischer,
3 kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse ist.

4 Prostitution ist nicht kompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter, mit der
5 Dekommodifizierung* der Sexualität, mit einem gewaltfreien Leben für alle und mit
6 echter sexueller Befreiung. Die Linke strebt langfristig die Überwindung der
7 Prostitution an, um der Ausbeutung von Menschen in prekären Lebensumständen entgegen
8 zu steuern.“

9 Kurzfristig fordert die Linke folgende Maßnahmen:

- 10 • Vollständige Entkriminalisierung aller Menschen in der Prostitution; Abschaffung
11 der Anmeldepflicht und aller Bußgeldregelungen (bspw. im Zusammenhang mit
12 Sperrgebieten)
- 13 • Deutlich bessere Finanzierung für reelle Ausstiegshilfen, die den Übergang in
14 ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- 15 • Aufenthaltserlaubnis für alle Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei,
16 unabhängig von der Bereitschaft auszusagen
- 17 • Keine Steuerpflicht und kommunale Sexsteuern für Menschen in der Prostitution;
18 Staat und Kommunen dürfen nicht länger an der Prostitution mitverdienen
- 19 • Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz, Arbeitsagentur, Fachkräfte in der
20 Sozialarbeit usw. mit dem Ziel für die Traumata und Bedürfnisse von Menschen in
21 der Prostitution zu sensibilisieren
- 22 • Aufklärungskampagnen in Schulen und in der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, dass
23 junge Männer nicht zu Freiern werden

24 Darüber hinaus wird die Linke eine interne Diskussion darüber in Gang setzen, ob
25 Profit an der Prostitution anderer (bspw. durch Bordellbetrieb) und Sexkauf als
26 gewaltförmiges Handeln einzustufen und deshalb ggf. zu verbieten sind oder ob auch
27 andere Möglichkeiten in Betracht kommen. Der BPT fordert den Parteivorstand auf, eine
28 Veranstaltungsreihe zu diesen Fragen zu organisieren.

Begründung

In ganz Europa gibt es einen Trend dahin, Prostitution als Gewalt gegen Frauen (und andere) und als inkompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter aufzufassen. Einige Länder haben ihre Prostitutionsgesetzgebung bereits umfassend verändert. In vielen anderen Ländern werden entsprechende Änderungen diskutiert. Unsere Schwesternparteien in Europa fassen Prostitution in ihrer großen Mehrheit als patriarchale Gewalt auf und haben entsprechende Gesetzesänderungen häufig mit erkämpft.

In der Linken ist das Thema seit Jahren umstritten. Im Europawahlprogramm der Linken findet sich ein Passus wonach die Linke gegen die "Kriminalisierung der Kund*innen" der Prostitution sei. Dieser Passus wurde weder auf einem Parteitag noch im Parteivorstand diskutiert oder abgestimmt, sondern gelangte durch die Übernahme eines Antrages der AG Queer ins

Programm.

Für die Linke ist es nicht vorteilhaft, von außen als Partei wahrgenommen zu werden, die die Interessen von Sexkäufern und Bordellbetreibern vertritt. Wir sind die Partei der Unterdrückten, nicht die Partei der Unterdrücker. Es ist an der Zeit, dass wir uns dazu prinzipiell äußern. Wir sollten umstrittene Fragen der Prostitutionspolitik weiter diskutieren.

Die hier geforderten Maßnahmen werden aber hoffentlich in weiten Teilen der Partei Unterstützung finden. Dies kann gleichzeitig einen konstruktiven Beitrag zur deutschen Prostitutionsdebatte darstellen.

*Dekommodifizierung: ein soziales Phänomen nicht länger als Handelsware behandeln / das Gegenteil von Kommodifizierung = zur Ware machen. Sexualität sollte keine Ware sein.

Antrag P11: Die nächsten Aufgaben für die Partei DIE LINKE.

Antragsteller*in: SV Gera, Marcus Otto, Judith Dellheim und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die nächsten Aufgaben für die Partei DIE LINKE.

1. Die Mitglieder der Partei, die Basis- und Ortsgruppen, die Kreis- und Landesverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse der Partei werden aufgerufen:

- Eine auf Erhöhung der politischen Wirksamkeit der Partei orientierte Debatte zur offensiven Auseinandersetzung mit Faschismus bzw. Rechtsextremismus, insbesondere mit der AfD, zu führen und die Schlussfolgerungen den Landesvorständen und dem Parteivorstand zu übergeben;
- eine gründliche Debatte zum Parteiprogramm zu führen und die auftretenden Fragen, Kritiken und Vorschläge zur Fortschreibung den Landesvorständen und dem Parteivorstand zu übergeben;
- Zu einer gründlichen Auswertung der Wahlkämpfe und -ergebnisse der Europa- und Bundestagswahlen seit 2018 durch die Bundespartei beizutragen;
- An einer umfassenden Analyse zum Zustand der Partei und ihrer Geschichte seit Beginn der LINKEn. mitzuwirken;
- Aktivitäten anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus unter besonderer Würdigung der Rolle der UdSSR zu initiieren und zu unterstützen; dabei unmissverständlich klarzustellen, dass DIE LINKE. auch angesichts des Geschichtsrevisionismus in der Gesellschaft ihre Verurteilung des Krieges gegen die Ukraine und der Politik von Aufrüstung und Expansion militärischer Blockbildung in keiner Weise relativiert.

2. Der Parteivorstand wird beauftragt,

- zu a) und e) der Partei inhaltliche Orientierungen vorzulegen und zu klären, wie die Diskussionen und Aktivitäten der Partei ihr Profil als aufklärerische antifaschistische Kraft stärken und ihre Politikwirksamkeit erhöhen können;
- zu b): an der Debatte aktiv teilzunehmen, ihren Verlauf und ihre Zwischenergebnisse öffentlich zu dokumentieren und der nächsten Tagung des Parteitages Schlussfolgerungen zur programmatischen Arbeit zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen;
- zu c) und d): der Partei Schwerpunkte und Fragen für die Debatte vorzulegen,

- 31 ihren Verlauf und ihre Zwischenergebnisse öffentlich zu dokumentieren und der
32 nächsten Tagung des Parteitages Schlussfolgerungen zur Parteientwicklung zur
33 Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen;
- 34 • eine Diskussion des Statuts der Partei einzuleiten, um die innerparteiliche
35 Demokratie zu stärken (im Kontext mit d).

Begründung

Spätestens die Wahlergebnisse 2024 haben deutlich gemacht, dass die Partei gesellschaftspolitisch fast jeden Einfluss verloren hat. Eine starke sozialistische Partei in Deutschland, dem bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten EU-Mitgliedsland, ist ein gesellschaftspolitisches und internationalistisches Erfordernis.

Die im Antrag formulierten Aufgaben sind dringlich, damit DIE LINKE. mit klarem politischem Profil erstarkt, sich in jenen Teilen der Gesellschaft verankert, die wollen, dass jeder Mensch selbstbestimmt in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur leben kann.

Antrag P12: Die LINKE retten mit einem radikalen Kurswechsel zu einer klassenkämpferischen und offensiv sozialistischen Partei

Antragsteller*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Linke retten mit einem radikalen Kurswechsel zu einer klassenkämpferischen und** 2 **offensiv sozialistischen Partei**

3 Die Ergebnisse der Europa- und Kommunal- und Landtagswahlen in 2024 sind eine schwere
4 Niederlage für die Partei DIE LINKE und Ausdruck der fortgesetzten Krise. Ein „Weiter
5 So“ darf es nicht geben. Gerade angesichts der multiplen Krisen des Kapitalismus, der
6 Klimakatastrophe, von Kriegen und Militarisierung, Sozialabbau, Lohnraub,
7 Arbeitsplatzvernichtung, Abbau demokratischer Rechte, Rassismus, Rechtsextremismus,
8 Sexismus, Homo- und Transphobie ist eine starke kämpferische linke Partei dringend
9 notwendig, um den verschärften Klassenkampf von oben mit Klassenkampf von unten zu
10 beantworten.

11 Bei der Bundestagswahl 2025 - bzw. im Falle vorgezogene Neuwahlen schon früher -
12 droht der Verlust der Bundestagsgruppe. Dies wird zu Demoralisierung in den eigenen
13 Reihen und unter linken Aktivist*innen und Wähler*innen der LINKEN führen, die
14 materiellen Ressourcen der Partei verringern und weitere Hindernisse für die
15 bürgerlichen Parteien und die AfD aus dem Weg räumen.

16 Dies kann nur verhindert werden, wenn aus den Wahlniederlagen sofort Konsequenzen
17 gezogen werden. Diese Konsequenzen müssen sein

18 1. Offensives Vertreten einer Antikriegsposition in Bezug auf den Ukraine- und
19 Nahostkrieg: Stop von Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel. Schluss mit der
20 Repression gegenüber pro-palästinensischen Demonstrationen und Veranstaltungen und
21 dem Vorwurf des Antisemitismus bei Kritik der ultrarechten Netanjahu-Regierung und
22 dem von ihr betriebenen Völkermord an den Palästinenser*innen. Die LINKE fordert
23 einen sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus Gaza und einen Stop der Besetzung
24 des Westjordanlandes und ein Ende des Baus und Ausbaus von Siedlungen. Wir sprechen
25 uns für die nationalen und demokratischen Recht aller Bevölkerungsgruppen im Nahen
26 Osten und unterstützen den Kampf der Palästinenser*innen für ihre Befreiung und die

27 linke Opposition in Israel gegen die Netanjahu-Regierung.

28 2. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass die Demonstrationen der letzten Monate
29 gegen AfD und Rechtsextremismus und auch die Skandale der AfD nicht dazu geführt
30 haben, dass die AfD bei den Wahlen verliert. Es war auch falsch anzunehmen, dass das
31 BSW hauptsächlich der AfD Stimmen wegnimmt. Viel mehr Stimmen kamen von der Linken.
32 Wir vertreten die Position, dass man Rassismus, Rechtspopulismus und
33 Rechtsextremismus stoppen muss, indem man die Ursache ihres Erstarkens bekämpft. Das
34 ist das auf Ausbeutung und Diskriminierung basierende kapitalistische System und die
35 prokapitalistische Politik der regierenden Ampel-Parteien und der CDU/CSU. Dem muss
36 der gemeinsame Kampf von deutschen und nicht-deutschen Lohnabhängigen und sozial
37 Benachteiligten gegen die Konzerne und gegen die herrschende Politik für ihre
38 gemeinsamen Interessen für gute Löhne, einen Mindestlohn von 15 Euro, günstigen
39 Wohnraum, Erhalt aller Krankenhäuser, Investitionen in soziale Infrastruktur etc.
40 entgegengesetzt werden.

41 3. Immer wieder hat DIE LINKE nach Regierungsbeteiligungen massiv Stimmen verloren.
42 Das wurde oft damit entschuldigt, dass DIE LINKE als Juniorpartnerin der Regierung
43 nicht ihren Stempel aufdrücken konnte. In Thüringen stellt DIE LINKE den
44 Ministerpräsidenten und die Stimmenverluste bei der Landtagswahl sind dramatisch. Es
45 bestätigt sich, dass eine Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien die
46 AfD stärkt. Es gibt für linke Politik keine Durchsetzungsstrategie über
47 Regierungsbeteiligung mitbürgerlichen Parteien. Deshalb muss DIE LINKE solche
48 Koalitionen ausschließen und darf Koalitionsregierungen dieser Parteien auch nicht
49 tolerieren und/oder ihren Haushalten zustimmen. Nur Einzelmaßnahmen und Gesetzen, die
50 eine Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung sind, darf DIE LINKE zustimmen.

51 4. DIE LINKE erklärt offensiv, dass Kriege, Klimakatastrophe, Ausbeutung,
52 Militarisierung, Rassismus, Diskriminierung, Sozialkürzungen, Inflation,
53 Arbeitsplatzvernichtung ihre Ursache im Kapitalismus haben und leitet daraus ab, dass
54 der Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem weitergehenden Ziel
55 verbunden werden muss, die Macht der Banken und marktbeherrschenden Konzerne durch
56 deren Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle und Verwaltung zu
57 brechen und das kapitalistische Profitsystem durch eine sozialistische Demokratie zu
58 ersetzen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Linken Klassen- und
59 sozialistisches Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse und Jugend zu verankern.

60 5. In einer linken Partei müssen Meinungsverschiedenheiten und Streit ihren Platz
61 haben. Formelkompromisse mit Interpretationsspielräume müssen aufhören, weil sie
62 keine klare Positionierung ermöglichen, Parteifunktionär*innen unterschiedliche
63 Positionen nach außen vertreten und dann niemand mehr weiß wofür die Linke steht. Bei
64 unterschiedlichen Positionen muss es nach einer ausführlichen demokratischen Debatte
65 eine Mehrheitsentscheidung geben, die die Parteiführung dann nach außen tragen muss.
66 Selbstverständlich muss es möglich sein, dass durch weitere Diskussion und spätere
67 erneute Abstimmung Positionen geändert werden können. Weil der Beschluss gegen
68 Waffenlieferungen an die Ukraine nach dem Erfurter Parteitag von der Parteiführung
69 weder im Bundestag noch sonst in der Öffentlichkeit offensiv vertreten wurde und sich
70 führende Linke-Politiker*innen sogar für Waffenlieferungen an die Ukraine
71 ausgesprochen haben (darunter auch die Spitzenkandidatin Carola Rackete) konnten BSW
72 und AfD von der Linken auch wegen der Kriegsfrage Stimmen gewinnen.

73 6. DIE LINKE darf kein Platz für Karrieristen und abgehobene Politiker sein. Sie muss
74 dem Beispiel der KPÖ folgen und die Gehälter von Hauptamtlichen und die Diäten von
75 Abgeordneten auf einen Facharbeiter*innengehalt begrenzen bzw. die Abgeordneten
76 verpflichten alles was über dieses Gehalt hinaus geht an die Partei und/oder an
77 sozialen Bewegungen und für soziale Hilfen abführen.

Antrag P13: Facharbeiter:innenlohn für Abgeordnete und Hauptamtliche der Partei

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Facharbeiter:innenlohn für Abgeordnete und Hauptamtliche der Partei**
- 2 Die Gehälter von Abgeordneten und Hauptamtlichen von DIE LINKE werden auf ein
- 3 durchschnittliches Facharbeiter:innengehalt begrenzt.
- 4 Alle Genossinnen und Genossen, die für DIE LINKE für Parlamente kandidieren, müssen
- 5 sich verbindlich verpflichten, alles was über ein Facharbeitergehalt hinausgeht an
- 6 die Partei DIE LINKE und/oder an soziale Bewegungen und für soziale Hilfen
- 7 abzuführen.

Begründung

Um von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen als glaubwürdige Interessenvertreter:innen wahrgenommen zu werden, braucht es verbindliche Zusagen zukünftiger Kandidierender, sich dem parteiintern schon lange diskutierten Mandatsträger:innen-Abgaben zu verpflichten. DIE LINKE darf kein Platz für abgehobene Politiker:innen sein.

Für viele Menschen ist es kaum vorstellbar, dass Abgeordnete mit Diäten von weit über dem durchschnittlichen Einkommen und bis zu 11.227 Euro im Monat im Bundestag die Probleme der lohnabhängigen Menschen verstehen, geschweige denn lösen können. Die KPÖ begrenzt daher die Einkommen ihrer Mandatsträger:innen und Funktionäre auf das Niveau eines durchschnittlichen Facharbeitereinkommens. Faktisch spenden die Mandatsträger:innen der KPÖ ihre Einkommen die über diesen Betrag hinausgehen. In Deutschland entspräche das aktuell einem Bruttoeinkommen von ca. 4.000 Euro im Monat.

Die Begrenzung der Einkommen von Politiker:innen der KPÖ bringt ihnen Authentizität und Glaubwürdigkeit. Damit hat die Partei ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Wettbewerb.

Die Partei treibt damit ihre Verankerung in der Breite der Bevölkerung voran.

Die Linke sollte sich an diesem erfolgreichen Konzept ein Beispiel nehmen und als einzige Partei in Deutschland eine vergleichbarer Praxis etablieren. Die Entwicklung eines solchen Konzeptes obliegt dem Parteivorstand und muss auf dem Bundesparteitag beschlossen werden.

Antrag P14: Offensiver Wahlkampf auf der Grundlage des Parteiprogramms

Antragsteller*in:

KV Frankfurt (Oder)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Offensiver Wahlkampf auf der Grundlage des Parteiprogramms**
- 2 Eine wesentliche Ursache für den Vertrauensverlust besteht darin, dass die Partei im
- 3 Streben nach Regierungsverantwortung im Bund und in Koalition mit der SPD in Ländern,
- 4 so in Brandenburg, in zwei aufeinander folgenden Legislaturperioden programmatische
- 5 Ziele aufgegeben und damit Wähler enttäuscht hat.
- 6 Der Wiedereinzug einer linken Fraktion in den Bundestag 2025 erfordert, als Oppositionspartei

einen offensiven Wahlkampf auf der Grundlage des Parteiprogramms zu
7 führen.
8 Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz und den Parteivorstand sind
9 aufgefordert, in ihrer Bewerbungsrede vor den Delegierten zu erklären, ob das
10 Parteiprogramm Grundlage ihres politischen Handelns im Bundestagswahlkampf und nach
11 ihrer Wahl sein wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P15: Wir machen Politik anders! Durchschnittslohn für unsere Abgeordneten

Antragsteller*in: Antikapitalistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wir machen Politik anders! Durchschnittslohn für unsere Abgeordneten**
2 Die Abgeordneten der Linken im Deutschen Bundestag behalten von ihren
3 mandatsbedingten Einnahmen für ihren persönlichen Gebrauch nur den durchschnittlichen
4 (Median) Lohn von in Vollzeit in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer*innen. Über
5 die Verwendung der darüberhinausgehenden Einnahmen entscheidet die Partei. Ein Teil
6 der Gelder dient zur Einrichtung von Sozialfonds zur direkten Hilfe von Menschen in
7 sozialen bzw. finanziellen Notlagen.

Begründung

In der Tradition der Arbeiterbewegung wurden Mandate stets als kollektives Gut der Bewegung verstanden, nicht als Besitz einzelner Mandatsträger. Es ist bewährte Methode, auf einen Teil der Diäten zuzugreifen und im Sinne der Arbeiterbewegung zu verwenden.

Damit werden mehrere Ziele erfüllt. Eine Deckelung der Abgeordnetendiäten auf den deutschen Medianlohn würde das teils unwürdige Hauen und Stechen um sogenannte aussichtsreiche Listenplätze zumindest dämpfen. Alle unsere Abgeordneten wären dann über jeden Verdacht erhaben, ihre Mandate zum persönlichen Vorteil anzustreben.

Gegenüber der Bevölkerung unterstreichen wir unseren Anspruch, Politik anders zu machen als die anderen. Wir machen deutlich, dass unsere Partei und ihre Abgeordneten nicht als Selbstzweck Mandate anstreben, sondern um etwas für unsere Klasse zu erreichen. Insbesondere wenn ein Teil der Abgaben auch als direkte Hilfe an Menschen in finanziellen Notlagen fließt.

Unter dem Stichwort Die Linke hilft wird gerade in ganz Deutschland die Infrastruktur an Sozialsprechstunden und Beratungen auf- und ausgebaut, die zur Zahlung von direkter Hilfe notwendig sind. Diese Strukturen würden durch die Einrichtung von Sozialfonds enorm aufgewertet werden.

In Absprache mit der Partei kann natürlich über notwendige Freibeträge (bspw. Kinder, Pflege von Angehörigen) und Härtefälle entschieden werden. Wichtig dabei ist, dass Ausnahmefälle nicht zum Regelfall werden.

Natürlich ist ein Übergang vom bisherigen Zustand zur neuen Praxis notwendig. Mit Blick auf die Bundestagswahlen bleibt uns allerdings nur noch sehr wenig Zeit. Wir schlagen daher vor, dass möglichst viele Abgeordneten möglichst umgehend voran gehen. Darüber hinaus sollte die

Bereitschaft dafür bei den Aufstellungen der Landeslisten zum Kriterium werden und die neue Praxis in den Mandatsträgervereinbarungen verankert werden.

Die Linke als sozialistische Partei vertritt bereits ein ganz anderes politisches Programm als die anderen Parteien. Zeit, dass darauf auch eine ganz andere politische Praxis folgt.

Antrag P16: Mitgliedschaft in der Europäischen Linken

Antragsteller*in:	BV Tempelhof-Schöneberg, BV Steglitz-Zehlendorf, BV Lichtenberg und weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mitgliedschaft in der Europäischen Linken**

- 2 Die Linke erneuert ihr Bekenntnis zur Partei der Europäischen Linken und handelt
- 3 entsprechend:
- 4 Die Linke und ihre Europaabgeordneten bleiben für die Legislaturperiode des
- 5 Europäischen Parlaments von 2024 bis 2029 Teil der Partei der Europäischen Linken.
- 6 Über die Mitgliedschaft der Partei Die Linke in der Partei der Europäischen Linken
- 7 wird, wenn jene nicht mehr in der Satzung verankert ist, nach der nächsten Europawahl
- 8 auf dem Bundesparteitag entschieden.

Begründung

Die Partei der Europäischen Linken ist ein Projekt, das 2004 gegründet wurde, um linke (sozialistische und kommunistische) Parteien aus ganz Europa zusammenzubringen. Heute gehören der Partei der Europäischen Linken mehr als 30 Parteien aus 23 europäischen Ländern an, darunter Vollmitglieder und Beobachter.

Am 28. August 2024 erfolgte die Gründung einer neuen europäischen Partei („European Left Alliance for the People and the Planet“), der sieben Organisationen beigetreten sind: La France Insoumise (Frankreich), Razem (Polen), Enhedslisten (Dänemark), Vänsterpartiet (Schweden), Bloco de Esquerda (Portugal), Vasemmistoliitto (Finnland) und Podemos (Spanien).[\[1\]](#)

Wir halten die Zersplitterung der europäischen Linken in einer Zeit des Aufstiegs der extremen Rechten für einen Fehler. Der Weg nach vorne sollte dem klar entgegnetreten: linke, sozialistische und kommunistische Organisationen weiterhin mit dem gemeinsamen Anspruch für ein pazifistisches, arbeitervklassen-orientiertes, ökologisches und internationalistisches Projekt zu organisieren.

Der Antrag des Parteivorstands (Antrag S09) soll die satzungsmäßige Verankerung der Mitgliedschaft der Partei Die Linke in der Partei der Europäischen Linken aufheben und in Zukunft die Mitgliedschaft in Europäischen Parteien durch Beschlüsse des Bundesparteitags ermitteln. Zusätzlich zu der Aufforderung, gegen diesen Antrag zu stimmen, legen wir diesen Antrag vor, für den Fall, dass der Antrag S09 vom BPT angenommen wird. Die Linke muss in der Legislaturperiode 2024-2029 des Europäischen Parlaments in der Partei der Europäischen Linken bleiben. Wir müssen eine klare Botschaft vom Bundesparteitag an unsere Verbündeten senden, dass Die Linke eine Partei bleibt, die dem bestehenden, großen Projekt der europäischen Linken verpflichtet ist und zu dessen Gründungsmitgliedern sie gehörte.

Darüber hinaus waren drei der sechs Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linken Mitglieder der Linken (Lothar Bisky, Gregor Gysi, Heinz Bierbaum) und haben jahrelang zum Aufbau der Partei beigetragen. Auch heute ist Die Linke in ihren Führungsgremien unter dem Vorsitz von Walter Baier (KPÖ) stark vertreten. Die Linke ist ein wesentlicher Teil der Geschichte und Gegenwart der Partei der Europäischen Linken.

Weiterhingibt es wesentliche, inhaltliche Gründe, die uns von dem neuen Projekt unterscheiden und die es für Die Linke unerlässlich machen, der Partei der Europäischen Linken anzugehören und das neue Projekt, das von einer Handvoll Organisationen gefördert wird, abzulehnen. Das neue europäische Projekt vereint vor allem Parteien, die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten und auch Parteien mit unklaren Positionen zur NATO. Dies hat sich in letzter Zeit in Abstimmungen im Europäischen Parlament gezeigt, wie z. B. bei der Abstimmung über die Unterstützung (auch Militär und Rüstung) der Ukraine im Juli. [2] Darin enthielten sich zwei der drei Abgeordneten der Linken und eine Abgeordnete stimmte dagegen, während La France Insoumise (Frankreich), Enhedslisten (Dänemark), Vänsterpartiet (Schweden), Bloco de Esquerda (Portugal) und Vasemmistolitto (Finnland) dafür stimmten. [3] Vasemmistolitto hat dazu keine eindeutige Position gegen die finnische NATO- Mitgliedschaft, [4] ebenso wie Podemos in Spanien bei der Abstimmung über die NATO- Erweiterung um Schweden und Finnland im spanischen Parlament.[5]

Wir vertreten die Auffassung, dass die neu gegründete europäische Organisation nicht die antimilitaristischen und pazifistischen Positionen der Partei Die Linke vertritt und in Teilen den Grundsätzen unseres Programms widerspricht. Außerdem spaltet sie die Linke in einem kritischen Moment der europäischen Geschichte, indem sie Brücken abbricht, anstatt zu versuchen, die Differenzen in gemeinsamen Arbeitsräumen zu lösen. Aus all diesen Gründen glauben wir, dass Die Linke mit ihren mehr als 30 Verbündeten in der Partei der Europäischen Linken bleiben muss.

[1]<https://www.politico.eu/newsletter/brussels-playbook/brat-summer-ends-in-sausage-fest/>

[2]https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0003_DE.pdf

[3]https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2024-07-17-RCV_DE.pdf, pp. 48-49.

[4] <https://links.org.au/we-could-not-provide-any-credible-alternatives-nato-interview-finnish-left-alliances-henrik>

[5] <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/abstimmung-ueber-nato-erweiterung-spaltet-spaniens-regierung/>

Antrag P17: Organisation in Schule, Hochschule und Betrieb voranbringen

Antragsteller*in:	Die Linke.SDS, Zafer Yilmaz (Delegierter, Jugendverband), Dennis Sabisch (Delegierter, Jugendverband) und weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Organisation in Schule, Hochschule und Betrieb voranbringen**
- 2 • Die Partei erfasst bei Eintritt die Namen der Schulen, Hochschulen und
- 3 Betriebe der Mitglieder.
- 4 • Die Bundesgeschäftsführung bittet alle bestehenden Mitglieder, die Namen ihrer
- 5 Schulen, Hochschulen und Betriebe zu ergänzen.
- 6 • Schüler*innen derselben Schule, Studierenden derselben Hochschule und
- 7 Mitarbeiter*innen derselben Betriebe werden miteinander vernetzt, um gemeinsam
- 8 zu beratschlagen, wie sich zum Beispiel in der Schüler*Innenvertretung, der
- 9 Linksjugend, der Gewerkschaft und dem SDS engagieren können.

Begründung

Oft gibt es in einer Schule, einer Hochschule oder einem Betrieb mehrere Mitglieder unserer Partei, die nichts voneinander wissen und deshalb gar nicht auf den Gedanken kommen, sich gemeinsam vor Ort zu organisieren. Wenn wir starke Interessenvertretungen als Errungenschaften unserer Klasse stärken wollen, sollten wir bei uns selbst beginnen, sie zu nutzen und auszubauen.

Antrag P18: Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!

Antragsteller*in:

BAG Ökologische Plattform, Edith Bartelmus-Scholich
(Bundesausschuss), Marcus Otto (Berlin, Bundesausschuss)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!**
- 2 Globale Erwärmung, Biosphäre, Entwaldung, Schadstoffe / Plastik, Stickstoffkreisläufe
- 3 und Süßwasser: Sechs von neun der planetaren Grenzen sind heute überschritten.
- 4 Besonders betroffen von den Krisenerscheinungen des Kapitalismus sind Lohnabhängige
- 5 und unter diesen am stärksten Menschen im globalen Süden. Praktisch bedeutet das,
- 6 linke Politik kann nicht mehr die gleichen Prioritäten setzen, wie vor der massiven
- 7 Manifestation der multiplen Krise des Kapitalismus. Sie muss heute dem Konzept
- 8 sicherer und gerechter planetarer Grenzen folgen.
- 9 Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große
- 10 Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein
- 11 und die Menschheit. 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine
- 12 Übernutzung der globalen Ressourcen feststellte, werden diese weiterhin forciert
- 13 gefördert, natürliche Lebensbedingungen zerstört. Das Ergebnis ist, dass Rohstoffe
- 14 für zukünftige Bedürfnisse fast aufgebraucht sind und sich zunehmend verteuern^[1].
- 15 Die nach der Rio-Konferenz 1992 seit 1995 stattfindende UN-Klimakonferenzen haben den
- 16 Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die global Ärmsten
- 17 bereits seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die
- 18 Konzerne und Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mit
- 19 ihrem Profitstreben, mit der uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer „Sicherheits-
- 20 “, Militarisierungs- und Rüstungspolitik werden die wenigen noch verbliebenen
- 21 Ressourcen, die Bedürfnissen dienen können, vernichtet, um kurzfristig Einfluss zu
- 22 sichern. Die Herrschenden führen Kriege, treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue
- 23 Kriegsgefahren einschließlich der eines globalen Atomkrieges. Jeder dieser Kriege und
- 24 Stellvertreterkriege zerstört Leben, Zukunft, Umwelt und knappe Ressourcen – sie sind
- 25 vor dem Hintergrund der Umwelt- und Klimakatastrophe verbrecherischer als je zuvor.
- 26 Die Linke als sozialistische Partei, die die soziale Gerechtigkeit in das Zentrum
- 27 ihrer Politik gestellt hat und die an der Vision einer Gesellschaft der Freien und
- 28 Gleichen festhält, hat der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den
- 29 Kampf angesagt. Sie sieht sich gefordert, ihr Ringen um solidarisches Wirtschaften
- 30 und somit um einen gerechten sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. Die Linke
- 31 will alle Formen und Instrumente demokratischer Politik nutzen, um die
- 32 gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, der EU und der Welt wirksamer
- 33 mitzubestimmen. Insbesondere will sie das gesellschaftliche Wirtschaftsleben
- 34 zugunsten kommender Generationen demokratisieren und es an die an die natürlich
- 35 vorhandenen Möglichkeiten und Gegebenheiten anpassen.

36 Solche gesellschaftlichen Veränderungen beginnen erst, wenn wir uns auch selbst
37 verändern. Hierzu benötigen wir einen kollektiven Erkenntnisprozess.

38 Der Parteitag beschließt:

39 1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw.
40 Arbeitsgemeinschaften und Vorstände werden aufgerufen, lokale und regionale Foren zum
41 sozial-ökologischen Umbau und zum solidarischen Wirtschaften zu organisieren und
42 durchzuführen. Dort sollen Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Modelle, die auf
43 solidarisches und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen,
44 diskutiert werden. Ein mögliches Motto ist: „Solidarisch wirtschaften, damit es für
45 alle gut für immer reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“.

46 2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren
47 analysiert und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw.
48 Vorhaben/Kampagnen unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum
49 der Partei zum solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor.
50 Es sollte im Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische
51 Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert
52 und debattiert, veranstaltet werden und möglichst breit Protagonist*innen der Umwelt-
53 , Klima- und Friedensbewegung einbinden. Das Forum und die Veranstaltung sollen
54 beitragen eine Tagung des Parteitages im Jahre 2026 vorzubereiten bzw. mit dieser
55 verbunden werden.

56 3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die
57 innerparteiliche politische Bildung, das „solidarisches Wirtschaften“ wie sozial-
58 ökologischen Umbau erklärt. Es soll Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem
59 Sozialen, der Ökologie und der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf
60 konkretes politisches Handeln zielen.

61 Die Öffentlichkeitsarbeit wird die ökologische Dimension in unserer Gesamtpolitik und
62 die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei stärker kommunizieren.

63 4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen
64 Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie
65 die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest
66 (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte oder die Erderhitzung), über
67 partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit
68 und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden
69 können, um Politikwirksamkeit zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und
70 solidarisch debattiert werden.

71 5. Die fachpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN in den
72 Parlamenten, Verwaltungen bzw. Regierungen werden gebeten, sich in die Vorbereitung
73 und Durchführung der Foren aktiv einzubringen. Die in der Bundesstiftung und im
74 Stiftungsverbund der RLS tätigen Genossinnen und Genossen der Partei werden
75 aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und insbesondere an der
76 Erarbeitung des unter Punkt 3. genannten Bildungsmaterials engagiert zu beteiligen.

77 [\[1\]](#) Ugo Bardi, der geplünderte Planet, 2013, Helge Peukert, „klimaneutralität Jetzt“,
78 Marburg 2022

Begründung

Nur ein radikales Umsteuern der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden und damit soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ermöglichen. Die Herausforderung ist eindeutig: JETZT endlich müssen Elend, Armut

und soziale Ausgrenzung wirksamer bekämpft, der weiteren Zerstörung des Klimas, der biologischen Vielfalt, der natürlichen Lebensbedingungen Einhalt geboten werden. Das heißt zunächst und vor allem, JETZT Schluss zu machen mit Austeritätspolitik und Ausplünderung von Mensch und Natur, Schluss mit einer „Sicherheitspolitik“, die Krieg toleriert und Unsicherheit mehrt, mit profitfixierter Wirtschaftspolitik. JETZT muss ihr Ersatz beginnen – mit sozialgerechter Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Ressourcen, mit der systematischen Verbesserung der Bedingungen für „gute Arbeit“, mit Hilfen für die Opfer von Gewalt und mit Entspannungspolitik, mit dem Umbau der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, mit der Umstellung der individuellen und kollektiven Lebensstile. Dieser sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft beginnt und geht einher mit dem Ringen um die Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse durch jene, die solidarisch leben und wirtschaften wollen.

Sichere und gerechte planetare Grenzen bedeuten politisch: Wie kann sichergestellt werden, dass die Menschheit zur Verfügung stehende Ressourcen jetzt und Zukunft gerecht nutzt und nicht viele

Menschen ungleich von Veränderungen oder Mängel betroffen sind? Dabei werden drei Formen von Gerechtigkeit berücksichtigt: Gerechtigkeit gegenüber anderen Lebewesen und Ökosystemen, Gerechtigkeit gegenüber den nächsten Generationen und Gerechtigkeit gegenüber den Menschen der heutigen Generation, unabhängig davon, wo und wie sie leben. Dabei zielen diese Grenzen darauf, Menschen vor erheblichen Schäden zu schützen. Dazu zählen der Verlust von Menschenleben, Lebensunterhalt oder Einkommen, Vertreibung, Verlust von Nahrungsmitteln sowie Wasser- oder Ernährungssicherheit. Der zusätzliche Aspekt der Gerechtigkeit führt zu strengeren planetaren Grenzen. Der gerechte Handlungsraum muss dabei sowohl lokal als auch global definiert werden.

DIE LINKE. hat auf den verschiedenen politischen Ebenen in vielfältigen politischen Aktivitäten – von Straßenblockaden, Demonstrationen, Petitionen über Projekte der Lokal-, Kommunal- und Landes-, Bundes-, EU- und Europapolitik bis hin zu parlamentarischen Initiativen und zur Teilhabe an Verwaltungen und Regierungen – bewiesen: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Gleichstellung der Geschlechter und Ethnien, gleichgestellte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, solidarisches Miteinander und damit insbesondere Internationalismus und Ökologie sind ihr wichtig. Es gibt eine große Anzahl von Konzepten, Programmen und anderen Ausarbeitungen, die belegen, dass in der Partei an Zukunftsvisionen und konkreten Wegen des sozial-ökologischen Umbaus gearbeitet wird. Aber seltener werden eigene konkrete Referenzprojekte für Problemlösungen in der Kommune und im Land initiiert und vertreten. Erlangte Erfolge werden nicht ausreichend durch die Landes- und Bundespartei kommuniziert. Die Parteigliederungen werden in ihrer Breite nicht konsequent als Orte solidarischen, ökologischen und alternativ-kulturellen Lebens wahrgenommen. Es besteht zwar ein großes öffentliches Interesse an sozialökologischen Themen und wirtschaftspolitischen Konzepten, jedoch werden diese nur wenig mit linker bzw. sozialistischer Politik in Verbindung gebracht.

Unser Antrag zielt auf die Aktivierung aller Gliederungen der LINKEN, sich sichtbar und aktiv für den sozial-ökologischen Umbau in Wort und Tat zu engagieren. Mit unserer Initiative knüpfen wir an die vielfältigen emanzipativen Aktivitäten anderer demokratischer Akteure an und nehmen die Umwelt- und Klimakatastrophe in ihrer tatsächlichen Dimension wahr.

Antrag P19: Kampagne gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Antragsteller*in:

KV Köln, KV Solingen, KV Coesfeld und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Kampagne gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland**

2 Am Rande des jüngsten NATO-Gipfels gaben die Bundesregierung und die US-
3 Administration gemeinsam bekannt, dass ab 2026 US-Mittelstreckenraketen in
4 Deutschland stationiert werden sollen. Zugleich arbeitet die Bundesregierung zusammen
5 mit anderen europäischen Staaten an der Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen.

6 Die Linke initiiert eine Kampagne gegen die geplante Stationierung von US-
7 Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Linke betont in dieser Kampagne die Gefahr
8 einer Eskalation zwischen den Atommächten Russland sowie den USA, lehnt dabei auch
9 die Bestrebungen zur Herstellung von deutsch-europäischen Mittelstreckenraketen ab
10 und stellt Forderungen nach Abrüstungsverträgen, Diplomatie und Entspannungspolitik
11 dagegen.

12 Die Linke ruft ihre lokalen Gliederungen dazu auf, den Kontakt mit der örtlichen
13 Friedensbewegung zu suchen und darauf hin zu arbeiten, lokale Initiativen gegen die
14 Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu gründen.

15 Die Bundespartei gibt ihren lokalen Gliederungen Hilfestellungen, die Partei in
16 dieser Auseinandersetzung auch vor Ort sichtbar zu machen. Dazu zählt:

- 17 • Die Bereitstellung einer bundesweit einheitlichen Unterschriftenliste gegen die
- 18 geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen
- 19 • Die Bereitstellung von Verteilmaterial für Infostände und Verteilaktionen
- 20 • Die Erstellung eines Referent:innenpool als Hilfestellung für thematische
- 21 Veranstaltungen vor Ort
- 22 • Die Bereitstellung von Aufklärungs-Sharepics, Plakat- und Bannervorlagen in der
- 23 Cloud
- 24 • Die regelmäßige Bearbeitung des Themas in den Kommunikationslinien der Partei

25 In der Außenkommunikation der Partei, wie bei Social-Media-Beiträgen, Pressearbeit,
26 auf der Homepage und bei Pressekonferenzen, spielt das Thema eine wichtige Rolle. Die
27 Bundestagsgruppe unterstützt die Kampagne mit Anträgen, Anfragen an die Regierung
28 sowie mit eigener Öffentlichkeitsarbeit.

Begründung

Durch die Zustimmung zur geplanten Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland befeuern Bundeskanzler Scholz und die Ampel-Koalition einen gefährlichen Rüstungswettlauf, welcher die Zukunft der Menschen aufs Spiel setzt.

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen verändert die strategische Balance zwischen der NATO und Russland erheblich. Mit diesen US-Waffensystemen, insbesondere von „Tomahawks“ und Hyperschallwaffen, die eine Reichweite zwischen 2.500 km und 3.000 km haben, können Ziele tief im russischen Raum – insbesondere in Moskau – angegriffen werden. Russlands Reaktion könnte in der flächendeckenden Aufstellung von Waffensystemen entlang der inzwischen 2.500 km langen Grenze zur NATO bestehen. Die US-Waffensysteme verfügen über eine hohe Treffergenauigkeit und sind extrem manövrierfähig. Dies macht sie in Kombination mit ihrer hohen Geschwindigkeit – insbesondere die Hyperschallwaffe (Dark Eagle) soll bis zu Mach

17 (~21.000 km/h) erreichen – zu »idealen« Waffen für einen Enthauptungsschlag auf die Moskauer Führungszentralen. Russland wird – ob berechtigt oder nicht – in seinen Planungen von einem solchen Szenario ausgehen, wodurch Deutschland zu einem zentralen Ziel werden kann. Vorwarnzeiten sind reduziert, der verstärkte Rückgriff auf KI-Systeme könnte erwogen werden – all das erhöht die Gefahr von Fehlwahrnehmungen, die zu »versehentlichen« Eskalationsspiralen zwischen den Atommächten führen können.

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen schafft nicht mehr Sicherheit, sondern erhöht massiv die Kriegsgefahr. Aber auch ohne militärische Eskalation ist das bewusste Anheizen eines Rüstungswettlaufs verheerend für die Menschen in den betroffenen Ländern. Enorme Ressourcen werden in die Erforschung und Produktion neuer Waffensysteme gesteckt – Geld, das dringend für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft sowie für die weltweite Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten gebraucht wird. Schon jetzt dient die Ausrichtung der Ampelregierung auf „Kriegstüchtigkeit“ und Aufrüstung als Begründung, Erwerbslosen das Bürgergeld zu kürzen und längere Arbeitszeiten für Beschäftigte durchzusetzen. Ein erneutes Wettrüsten wird diese Tendenz weiter verstärken und das gesellschaftliche Klima zugunsten militaristischer Hardliner:innen bei SPD, Grünen, FDP und Union verschieben.

Umfragen zeigen, dass viele Menschen in Deutschland der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen skeptisch gegenüberstehen. Die Kampagne soll einerseits mittels lokaler Aufklärungs- und Kampagnenarbeit den Druck auf die Bundesregierung für einen Kurswechsel erhöhen. Andererseits hilft sie dabei, das Friedensprofil der Linken anhand einer konkreten Auseinandersetzung zu schärfen.

Antrag P20: Die Linke erneuert sich strukturell mit einer Mandatszeitbegrenzung

Antragsteller*in: BV Berlin-Neukölln

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Die Linke erneuert sich strukturell mit einer Mandatszeitbegrenzung**
- 2 Die Linke führt eine Mandatszeitbegrenzung von zwei Legislaturperioden je
- 3 Parlamentsebene für die Erstellung der Vorschlagslisten zur Bundestagswahl sowie zu
- 4 den Wahlen für die Landesparlamente ein. Diese soll für neue Bewerber:innen ebenso
- 5 gelten wie für jene, die bereits zum Zeitpunkt der Aufstellung ein Mandat ausüben.
- 6 Zudem wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Vertreter:innenversammlungen zur
- 7 Listenaufstellung Bewerber:innen, die ihr Mandat bereits zwei Legislaturen oder
- 8 länger ausgeübt haben, mit einer Mehrheit von drei Vierteln weiterhin bestätigen
- 9 können. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine satzungsfeste Lösung zu erarbeiten.

Begründung

Die vergangenen Niederlagen bei verschiedensten Wahlen haben eines deutlich gemacht: Es darf kein Weiter-So geben. Die Linke wird als basisorientierte, sozialistische Mitgliederpartei gebraucht. Gerade jetzt muss Die Linke Erneuerung ausstrahlen und diese auch strukturell vorantreiben. Die Satzung der Partei Die Linke gibt eine Begrenzung von acht Jahren für Parteiämter vor (§ 33 Absatz 3). Dasselbe muss auch für Mandate gelten.

Langjährige Mandate leisten dem Verkrusten von Parteistrukturen Vorschub. Abgeordnete auf Dauer zu bleiben und das Mandat als Beruf auszuüben, widerspricht den Grundsätzen einer bürgernahen, gesellschaftsverändernden und basisdemokratischen Partei. Eine Fraktion sollte

stets aus erfahrenen Kräften und frischem Personal bestehen, um die professionelle Arbeit ebenso sicherzustellen, wie den Zufluss neuer Ideen und Perspektiven. Neue Köpfe müssen rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln und sich bekannt zu machen. Mit personeller Erneuerung können neue Perspektiven entstehen, die diese Partei dringend braucht.

Das Personalproblem der Linken wird sich nicht ohne strukturelle Veränderungen lösen lassen. Eine Mandatszeitbegrenzung ist eine Möglichkeit, die Parteistrukturen aufzufrischen. Dabei können Abgeordnete nach zwei Legislaturperioden den Wissenstransfer als Mitarbeiter:innen von neuen Abgeordneten weiterhin ermöglichen. Außerdem besteht die Möglichkeit, als ehemalige:r Bundestagsabgeordnete:r noch für ein Landesparlament zu kandidieren und umgekehrt. Mit der Regelung, dass die Vertreter:innenversammlung zur Listenaufstellung Bewerber:innen mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigen kann, wird zudem die Möglichkeit geschaffen, dass bekannte Abgeordnete mit positiver Strahlkraft auch über zwei Legislaturperioden hinaus Sichtbarkeit für Die Linke schaffen können.

Antrag P21: Erhöhung und Politisierung der Mandatsträger:innenbeiträge

Antragsteller*in:

BV Berlin-Neukölln

Der Parteitag möge beschließen:

1 Erhöhung und Politisierung der Mandatsträger:innenbeiträge

2 Vor den Listenaufstellungen für die Bundestagswahl 2025 beschließt die Partei Die
3 Linke eine Neuregelung der Mandatsträger:innenbeiträge. Die neue Regelung basiert auf
4 einem Verständnis der Beiträge als Mittel der politischen Arbeit, sie dient als
5 deutliches Zeichen einer engen Anbindung der Mandatsträger:innen an die Partei und
6 strahlt in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit aus. Die Erhöhung sichert zudem der
7 Partei und ihren Gliederungen finanziellen Handlungsspielraum.

8 Bei Mandaten und Ämtern, die in Vollzeit wahrgenommen werden, im Deutschen Bundestag,
9 in Landesparlamenten oder als Bürgermeister:in behalten die Träger:innen von Mandaten
10 und Ämtern als monatliches Einkommen einen Betrag, der sich am Gehalt von
11 Mitarbeiter:innen von Abgeordneten in Vollzeit orientiert. Die übrigen
12 mandatsbezogenen Einkünfte werden an die Partei abgeführt.

13 Zwischen dem jeweiligen Vorstand der Partei und der:m Bewerber:in wird vor ihrer
14 Aufstellung als Wahlbewerber*innen eine schriftliche Vereinbarung über die Zahlung
15 von Mandatsträger:innenbeiträgen geschlossen. In dieser Vereinbarung stimmen die
16 Mandatsträger:innen bzw. die Bewerber:innen ebenfalls der Veröffentlichung ihrer
17 geleisteten Zahlungen auf der Ebene, auf der das Mandat errungen wird, zu.

18 Der Parteivorstand wird beauftragt, eine satzungsfeste und verbindliche Lösung zu
19 erarbeiten.

Begründung

Die Partei Die Linke hat sich eine umfassende Erneuerung vorgenommen. Wir haben viele neue Genoss:innen gewonnen und wollen weiter neue Mitglieder gewinnen, wir wollen alte Grabenkämpfe überwinden und mit frischer Energie und kämpferischem Optimismus überzeugen. Dieser Prozess erfordert sichtbare Veränderungen auf allen Ebenen. Gleichzeitig haben wir die Krise der Partei noch nicht gemeistert, das schlägt sich auch auf die finanzielle Situation der Partei und ihrer Gliederungen nieder.

Der Bezirksverband Neukölln hat jahrelange gute Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen Modell gemacht, es fördert nicht nur die gute finanzielle Ausstattung des Bezirksverbands, sondern auch die politische Verpflichtung der Mandatsträger:innen gegenüber der Partei.

Mandatsträger:innen unserer Partei kommt eine besondere Bedeutung, aber auch Verantwortung zu:

Erstens erhalten Mandatsträger:innen und Parlamentsfraktionen in der parlamentarischen Demokratie mehr mediale Aufmerksamkeit als die zugehörigen Parteien. Dies gilt auch für Kandidat:innen im Vorfeld von Wahlen. Unsere Kandidat:innen müssen den Geist des Neuaufbruchs ausstrahlen, sie müssen deutlich machen, dass Die Linke anders ist als andere Parteien, dass Die Linke im Dienst der Menschen steht und nicht der Konzerne. Abgeordnete der Linken müssen sich klar abgrenzen von einem abgehobenen Politikbetrieb, der mit der Lebensrealität der Menschen nichts mehr zu tun hat. Wenn Abgeordnete der Linken nicht mehr verdienen als ihre Mitarbeiter:innen trägt das zur Glaubwürdigkeit unseres Anspruchs bei, die Interessen unserer Wähler:innen zu vertreten und nicht ein eigenes Geltungsbedürfnis zu befriedigen. Die KPÖ in Österreich und die PVDA/PTB in Belgien nutzen dieses Alleinstellungsmerkmal erfolgreich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Gerade nach den jahrelangen machtpolitischen Konflikten in der Bundestagsfraktion und dem Austritt des Teils der Fraktion um Sahra Wagenknecht, die auch das Ansehen der Partei auf anderen Ebenen beschädigt haben, muss es das Ziel der Linken sein, Glaubwürdigkeit als Partei an der Seite der Mehrheit der Menschen zurückzugewinnen. Die Linke und ihre Kandidat:innen sollten dann diese Regelung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit betonen. Zweitens lebt Die Linke viel stärker als andere Parteien von der Aktivität und dem Engagement aller ihrer Mitglieder. Zu Recht sind wir stolz auf dieses Merkmal. Die Mandatsträger:innen der Linken leisten unschätzbar wichtige und öffentlichkeitswirksame Arbeit im Parlament und darüber hinaus. Sie genießen im Gegensatz zum Großteil der aktiven Mitgliedschaft der Linken das Privileg, für ihr Engagement bezahlt zu werden. Das ist auch notwendig, um diese Arbeit zu machen. Mit einem Einkommen ähnlich dem ihrer Mitarbeiter:innen ist der Lebensunterhalt der Mandatsträger:innen abgesichert. Die Voraussetzung der Bereitschaft, auf einen erheblichen Teil des Einkommens als Mandatsträger:in zu verzichten, vermeidet falsche Anreize bei der Aufstellung der Listen und Wahl der Direktkandidierenden. Sie dient als deutliches Zeichen der engen Anbindung der Mandatsträger:innen an die Partei – eine politische Verpflichtung, die auch einige prominente Mandatsträger:innen der Linken in der Vergangenheit schmerzlich haben vermissen lassen.

Drittens haben der Rückgang der Mitgliederzahlen, die Stimmverluste bei Wahlen, der Wegfall von Regierungsbeteiligungen auf Landesebene und eine Schwächung durch die Gründung des Bündnisses SW eine finanziell kritische Situation der Partei zur Folge. Um handlungsfähig zu bleiben und überhaupt in der Lage zu sein, die anstehenden entscheidenden Wahlkämpfe ab 2025 zu führen, muss die Partei mehr Einnahmen erschließen. Die Finanzierungslücke wird sich mittelfristig nicht allein durch Beiträge neuer Mitglieder und Beitragserhöhungen schließen lassen. Abgeordnete und Amtsträger:innen, die ja ihre Mandate und Ämter der Partei verdanken, haben für die Zukunft der Partei eine besondere Verantwortung. Umgekehrt hängt auch ihre Zukunft als Amts- und Mandatsträger:innen davon ab, dass die Partei wahrgenommen wird und wirksame Wahlkämpfe führen kann.

Antrag P22: Beschluss einer Mandatsträgergehaltsbegrenzung

Antragsteller*in:

Marlen Borchartd (Sachsen), Mirko Boysen (Baden-Württemberg), Iris Burdinski (Brandenburg), und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Beschluss einer Mandatsträgergehaltsbegrenzung**

- 2 1. DIE LINKE verpflichtet alle zukünftigen Mandatsträger im Bundestag, von der
- 3 erhaltenen Diät alles über einem Wert von 3000 Euro netto abzugeben.
- 4 2. Die Regelung gilt für alle, die sich zur Bundestagswahl auf Listen der Linken
- 5 aufstellen.
- 6 3. Für alle anderen Mandatsträger der Linken, also Abgeordnete der LINKEN im
- 7 Europäischen Parlament, des Deutschen Bundestags und - wo vertreten - in Landtagen,
- 8 Bürgerschaften und Abgeordnetenhäusern ist eine Übernahme dieser Regelung empfohlen.
- 9 4. Die Kostenpauschale darf nicht als zweites Gehalt dienen. Über die Verwendung der
- 10 Kostenpauschale ist Transparenz herzustellen. Die Kostenpauschale wird auf ein
- 11 separates Konto überwiesen.
- 12 5. Ausnahmen sind möglich, insbesondere sind soziale, politische und strukturelle
- 13 Diskriminierungen zu beachten. Abweichungen müssen bei einer dafür einzurichtenden
- 14 Abgabenkommission beantragt werden. Die Abgabenkommission wird vom Parteivorstand
- 15 gebildet.
- 16 6. Bezüglich der Verwendung des Geldes wird in diesem Antrag keine Regelung
- 17 getroffen, sondern auf die bestehenden Abgabemodalitäten der Partei verwiesen. Ein
- 18 vom Parteivorstand ausgearbeitetes Konzept zur Verwendung der Gelder wird bis zum
- 19 kommenden Bundesparteitag 2025 zur Abstimmung vorbereitet.
- 20 7. Über das Einkommen eines Mandatsträgers besteht Rechenschaftspflicht, jährlich ist
- 21 volle Transparenz auf der eigenen Internetpräsenz zu gewährleisten.
- 22 8. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind unabhängig von einer Mitgliedschaft in
- 23 der Partei verpflichtet, Mandatsträgerbeiträge zu bezahlen. Die Partei schließt mit
- 24 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zivilrechtlich bindende Vereinbarungen, um
- 25 sicherzustellen, dass die Zahlung des Mandatsträgerbeitrags im Falle einer
- 26 Nichtzahlung gerichtlich durchgesetzt werden kann (siehe dazu auch S.48
- 27 [https://www.die-](https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Parteitag_Halle_2024/Antragsheft_1.pdf)
- 28 [linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Parteitag_Halle_2024/Antragsheft_1.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Parteitag_Halle_2024/Antragsheft_1.pdf)).

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P23: Unterstützung der Petition "Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!"

Antragsteller*in:

Antikapitalistische Linke, BV Berlin-Mitte, BV Berlin-Neukölln und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Unterstützung der Petition "Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte**
- 2 **stoppen & Hilfsblockade beenden!"**
- 3 Die Linke unterstützt die Petition "[Für einen gerechten Frieden in Gaza.](#)
- 4 [Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!](#)", die von namenhaften NGOs initiiert
- 5 wurde wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC
- 6 Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion
- 7 e.V., Weltfriedensdienst e.V.
- 8 Sie informiert ihre Mitglieder über die Möglichkeiten der Sammlung von Unterschriften
- 9 und fordert sie auf, sich aktiv daran zu beteiligen.

Begründung

Die Petition der genannten NGOs ist bisher eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen die deutsche Unterstützung der israelischen Kriegsführung und Vertreibung in Gaza. Sie hilft, die Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung des Krieges unter Druck zu setzen, in dem sie fordert:

1. sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;
2. alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;
3. von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;
4. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;
5. im Sinne des [Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs](#) vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;
6. die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;
7. sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;
8. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

Darüber hinaus erklären die Initiator*innen:

Im [aktuellen Krieg](#) sind über 40.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Hinzu kommen mindestens 92.000 Verwundete und unzählige Vermisste sowie eine tiefe Traumatisierung. Diese Gewalteskalation muss gestoppt werden. Insbesondere die Zivilbevölkerung in Gaza leidet unter der katastrophalen Situation, verursacht durch die wiederholte [Vertreibung](#) von fast zwei Millionen Menschen in ihrem eigenen Land, die Blockade von humanitärer Hilfe, die Sperrung der Strom- und Wasserversorgung sowie ein massives Ausmaß an Zerstörung. Die UN spricht von einer [Hungersnot](#) und einem medizinischen Notstand.

Die Situation in Gaza ist keine Folge einer Naturkatastrophe, sondern von willkürlicher Gewalt und gezielter Blockade. Die politische Reaktion der Bundesregierung auf diese Situation muss sich grundlegend ändern.

Quelle: <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

Antrag P24: Mehrsprachiges Informationsmaterial zu allen zukünftigen Wahlkämpfen

Antragsteller*in: KV Duisburg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Mehrsprachiges Informationsmaterial zu allen zukünftigen Wahlkämpfen**
- 2 Der neue Parteivorstand wird beauftragt, zu den Bundestagswahlen 2025 und auch den
- 3 nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft, Flyer o.ä. herauszubringen, welches
- 4 grundlegende Informationen zu unserer Partei enthält.
- 5 Inhalt: Die politische Bundesebene (außerhalb der Partei) und deren
- 6 Kompetenzverteilung und Entscheidungsgremien, und dieses dann verknüpft sehen mit der
- 7 Rolle die Die Linke einnimmt, welches unsere Ziele sind und wo und wie wir uns
- 8 engagieren. Diese Broschüre soll in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch,
- 9 Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch, Polnisch und Romani
- 10 und ggfs. anderen Sprachen herausgebracht werden.

Begründung

In unserer Mitgliedschaft kam über die Jahre öfter die Forderung auf, grundlegende Informationen über unsere Partei auch in anderen Sprachen zur Verfügung zu stellen, denn Sprache enthält auch immer ausgrenzende Elemente und stellt für nicht wenige in unserer Gesellschaft eine Barriere dar. Fakt ist: Diese Informationen werden oft in anderen Sprachen angefragt.

Antrag P25: Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Parteiaufbauplans

Antragsteller*in: KV Salzgitter

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Parteiaufbauplans**
- 2 **1. Beauftragung des neuen Parteivorstands:** Der Bundesparteitag beauftragt den neu
- 3 gewählten Parteivorstand mit der Erarbeitung und Umsetzung eines konkreten und auf
- 4 mehrere Jahre ausgelegten Plans für den nachhaltigen Aufbau und die Stärkung der
- 5 Partei.
- 6 **2. Verantwortlichkeit:** Die Verantwortung für den gesamten Prozess liegt bei
- 7 einem/einer der Vorsitzenden der Partei.
- 8 **3. Grundlage des Parteiaufbauplans:** Der Plan soll auf einer umfassenden und
- 9 detaillierten Analyse der aktuellen Situation in den Kreisverbänden basieren. Diese
- 10 Analyse ist in enger Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Landesverbände zu

- 11 erstellen.
- 12 **4. Bildung einer Kommission:** Zur Erarbeitung und Umsetzung des Parteaufbaukonzepts
13 wird eine Kommission gebildet. Dieser Kommission sollen neben Mitgliedern des
14 Parteivorstands auch ausgewählte Landes- und Kreisvorsitzende angehören.
- 15 **5. Zeitplan:** Die Kommission arbeitet nach einem langfristigen, mehrere Jahre
16 umfassenden Zeitplan, der die schrittweise Umsetzung des Parteaufbauplans
17 sicherstellt.
- 18 **6. Berichtspflicht:** Einmal jährlich legt die Kommission dem Bundesparteitag einen
19 detaillierten Bericht über den Stand der Erarbeitung und Umsetzung des
20 Parteaufbauplans vor. Der Parteitag berät auf Grundlage dieses Berichts die weiteren
21 Schritte.

Begründung

Die Stärkung der Parteistrukturen und die Sicherstellung eines nachhaltigen Wachstums der Partei erfordern eine langfristige und gut durchdachte Strategie. Die aktuelle Situation in vielen Kreisverbänden zeigt Handlungsbedarf auf, der nicht durch kurzfristige Maßnahmen abgedeckt werden kann. Eine systematische und auf mehrere Jahre angelegte Planung ermöglicht es, die vorhandenen Ressourcen zielgerichtet einzusetzen und die Parteistrukturen flächendeckend zu stärken. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Bundes-, Landes- und Kreisebenen wird sichergestellt, dass alle Ebenen der Partei in diesen Prozess eingebunden sind und die spezifischen Herausforderungen vor Ort berücksichtigt werden.

Antrag P26: Geschlechtseintrag im Mitgliederverzeichnis

Antragsteller*in:	KV Osnabrück
-------------------	--------------

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke setzt auf allen Ebenen die Möglichkeit um, neben einem „Männlichen“ und
2 einem „Weiblichen“ Geschlechtseintrag im Mitgliederverzeichnis auch die Optionen
3 „Kein Eintrag“ und „Divers“ für ihre Mitglieder zu ermöglichen. Dies ist auch in
4 jedem weiteren Teil der Satzung zu berücksichtigen und Genoss*innen mit
5 entsprechenden Einträgen ist eine diskriminierungsfreie Partizipation auf allen
6 Ebenen der Partei die Linke zu ermöglichen.

Begründung

Es gibt de facto und de jure in Deutschland mehr als zwei Geschlechter. Das ist gesetzlich verbrieftes Recht. Unsere Satzung bildet dies bisher nicht ab, dies ist erstens diskriminierend und bildet zweitens Basis für den Einsatz rechtlicher Mittel gegen die Partei.

Hinweis

Dieser Antrag wurde ursprünglich als S12 im Antragsheft 1 veröffentlicht.

Antrag S15: Änderungen in § 38 Abs. 2 Satz 2 Bundessatzung

Antragsteller*in:

Bundesschiedskommission · Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Bisherige Regelung § 38 Abs. 2 Satz 2 Bundessatzung:
- 2 „Die Mitglieder der Schiedskommissionen werden in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt.
- 3 Sie dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes oder eines Landes- oder
- 4 Kreisvorstandes sein, in einem Dienstverhältnis zur Partei oder einem Gebietsverband
- 5 stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen. Sie sind unabhängig und an
- 6 Weisungen nicht gebunden.
- 7 Vorschlag:
- 8 „Die Mitglieder der Schiedskommissionen werden in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt.
- 9 Sie dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes oder eines Landes- oder
- 10 Kreisvorstandes sein, in einem Dienstverhältnis zur Partei oder einem Gebietsverband
- 11 stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen. **Sie müssen Mitglied der Partei**
- 12 **sein** und sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Begründung

Das Parteiengesetz überlässt es den Parteien zu regeln, ob Mitglieder der Parteischiedsgerichte zwingend Mitglieder der jeweiligen Partei sein müssen.

Eine ausdrückliche Regelung enthält hierzu die Bundessatzung bisher nicht. In der Vergangenheit wurden jedoch nur Mitglieder der Partei in die Schiedskommissionen gewählt und es galt die Praxis, dass mit dem Ausscheiden aus der Partei der/die Ausscheidende auch aus der jeweiligen Schiedskommission automatisch ausschied. Dies folgte aus den in der Satzung enthaltenen Regelungen für Gast- und Nichtmitglieder, denen zwar einzelne Mitwirkungsrechte gegeben werden, nicht aber das Recht, in Funktionen gewählt zu werden.

Es würde den (politischen) Interessen der Partei DIE LINKE zuwiderlaufen, wenn aus der Partei ausgetretene Mitglieder von Schiedskommissionen weiter in diesen verbleiben und über Parteifragen entscheiden dürften.

Schiedskommissionen müssen neben der Fähigkeit, unabhängig in einem förmlichen Verfahren Streitigkeiten einer begründeten Entscheidung zuzuführen, auch vertieftes Wissen von der Partei und ihren Mitgliedern, Abläufen und Erfordernissen haben. Nur so können sie anhand von rechtlichen Maßstäben sinnvoll über Fragen wie Parteiausschlüsse, Wahlanfechtungen oder die Ungültigkeit von Beschlüssen entscheiden. Entscheidungen der Schiedskommissionen können daher ganz erhebliche Auswirkungen auf die Partei und ihre Arbeit haben. Diese Entscheidungsbefugnisse sollten nicht auf Externe übertragen werden.

Eine der jetzigen Praxis der Bundesschiedskommission (und soweit ersichtlich, auch der Landesschiedskommissionen) entsprechende Klarstellung sollte daher in der Bundessatzung erfolgen.

Antrag S16: Satzungsänderung Feministische Erneuerung (1)

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Kapitel 2: § 3 Die Basis der Partei:
- 2 (4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines
- 3 ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung ausgeschlossen
- 4 werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die
- 5 Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr
- 6 damit schweren Schaden zufügt.
- 7 ergänzen durch:
- 8 Anstelle eines Parteiausschlusses kann bei minderschweren Fällen auch die Aberkennung
- 9 des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und / oder das zeitweilige
- 10 Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei
- 11 Jahren angeordnet werden.

Antrag S17: Satzungsänderung Feministische Erneuerung (2)

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (5) Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit nicht
- 2 die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist oder wenn
- 3 die Schlichtung im Kreisverband gescheitert ist. Sie entscheiden erstinstanzlich über
- 4 Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften und über Ausschlüsse aus der
- 5 Partei.
- 6 ergänzen durch:
- 7 ... sowie über die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller
- 8 Funktionen und / oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der
- 9 Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren.

Antrag S18: Stärkung der Internationalen Kommission

Antragsteller*in: Cuba sí

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag beschließt die Aufnahme der Internationalen Kommission der Partei Die
- 2 Linke in die Satzung:
- 3 **§ 8 Internationale Kommission**
- 4 Die Internationale Kommission (IK) ist ein beratendes Gremium des Parteivorstandes
- 5 und der Parteivorsitzenden. Die IK erarbeitet Einschätzungen, Analysen und Positionen
- 6 zu Fragen der internationalen Politik. Darüber hinaus unterbreitet sie Vorschläge für

- 7 Aktivitäten unserer Partei zu internationalen Themen sowie im Rahmen der
8 internationalen Beziehungen der Linken.
- 9 1. Die Internationale Kommission stellt zwei Delegierte für Bundesparteitage der
10 Partei Die Linke. Die IK hat Rederecht auf Bundesparteitagen der Linken und ist
11 berechtigt, Anträge an die Bundesparteitage zu stellen.
- 12 2. Die Internationale Kommission setzt sich zusammen aus
- 13 a. zwei Mitgliedern des Parteivorstandes
14 b. einem Mitglied aus jedem Landesvorstand
15 c. einem Mitglied jedes Arbeitskreises und jeder Arbeitsgruppe der Partei, die zum
16 Thema internationale Politik arbeiten
17 d. einem Mitglied aus jenen Zusammenschlüssen der Linken, die sich entsprechend
18 ihrer Bundessatzung mit internationaler Politik beschäftigen
19 e. einem Mitglied des Jugendverbandes Linksjugend [`solid]
20 f. einem Mitglied des Studierendenverbandes Die Linke.SDS
21 g. dem oder der Leiterin des Bereiches Internationale Politik der
22 Bundesgeschäftsstelle
- 23 3. Weitere Mitglieder der Internationalen Kommission sind qua Amt:
- 24 a. die Mitglieder des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken (EL), die der
25 Partei Die Linke angehören.
26 b. der oder die Leiterin der Delegation der Linken in der FraktionThe Left im
27 Europäischen Parlament
28 c. der oder die außenpolitische Sprecher/in der Fraktion oder Gruppe im Deutschen
29 Bundestag
30 d. der oder die Leiter/in des Arbeitskreises Internationale Politik der Fraktion
31 oder Gruppe im Deutschen Bundestag
32 e. ein Vertreter/eine Vertreterin des Zentrums für internationalen Dialog der Rosa-
33 Luxemburg-Stiftung.
- 34 4. Die Mitglieder der Internationalen Kommission werden innerhalb ihres
35 entsendenden Gremiums, ihrer Gliederung oder ihres Zusammenschlusses
36 entsprechend der jeweiligen Satzung gewählt oder bestimmt.
- 37 5. Die Internationale Kommission wählt sich ein Präsidium von fünf Mitgliedern,
38 welches die Sitzungen organisiert und leitet.
- 39 6. Jedes Mitglied der Internationalen Kommission hat das Recht, Vorschläge und
40 Themenpapiere auszuarbeiten und in die parteiinterne Diskussion einzubringen.

Begründung

Eine multipolare Welt ist im Entstehen, die Komplexität und die außenpolitischen Herausforderungen wachsen enorm.

Viele Staaten haben sich, trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, auf den Weg gemacht ihre Beziehungen untereinander zum gegenseitigen Vorteil neu zu organisieren, ohne Einmischung und Bevormundung von außen. Sie wollen Differenzen untereinander mit friedlichen Mitteln lösen. Für ihre Länder wollen sie Schritte einleiten zur Armutsbekämpfung, für Bildungs- und Sozialprogramme, zur Entwicklung und Industrialisierung, zur Förderung und Verarbeitung der eigenen Rohstoffe, zum gegenseitigen Technologietransfer u.a. In ihren Handelsbeziehungen untereinander versuchen sie neue Formen zu etablieren, fernab von neokolonialen Strukturen,

ohne die Finanzinstitutionen des Westens, durch die Verwendung ihrer nationalen Währungen und einer Abkehr vom US-Dollars, durch den Aufbau eigener Bank- und Kreditsysteme sowie eigener Entwicklungsbanken.

Dafür schließen sie sich zu Staatengruppen (BRICS, G77, CELAC, ALBA) sowie in internationalen Wirtschaftsabkommen zusammen (neue Seidenstraße).

So stellt der globale Süden die bisher durch militärische und wirtschaftliche Macht gesicherte Vorherrschaft des Westens in Frage. Er fordert damit auch eine Demokratisierung der bisherigen Institutionen wie die UNO, WTO, IWF und andere.

In diesem Spannungsfeld von alter Ordnung und entstehender Multipolarität entstehen neue Konflikte, alte Konflikte brechen wieder auf. Die Kriegsgefahr steigt.

Die Partei Die Linke muss diese aktuelle internationale Entwicklung klarer analysieren, Konfliktursachen früh erkennen, linke Standpunkte erarbeiten, und auch Vorschläge zur Konfliktvermeidung und zur Konfliktlösung erarbeiten. Die Linke braucht gute Analysen sowie klare und fundierte Positionen zu den neuen Staatengruppen und ihren internationalen Beziehungen.

Dafür soll die IK entsprechend unserem Antrag gestärkt und zu einem regelmäßig arbeitendem und mit kompetenten Expertinnen und Experten ausgestatteten Beratungsgremium für unsere Partei entwickelt werden.

Antrag W01: Wahlordnung § 13 (2)

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Änderung der Wahlordnung § 13 (2)**

2 Die Wahlordnung § 13 (2) Satz 2 „Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter
3 und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen.“

4 Ändern in:

5 „Es ist durch mindestens zwei Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen.“

Begründung

Die Regelung mit den drei Unterschriften führt regelmäßig zu einem erhöhten Arbeits- und Abstimmungsaufwand. Die Praxis in der Partei mit dem 4-Augen-Prinzip hat sich bewährt und kann dementsprechend auch bei der Wahlprotokollausfertigung Anwendung finden.

Hinweis: Dieser Antrag wurde ursprünglich als S07 im Antragsheft 1 veröffentlicht.

Antrag W02: Neufassung der Wahlordnung § 4 (4)

Antragsteller*in: KV Lahn-Dill, KV Limburg-Weilburg und KV Hochtaunus

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Neufassung der Wahlordnung § 4 (4)**

2 (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der
3 Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an,
4 scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

5 Wird wie folgt ergänzt:

6 4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der
7 Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine
8 Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus. Bei Kreis- und
9 Ortsverbänden bis 100 Mitglieder ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die
10 Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

Begründung

Die Änderung soll ausschließlich mitgliederarme Kreisverbände in die Lage versetzen, auch ohne fremde Hilfe von außen eine Wahlveranstaltung aus ihrer Mitte leiten zu können. So könnte eine kandidierende Person zukünftig auch nach seiner Wahl noch seine Funktion in der Wahlkommission wieder aufnehmen. Dies ist insbesondere bei den Wahlen zu den kommunalen Gremien notwendig, wo es auf jed*e und jede*n ankommt, die für uns bereit sind auf unseren kommunalen Listen zu kandidieren. Ebenfalls kann nicht davon ausgegangen werden, dass jedes Mitglied in der Lage ist eine Wahl ordnungsgemäß zu leiten bzw. kennt sich nicht genug mit den formellen Bestimmungen der Wahlregularien aus. Zu guter Letzt sei der Hinweis gestattet, dass die gesetzlichen Regelungen wie z.B. das Kommunale Wahlgesetz (KWG) in Hessen solche Ausnahmen nicht ausschließen.

Weiteres wird von uns mündlich begründet. Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.

Die Linke Einhornfabrik

Gemeinsam stärker im Netz!

2021 als Gegenstück zu den berüchtigten „Trollfabriken“ gegründet, verfügt die Linke Einhornfabrik inzwischen über ein breites Angebot für verschiedene Interessen und Plattformen – zum Beispiel eine Gruppe für TikTok, eine Kreativschmiede für Memes & Co., eine Facebook-Gruppe und ein Cloud-Angebot mit Sharepics und Videoclips. Etwa 2 000 Mitglieder und Linksaktive sind derzeit eingeschrieben.

☛ Die Einhornfabrik ist auch, was du draus machst!

Mit der Linken Einhornfabrik wollen wir die Sichtbarkeit unserer Partei erhöhen, und dem täglichen Ansturm negativer Entwicklungen linke Positionen entgegensetzen. Statt isoliertem Doomscrolling wollen wir aktiv auftreten und uns dabei gegenseitig Rückendeckung geben. Hochzeiten sind unsere Wahlkämpfe auf allen Ebenen. Wir unterstützen aber auch soziale Bewegungen und Streiks, begleiten Kampagnen.

☛ Sharing is Caring: Teilt einander, kommentiert, verteilt Herzen unter linken Beiträgen!

Wenn rechte Trolle versuchen, einen linken Beitrag zu kapern, wenn politische Gegner Die Linke angreifen, halten wir dagegen. Unter Medienposts treten wir für Die Linke und linke Positionen ein. Und wir unterstützen die, die in Talkshows und „Elefantenrunden“ für uns die Fahne hochhalten. Oft entstehen bei diesen Sendungen prägnante Clips, die wir euch zur Verfügung stellen.

☛ Die Linke Einhornfabrik, das ist Solidarität in Zeiten von Desinformation und Stimmungsmache, Zeiten, in denen wir zusammenhalten müssen.



Einfach eintragen:
www.die-linke.de/einhornfabrik

Aufbau- held*innen

Dein Bildungsprogramm
für eine starke Linke!



Melde dich
jetzt an und lerne
die wichtigsten
Werkzeuge unserer
politischen Arbeit
kennen!

Was dich erwartet!

- **Workshops und Seminare:** Digital und in Präsenz lernst du von den Grundlagen unserer politischen Arbeit bis hin zu thematischen Vertiefungen zu Wohnungspolitik oder marxistischer Theorie eine Bandbreite an Inhalten kennen.
- **Kompetenzen stärken:** Lerne von und mit erfahrenen Genoss*innen. Erhalte das Wissen und die Werkzeuge, um effektiv für unsere gemeinsamen Ziele zu kämpfen.
- **Praxisnahes Lernen:** Du erhältst praktische Tipps und Beispiele dafür, was du bei dir vor Ort machen kannst. Ob Kampagnenplanung, Vorstandsarbeit oder Moderation deiner Treffen – wir machen dich fit!

Zusammen machen wir Die Linke vor Ort wieder sichtbar, strategie- und handlungsfähig – und legen so das Fundament für die Zukunft der Linken.

Kontakt:

- 🌐 www.die-linke.de/aufbauheldinnen
- ✉ aufbauheldinnen@die-linke.de
- ☎ 030 24009 268



Jetzt anmelden!
www.die-linke.de/aufbauheldinnen

zetkin

Die Plattform zur Aktivierung vor Ort:

- Mitglieder **einbinden**
- Aktive und Interessierte **gewinnen**
- Wahlkämpfe **umsetzen**
- Telefonaktionen und Umfragen **durchführen**
- Vorstandsarbeit **vereinfachen**
- mit dem MGL verknüpft

Wenn dein Kreisverband jetzt mit zetkin durchstarten will, bringt drei Personen zusammen und meldet euch unter zetkin@die-linke.de

Die Plattform zetkin bündelt verschiedene Werkzeuge und erleichtert uns vieles. Dazu gehört neben der Schnittstelle zur Mitgliederverwaltung MGL auch die gezielte Ansprache von Mitgliedern. Durch Telefonaktionen, Umfragen und vieles mehr in einem Werkzeug können wir Menschen in unseren Verbänden auf Basis ihrer Interessen aktivieren und einbinden. Wir unterstützen euch in der Einführung und Umsetzung.

Ihr habt bereits von zetkin gehört oder seid jetzt neugierig geworden?

Wir bieten regelmäßig Einführungsschulungen in die Plattform an.

Meldet euch unter zetkin@die-linke.de

oder schaut direkt unter www.zetkin.die-linke.de/o/2/campaigns/271 nach den kommenden Terminen.



Wir bleiben in Kontakt

Abonniere unseren **WhatsApp**-Kanal www.die-linke.de/whatsapp



Die Linke bei **TikTok** www.tiktok.com/@die.linke

Instagram: @dielinke
TikTok: @die.linke
X: @dieLinke
YouTube: @dielinke
Facebook: linkspartei
Mastodon: @dielinke

WhatsApp: Die Linke
Telegram: dielinke
Bürger*innentelefon: 030 24 00 99 99
E-Mail: kontakt@die-linke.de

www.die-linke.de

